

# Politische Berichte



30. März 1981  
Jg. 2 Nr. 7

Preis:  
2 DM



dpa. Nach Mitteilung des bayerischen Innenministers sind die Verletzungen, die sich Strauß bei der Vorführung des Gummiwuchtgeschosses zugezogen hat, leicht, und der Totalverlust des rechten Auges hindert ihn nicht bei der Verrichtung seiner Amtstätigkeit. Strauß selber ließ verlauten, daß ihn die Harmlosigkeit des Gummiwuchtgeschosses so beeindruckt habe, daß er auf die persönliche Erprobung weiteren Polizeigeräts verzichte.



BRD-Außenpolitik: Die ersten 100 Tage seit der Regierungserklärung: BRD-Imperialisten schlagen aus US-„Aufbruch“ Kapital Seite 3



VR Polen: Fremde Truppen nicht abgezogen, Vorbereitung des Generalstreiks Seite 7



DGB: Grundsatzprogramm beschlossen: Die Gewerkschaftsbewegung lockert ihre Bindung an die bürgerliche Ideologie Seite 13

## Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln, Kamekestr. 19, Telefon 02 21/51 73 76  
Erscheint vierzehntäglich im Verlag GNN m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2 DM

## Inhalt

**BRD-Außenpolitik:** Die ersten 100 Tage seit der Regierungserklärung: BRD-Imperialisten schlagen aus US-„Aufbruch“ Kapital  
Seite 3

„Sicherheitsinteressen“ in Ausdehnung begriffen ..... Seite 4

Entwicklungshilfe ..... Seite 5

---

**Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet** ..... Seite 6

---

**VR Polen:** Fremde Truppen nicht abgezogen — Vorbereitung des Generalstreiks ..... Seite 7

**DDR:** Kampagne für höhere Arbeitsproduktivität ..... Seite 7

**Lohnbewegung Metall:** Kapitalisten lassen sich Zeit, Zeit, Zeit  
Seite 8

**Schwerbehinderte:** BVG bereitet Urteil zu den Kosten vor  
Seite 9

**Arbeitsbeschaffung:** Ehrenbergs Konzept gegen Arbeitslose  
Seite 9

**Bundeswehrverband:** 30 DM-Forderung ein Spottgeld .. Seite 10

**Berufsausbildung:** Steigendes Ausbildungsplatzangebot, aber schlechtere Ausbildung ..... Seite 10

**Westberliner CDU:** Statt Berlinzulage Geld für deutsche Kinder  
Seite 11

**Österreich:** Massenentlassungen in der Stahlindustrie ... Seite 12

**DGB:** Grundsatzprogramm beschlossen: Die Gewerkschaftsbewegung lockert ihre Bindung an die bürgerliche Ideologie  
Seite 13

Wichtigste Streikkämpfe 63—81 ..... Seite 14

Lebers Illusionen ..... Seite 16

---

**Nachrichten aus der Arbeiterbewegung** ..... Seite 18

---

**Stoltzenberg-Skandal:** Prozeß eingestellt, um Behörden aus der Affäre zu ziehen ..... Seite 19

**Beurteilungsverfahren:** ÖTV-Funktionäre sprechen sich dagegen aus ..... Seite 19

**Öffentlicher Dienst:** ÖTV: Rentenzahlung bis 75% ..... Seite 20

**Lärmzulagen, Kurzerkrankung:** F&S-Konzern verzögert Umsetzung der neuen MTV-Regelungen ..... Seite 20

**Fritz Werner:** 30% „Leistungsreserve“ vermutet ..... Seite 21

**Vereinigte Deutsche Studentenschaften:** Offene Krise im Dachverband der Studentenvertretungen — Wende über Anpacken der beschlossenen Aufgaben möglich ..... Seite 22

Die BAFÖG-Auszahlungen sinken ununterbrochen, untere Einkommen sind am stärksten betroffen ..... Seite 22

**Ausländer:** Frankfurt für „totalen Zuwanderungsstopp“  
Seite 23

**MTV Einzelhandel:** Kapitalisten: Kleinbetriebe ausklammern  
Seite 23

**HBV-Betriebsratswahlen:** Forderungen in der Tariffbewegung  
Seite 24

**Bayern/Baden-Württemberg:** Strauß und Späth proben „Neuen Kurs“ der CDU/CSU — abgekarteter, aber weitreichender Vorstoß der Reaktion ..... Seite 25

„Besitzrechte bei leerstehenden Wohnungen verwirkt“ ... Seite 26

Stichwort Demonstrationsrecht ..... Seite 27

---

**Internationale Nachrichten** ..... Seite 28

---

**Südafrika:** Die westlichen Imperialisten verstärken die Hilfe für das Siedlerregime ..... Seite 29

**Pakistan:** USA wollen Garantiemacht werden ..... Seite 30

**Iran:** Streit um weiteren Kurs der Revolution ..... Seite 30

**Australien:** Regierung organisiert Streikbruch ..... Seite 30

**US-Bergarbeiter:** Streiks gegen Reagan-Programm, für Lohn  
Seite 31

**Republik Irland:** Vorbei ist es mit den „Vorteilen der EG“  
Seite 31

**Kanada:** Staatsbesuch von Reagan: Die Widersprüche Kanada—USA sind lebhaft ..... Seite 32

Kanadische Indianer: Landraub geht weiter ..... Seite 33

---

**Aus Kultur und Wissenschaft** ..... Seite 34

---

**Dressed to kill:** Durch Horror und Sex wird der „american way of life“ erst so richtig gemütlich ..... Seite 34

Pornofilm — Angebot für Einsame ..... Seite 34

Verschrien, aber viel gelesen: Boccaccio ..... Seite 34

„Wer hat Angst vorm Sex?“ ..... Seite 35

**Schuhmode:** Vormarsch der Plastikstiefel. Fürs Frühjahr flache Schlappen ..... Seite 35

**Hochwasser:** Ausreichender Hochwasserschutz zu teuer .. Seite 36

**Evangelische Soziallehre:** Bodelschwingh — ein Vater des modernen Sozialstaates ..... Seite 36

**SPD:** Detailliertere Staatszielbestimmungen ins Grundgesetz?  
Seite 37

Das Wertprodukt, seine Bestandteile und der Durchschnittslohn  
Seite 38

Einfluß der „Verantwortung“ auf die Lohnhöhe ..... Seite 38

Analytische Arbeitsbewertung in der Metallindustrie ... Seite 39

## Die ersten 100 Tage seit der Regierungserklärung: BRD-Imperialisten schlagen aus US-„Aufbruch“ Kapital



### Schmidt: Sicherheit und Zusammenarbeit

„1. Ohne Gleichgewicht gibt es in unserer Welt keinen verlässlichen Frieden. Wir können uns sicher fühlen, weil die Atlantische Allianz das Gleichgewicht wahrt und zu welchem wir unser volles politisches und militärisches Gewicht in die Waagschale des Westens gelegt haben. 2. Das Gleichgewicht ist eine



### Apel: Sicherheitspolitik in den achtziger Jahren

„Lassen Sie mich ein Fazit der Rüstungskontrollpolitik ziehen: Das letzte Jahrzehnt hat noch nicht die Ergebnis-



### Genscher: Möglichkeiten und Grenzen deutscher Außenpolitik

„Es gibt keine deutsche Sonderrolle zwischen West und Ost. Wir gehören zum Westen, aber es gibt eine besondere deutsche Verantwortung für Frieden und Zusammenarbeit in Europa ... Unser Ziel ist eindeutig: 1. Wir wollen Sicherheit auf der Grundlage des Gleichgewichts. 2. Wir wollen das Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen ... An der Schwelle der achtziger Jahre wird

notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung des Friedens. Deshalb muß der Frieden auch durch eine Politik der Rüstungsbegrenzung und der Zusammenarbeit gesichert werden ... Wir werden die Politik der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn fortsetzen im Interesse der friedlichen Entwicklung in Europa und der Zukunft des ganzen deutschen Volkes. 3. Die Europäische Gemeinschaft bleibt für uns unverzichtbare Grundlage für Frieden, Freiheit, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt. Auch sie dient dem Gleichgewicht. 4. Mit unserer Politik der gleichberechtigten Partnerschaft wollen wir helfen, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Unabhängigkeit der Länder der Dritten Welt langfristig zu sichern.“ (Schmidt in der Regierungserklärung am 24. November 1980)

se gebracht, die wir uns erhofft haben. Rüstungskontrollpolitik war bestenfalls eine kontrollierte Aufrüstungspolitik ... Dennoch: Der Friede in Europa ist heute gefestigter als in den 50er und 60er Jahren. Das ist zurückzuführen auf die banale Wahrheit, daß zur Erhaltung des Friedens kontrollierte Aufrüstung in einer politisch stabilen Atmosphäre besser ist als unkontrollierte Aufrüstung in Spannungszeiten.“ (Apel am 21.2.81 auf der XVIII. Wehrkundebegegnung)

das Thema Mittelstreckenwaffen zur Schlüsselfrage dafür, ob es gelingt, Gleichgewicht gleichsam nach unten, d.h. durch Abrüstung zu schaffen, oder ob wir zum Gleichgewicht nach oben, d.h. zum Rüstungswettlauf gezwungen werden, oder ob Westeuropa durch Hinnahme von wachsender Überlegenheit der östlichen Seite den Weg der sicherheitspolitischen Abkoppelung von den Vereinigten Staaten beschreitet ... Nur eine westliche Politik, die eindeutig auf Gleichgewichtssicherung gerichtet ist, die keine Zweifel läßt, daß sie sowjetische Überlegenheit nicht hinnehmen wird, die auch ihre eigene Öffentlichkeit nicht im Zweifel darüber läßt, daß das Streben nach Überlegenheit in seinen Auswirkungen immer offensiv ist, nur eine solche Politik bedeutet aktive Friedenssicherung.“ (Genscher am 8.12.80 vor der Westberliner Pressekonferenz)

Nach gut hundert Tagen der neuen Amtsperiode von Schmidt und Genscher ergibt die außenpolitische Bilanz: Die westdeutsche Monopolbourgeoisie hat Grund zur Zufriedenheit mit der Verfechtung ihrer Interessen durch diese Regierung. Mit dem Antritt der neuen US-Regierung zeichnet sich eine rasante Verschärfung der Widersprüche zwischen den Imperialisten ab, vor allen Dingen zwischen den USA und der UdSSR.

Mit äußerster Energie und Wendigkeit haben sich Schmidt und Genscher seit der Regierungserklärung Ende November daran gemacht, aus dieser Entwicklung Kapital für die Position der westdeutschen Bourgeoisie zu schlagen. In ihrem außenpolitischen Konzept sind der weitere Ausbau und die Befestigung einer europäischen Mittelmacht-Position grundlegend. Gestützt auf das westeuropäische Wirtschaftspotential sehen die westdeutschen Imperialisten die nächsten Möglichkeiten der Ausdehnung ihrer Geschäftstätigkeit durch verstärkte Kapitalanlage in Ländern der Dritten Welt und im Osthandel.

Ausdehnung der imperialistischen Geschäftstätigkeit führt unausweichlich zu schärferen „Interessenkonflikten“. Das ist deutschen Imperialisten seit 1890 klar. Weder Genscher noch Apel hatten daher irgendwelche Probleme, gemeinsam mit der neuen US-Regierung bei ihren Besuchen Einigkeit über die „Notwendigkeit forcierter Rüstung“ zu bekunden. Und bei allen Differenzen, wer für was wieviel zahlt, lassen sich die westdeutschen Imperialisten nicht lange nötigen, „im Rahmen der NATO-Arbeitsteilung“ ihre Militärpositionen in Mitteleuropa auszubauen.

– Mit Bedacht hatte die Regierung die Ministerbesuche in Washington und Moskau auf den Zeitraum nach den „37. deutsch-französischen Konsultationen“ terminiert. Damit unterstrichen Schmidt und Genscher besondere Wertschätzung einer Art Achsenbildung BRD – Frankreich. Die Vertreter der französischen Regierung unterzeichneten bei diesen Konsultationen Anfang Februar teilweise wörtlich die außenpolitische Zielsetzung der BRD-Regierungserklärung. Zwischen den Zeilen wurde die neue US-Regierung gewarnt, die westeuropäischen Imperialisten als Fußtruppen in der Auseinandersetzung USA – UdSSR um Welt-herrschaft zu betrachten: „Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses ...

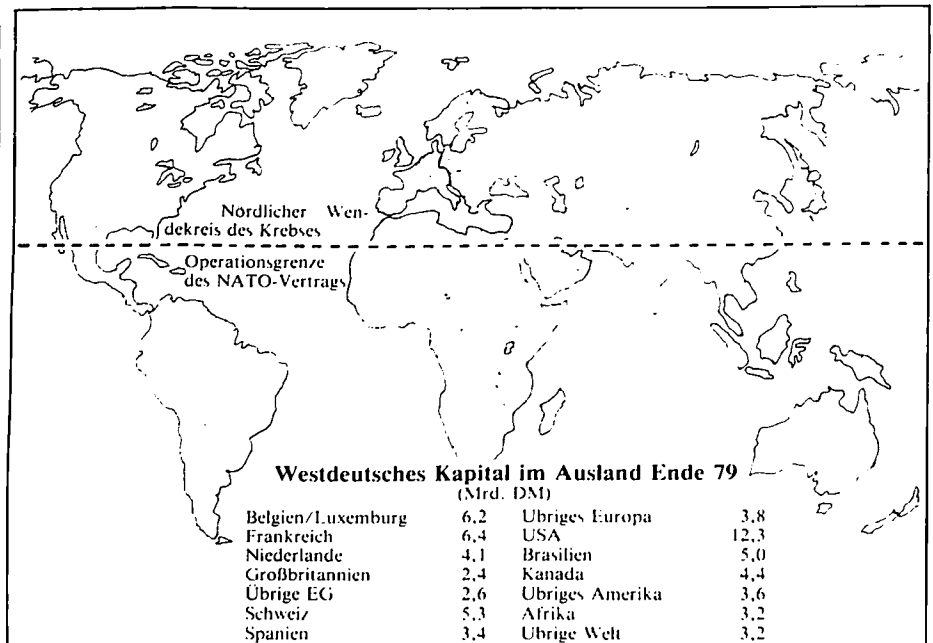
## „Sicherheitsinteressen“ in Ausdehnung begriffen

**Franz-Josef Strauß** auf dem Sicherheitspolitischen Kongress der CDU im Januar 1980: „Es gibt welche, die durch Eroberungskriege immer kleiner werden, und andere, die durch reine Verteidigung immer größer werden ... Ich bin kein Befürworter irgendwelcher weltpolitischer Abenteuer. Aber ich kann auch nicht einfach, unabhängig davon, ob ich Kanzler werde oder nicht, als verantwortlicher Politiker die Augen davor verschließen, daß unsere Lebenslinien bedroht und zum Teil abgeschnitten werden ...“

**Manfred Wörner** auf dem Sicherheitspolitischen Kongress der CDU im Januar 1980: „Daher muß jetzt in der Struktur und Aufgabenstellung der NATO die Konsequenz gezogen werden: a) die Sicherung der Rohstoff- und Ölversorgung muß zu einer zentralen Aufgabe der NATO werden, b) die Koordinierung der Ost- und Osthandelspolitik der Verbündeten ist ebenfalls vordringlich, c) die geographische Begrenzung muß fallen.“

**Bundeskanzler Schmidt** am 28. November 1980 im Bundestag: „... daß ein deutscher militärischer Beitrag im Persischen Golf nicht möglich ist ... Aber das, was Herr Wörner vorgestern verlangte, ist doch nun längst geschehen: nämlich wir haben gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika die Bereitschaft zu einer Arbeitsteilung innerhalb der Allianz erklärt.“

**Wörner** für die CDU am 5. Januar 1981 über „Schwerpunkte der Außen- und Sicherheitspolitik in den 80er Jahren“: „Es bedarf einer ge-



meinsamen Krisenplanung des Westens als Voraussetzung erfolgreicher Krisenbewältigung, u.a. auch zur Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung ... Diese Aufgabe übersteigt den Rahmen der NATO. Es muß eine Struktur gefunden werden, die es erlaubt, Japan, Australien und Neuseeland mit einzubeziehen.“

**Bundeskanzler Schmidt** vor der Jahresversammlung des Industrie- und Handelstages am 10.2.1981: „... weil wir inzwischen gemerkt haben – siehe Sicherheit unserer Energiezufuhren aus dem Ausland –, daß zwar ... der Rahmen unserer Verteidigung durch den Nordatlantikvertrag geographisch abschließend definiert ist, daß sich nun aber herausstellt, daß damit andererseits unsere Sicherheitsinteressen noch nicht abschließend definiert sind.“

**Genscher** am 10.3. zur Studie „Die Sicherheit des Westens: Neue Dimen-

sionen und Aufgaben“: „Den drohenden Konfliktgefahren in der Dritten Welt ist durch eine vorausschauende Politik zu begegnen. Das Bündnis muß den äußeren Rahmenbedingungen seiner Sicherheit verstärkte Aufmerksamkeit widmen.“

**Kohl** auf dem CDU-Parteitag vom 9. – 12. März 1981: „Europa, so sagen sie (die Autoren der oben genannten Studie, d.Red.), müsse einen echten Beitrag zur westlichen Sicherheit im Nahen Osten leisten, politisch, wirtschaftlich und militärisch in der Form, daß beispielsweise wir Deutschen dafür sorgen, daß amerikanische Ressourcen für den Mittleren Osten freigesetzt werden. Frankreich und Großbritannien können darüber hinaus gehen ... ich halte dies in der Tat für ein unabdingbares Erfordernis ...“

schließt die Hinnahme einer Position der Schwäche ebenso aus wie das Streben nach militärischer Überlegenheit.“ Den EG-Gipfel in der letzten März-Woche benutzte Schmidt, um zu demonstrieren, daß die BRD-Imperialisten eine britische Anfechtung ihrer westeuropäischen Führungsansprüche nicht dulden.

– Nachdrücklich haben die westdeutschen Kapitalistenverbände ihr Interesse an verstärkter Kapitalanlage in den Entwicklungsländern betont. Rodenstock reiste persönlich an der Spitze einer BDI-Delegation im Februar nach Saudi-Arabien, um u.a. über „Gemeinschaftsfinanzierungen“ mit den ölexportierenden Ländern dabei zu verhandeln. Kurz zuvor hatte Genscher Algerien besucht, eines der angesehensten Länder der Blockfreien-Bewegung. Genscher bekundete Interesse

an Direktinvestitionen und äußerte große Befriedigung bei Unterzeichnung eines Abkommens zur Bildung einer „gemischt deutsch-algerischen Wirtschaftskommission“. „Gemischt“ heißt: Vertreter von „Regierung und Wirtschaft“.

Gleichzeitig haben die westdeutschen Imperialisten ihre direkte Einmischung in die inneren Verhältnisse der Staaten der Dritten Welt und ihr Auftreten gegen die Befreiungsbewegungen zügig fortgesetzt. Schon vor der Regierungserklärung belehrte Genscher den Präsidenten der SWAPO in Bonn über den Segen von „Verhandlungslösungen“, besonders unter imperialistischem Vorsitz, und „Gewaltlosigkeit“ als Bedingung für „BRD-Unterstützung“. Nachträglich hielt es das Auswärtige Amt für angebracht, die SWAPO förmlich darauf aufmerk-

sam zu machen, daß sie von der BRD keineswegs ernsthaft als einzig legitimer Vertreter des Volkes von Namibia anerkannt wird: Auch Vertreter der von den südafrikanischen Kolonialisten eingesetzten „Turnhallen-Allianz“ seien der BRD-Regierung willkommen.

Der stellvertretende Ministerpräsident der türkischen Militärjunta mußte schon zweimal in Bonn antreten, um über die Freigabe einer weiteren „Kredithilfe“ zu verhandeln. Staatsminister im Auswärtigen Amt Hamm-Brücher wies bei Gelegenheit des Besuchs des israelischen Außenministers auf die „besonderen Beziehungen zu Israel“ hin und rechtfertigte die Kolonialunterdrückung durch dieses Regime: „... die Aufgabe, das Existenzrecht Israels und die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes miteinander in Ein-

klank zu bringen. Hier steht Recht gegen Recht.“ Um in El Salvador die Befreiungsbewegung zu spalten, propagiert die BRD-Regierung das Konzept der „Unterstützung der demokratischen Kräfte in beiden Lagern“. Die USA schickten ihren Sonderbeauftragten Eagleburger Mitte Februar nach Bonn, um über die Bedingungen direkter Militär-Intervention zu verhandeln.

– Nach Ankündigung der Reagan-Regierung, den Handel mit der UdSSR zu beschränken, sehen die westdeutschen Imperialisten ihre Aktien im Ostgeschäft steigen. Genscher und Haig „einigten“ sich auf die zweideutige Formulierung, solche Wirtschaftsbeziehungen seien „ein wichtiges Element der Ost-West-Beziehungen“. Und: „Über die amerikanische Politik hierzu wird noch beraten“. Auf jeden Fall bekam Lamsdorff bei seinem anschließenden US-Besuch die „ernsten Bedenken“ der US-Regierung gegen das 10-Milliarden-Erdgasgeschäft zu hören. Nach diesem Geschäft lecken sich die westdeutschen Banken als Kreditgeber und Salzgitter AG, Mannesmann und AEG als Lieferanten von Röhren und Kompressorstationen alle zehn Finger. Als Rückzahlung verlangen die BRD-Imperialisten bei einer Verzinsung von über 10% Erdgaslieferungen im Umfang von etwa 5 bis 6% des gesamten westdeutschen Energiebedarfs. Nicht ohne Seitenblick auf die vor einigen Jahren durch die USA verfügte Sperrung der Plutonium-Lieferungen bekräftigte Schmidt dieses Geschäftsinteresse vor der Jahresversammlung des DIHT als „Politik der Risikostreuung“. Beschleunigung des Abschlusses gehört zu den Verhandlungsaufträgen Genschers in Moskau.

Weiter war Genschers Interesse in Moskau auf Absicherung der BRD-Einmischung in Polen gerichtet. Im Westen ist Polen mit 23 Mrd. \$ verschuldet, 10,9 Mrd. davon sind fällig. Die polnische Regierung ist zahlungsunfähig. Bei seinen Verhandlungen über weitere Kredite in Warschau vor der Moskau-Reise erklärte Genscher mit „Fingerspitzengefühl“: Polen könne man nicht behandeln wie „irgendein afrikanisches Land“. Aber dennoch stelle er sich weitere Bürgschaften analog zu den IWF-Bedingungen in solchen Fällen vor. Im Klartext heißt das: Forderungen nach weiterer Konsumeinschränkung in Polen, Exportsteigerung und wirtschaftlicher Öffnung.

Kein Wunder, daß bei diesen Mittelmacht-Ambitionen die BRD-Imperialisten keinen Zweifel an der „Atlantischen Allianz“ aufkommen lassen. Auf einen „strategischen Schirm“, wie ihn die USA bieten, ist die Konstruktion dieser Politik genauso angewiesen wie auf die „Runderneuerung der Bundeswehr“.

## Entwicklungshilfe

Um 10,4% wächst 1981 der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der höchste Zuwachs von den Etats der Ministerien. Bis 1983 will die Bundesregierung die Entwicklungshilfe jährlich um 12,5% erhöhen.

Lohnende „Zukunftsinvestitionen“ der BRD-Imperialisten. Denn: Ohnehin flossen fast 67% der 1979 gezahlten Finanzhilfe – nicht rückzahlbare Zuschüsse oder billige Kredite – direkt an die westdeutsche Industrie zurück. Bei den Mitteln für „technische Zusammenarbeit“ waren es 79% und bei den BRD-Zahlungen für multilaterale Hilfe (Weltbank, EG etc.) sogar weit über 100%. Das eigentliche Geschäft aber bringen Anschlußaufträge, Kapitalinvestitionen und Bankenkredite, für die die bescheidene staatliche Entwicklungshilfe – BMZ-Etat 1981: 5,7 Mrd. DM – den Boden vorbereitet hat. So steigerte die BRD ihren Export in Entwicklungsländer von 1972 bis 1979 von 12 auf 17% des Gesamtexports. Aus der Aufstellung der wichtigsten Empfängerländer von BRD-Entwicklungshilfe geht hervor, daß die BRD als wichtiger Außenhandelspartner und – teilweise – Hauptgläubiger sich diese Länder zunehmend abhängig gemacht hat. Schwerpunkt der BRD-„Hilfe“ ist Afrika und der Nahe Osten.

Im 81er Etat wird verstärktes Gewicht auf die „technische Zusammenarbeit“ gelegt. Dazu gehören Projekte wie der Aufbau der Berufsschulen in Saudi-Arabien, die über den Einsatz von BRD-„Experten“



Offergeld auf Inspektion

langfristige Einflußnahme auf das Aufbaukonzept des Landes versprechen. Priorität hat auch die Mittelvergabe für die unterentwickeltesten Länder der Dritten Welt. Hier sollen Voraussetzungen für künftigen Waren- und Kapitalexport geschaffen werden, der sich gegenwärtig auf die entwickelteren Länder der Dritten Welt konzentriert.

„Die Bundesrepublik Deutschland drängt den Partnerländern politische, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Vorstellungen nicht auf.“ („Entwicklungspolitische Richtlinien“ vom Juli 1980) Die Praxis: Seit 1979 z.B. blockiert die BRD jede EG-Zahlung für Angola und Mozambique, weil diese Länder nicht unterschreiben, daß Westberlin Teil der BRD sein soll. Dadurch ist u.a. die Finanzierung der Eisenbahnprojekte, die die Länder des südlichen Afrika von Südafrika unabhängig machen sollen, gefährdet.

	BRD-Entwickl.- hilfe 50-79		DM pro Kopf	Zusagen 1979	Außenhandel mit BRD 79	ö.Schul-Gesamt- den an versch.	
	Zuw.	Kred.			Exp.	Imp.	BRD 79 78
Türkei .....	369,7	2 593,4	68,5	538,2	901,7	1 345,5	1 562,1 6 188
Jugoslawien .....	47,9	1 000,0	47,6	6,0	2 200,5	5 797,7	1 813,1 3 454
Ägypten .....	455,9	1 467,8	48,6	285,0	344,4	1 509,2	1 477,2 9 879
Tunesien .....	283,0	705,2	160,0	100,2	400,4	650,1	599,8 2 359
Tansania .....	552,1	448,6	58,5	142,5	147,3	214,4	253,0 1 095
Marokko .....	206,6	759,5	53,3	170,1	492,8	418,1	490,0 5 139
Sudan .....	285,8	448,5	43,2	135,1	65,3	195,4	281,8 2 076
Kenia .....	334,1	348,6	46,8	121,0	309,4	258,8	342,7 953
Ghana .....	285,1	280,7	53,9	61,1	190,2	190,3	272,1 843
Brasilien .....	671,0	499,8	10,1	119,1	2 531,4	2 379,2	7 794,2 28 821
Peru .....	452,4	455,6	52,5	87,1	255,7	296,0	292,7 5 367
Indien .....	1 082,5	4 073,0	8,1	442,1	1 002,0	1 284,8	2 613,3 15 326
Indonesien .....	522,0	1 478,7	13,9	175,8	733,2	746,4	2 527,2 13 089
Israel .....	103,5	1 854,1	529,1	155,8	963,7	1 282,4	1 440,6 9 209
Pakistan .....	346,1	1 579,2	25,6	119,8	253,3	510,8	1 190,0 7 568
Bangladesh .....	434,7	721,9	16,1	191,1	44,2	160,1	474,2 2 798
Süd-Korea .....	247,1	390,3	17,2	51,2	1 473,6	1 465,7	975,0 11 992
Jordanien .....	191,6	409,5	214,7	88,1	11,0	387,0	299,6 840

Quellen: BMZ-Handbuch Entwicklungspolitik 1980; Weltbank: World Development Report, 1980; BMZ: Vierter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, 1980. — BRD-Entwicklungshilfe, Zusagen 1979 und Außenhandel 1979 in Mio. DM, öff. Schulden und Gesamtverschuldung in Mio. \$.



## Hessen: Reaktion erhält Magistrate

Frankfurt. Die CDU solle Stimmen in ganz Hessen gewonnen haben, was sich besonders durch absolute Mehrheiten in Wiesbaden und Frankfurt äußere. Tatsache ist, daß die auf 71% gesunkene Wahlbeteiligung prozentual Gewinne vortäuscht, die nicht vorhanden sind. Der SPD gelang es nirgendwo mehr, den Widerstand gegen die Reaktion zu sammeln. Mit Ausnahme von Wiesbaden äußerte sich die Ablehnung der Politik der herkömmlichen bürgerlichen Parteien in Parlaments-sitzen für die „Grünen“, BIs oder fortschrittliche Wählergemeinschaften, insbesondere dort, wo die SPD/FDP-Landesregierung Projekte direkt gegen die Volksmassen durchsetzen will (Wiederaufbereitungsanlage Volkmarren, Flughafenausbauprojekte in Mörfelden — 42% für Anti-Atom-BI; 25% für „Grüne“, 8% für die Revisionisten). Die FDP gewann — absolut unerheblich — Stimmen hinzu. Mit Ausnahme des KBW in Frankfurt kandidierte selbständig keine ML-Organisation; auch den Wahlbündnissen unter Beteiligung von Marxisten-Leninisten gelang es nicht, die erkennbare Ablehnung der bürgerlichen Politik politisch und organisatorisch zu fassen.

## Bunte Liste für Patenschaft mit Zimbabwe

In einem Brief an SPD, FDP und CDU in Bielefeld tritt die Ratsfraktion der Bunten Liste für eine Finanzierungshilfe für eine Schule in Zimbabwe ein und für Patenschaft durch die Stadt. Der Vorschlag geht zurück auf einen Aufruf des Erziehungsministers von Zimbabwe, Unterstützung für den Aufbau einer Schule für 2000 Schüler zu leisten.

## Hungerstreik gegen Haftbedingungen

Seit Anfang Februar befinden sich mehrere Gefangene in der BRD und in Westberlin im Hungerstreik. Mit dem Einsatz ihres Lebens kämpfen sie gegen Haftbedingungen, die nichts anderes sind als ein Todesurteil auf Raten. Die staatliche Gewalt hält sie in sog. Hochsicherheitstrakts eingesperrt, in schalldichten Zellen isoliert, überwacht sie Tag und Nacht, entzieht ihnen selbst die minimalen Rechte anderer Gefangener und versucht jetzt, ihren Willen durch die Folter der Zwangsernährung gänzlich zu brechen. Einige haben bis Anfang letzter Woche abgebrochen, die anderen befinden sich in akuter Lebensgefahr, nicht nur in Folge des Hungerstreiks, sondern in Folge der oft schon Jahre währenden Haftbedingungen.

## Matthöfer für „Eigenverantwortlichkeit“

Kurz bevor die Erhöhung der Mineralöl- und Branntweinsteuer in Kraft tritt, trägt Matthöfer neue Plünderungspläne vor: Er Sorge sich, ob „die Nettoeinkünfte eines beschäftigten Arbeitnehmers im richtigen Verhältnis zu den Nettoeinkünften eines Arbeitslosen“ stehen. Kurzum, er will das Arbeitslosengeld besteuern. „Eigenverantwortlichkeit“ sei die Devise. Seine Arbeitslosigkeit verantwortet der Arbeitslose nicht. Was also? Daß er seine Haut zu jedem Preis zu Markte trägt!

## „Wir sehen uns hier getäuscht“

Bitterböse kehrte der Kanzler vom EG-Gipfel aus Maastricht zurück. Hingefahren war er in der Absicht, das Bündnis der europäischen Finanzbourgeois auf Linie, seine Linie, zu bringen, um Spielraum für westdeutsche Weltpolitik zu gewinnen. Doch in keinem Punkt mochten sich die Geschäftspartner dem westdeutschen Führungsanspruch beugen. In der Fischereifrage blieb Großbritannien gegenüber französischen Ansprüchen hart, eine Einigung wurde nicht erzielt, und der für die westdeutsche Hochseefischerei einträgliche Vertrag mit Kanada tritt deshalb nicht in Kraft. 2,6 Mrd. DM habe er von den britischen EG-Beiträgen „auf Treu und Glauben“ übernommen, tobt der Kanzler, weil Großbritannien nachzugeben versprochen habe. In der Agrarpolitik will v.a. Frankreich anders als die BRD, jedenfalls nicht die angestrebte Änderung, die seine führende Position antaste. Im Stahlkrach vermochte Schmidt niemanden zu überzeugen, durch Streichung bisheriger Subventionen für die Stahlka-



Über 10000 protestierten am 14.3. in Frankfurt gegen die imperialistische „Türkeihilfe“ und die Unterdrückung der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte durch die unter Beteiligung der BRD-Imperialisten an die Macht gebrachte Militärjunta. Mindestens 560 Mio. DM werde die BRD auch in diesem Jahr wieder bereitstellen, erklärte Genscher. Die US-Imperialisten haben bereits für 1982 400 Mio. Dollar Kredite für Waffenlieferungen und 300 Mio. für „Wirtschaftshilfe“ eingeplant, 150 Mio. mehr als für dies Jahr vorgesehen. Der neue Haushalt der Türkei ist nach dem Interesse der Imperialisten: Bei vollständiger Verschuldung des Landes sind 21,2% aller Ausgaben für Militär und Polizei vorgesehen.

pitalisten den westdeutschen Monopolen das Feld zu überlassen. Statt einer Einigung in diesen Fragen sah der Kanzler neuen Ärger aufziehen: Mehrere Länder, u.a. Belgien, wozu auch Italien, tragen sich mit Abwertungsgedanken, um ihren Export anzukurbeln, was die Aussichten der BRD-Imperialisten, ihre Marktpositionen in Europa zu halten oder gar auszubauen, schmälert. Untereinander dermaßen zerstritten, brachten es die EG-Imperialisten gegenüber den USA, die durch ihre Politik der hohen Zinsen flüssiges Kapital aus Europa weglocken, auch nur zu einer lauen Absichtserklärung: Man werde dereinst eine „gemeinsame Strategie“ ausarbeiten.

## „Wachsamkeit geboten!“

Mit diesem Aufruf wendet sich der belgische Gewerkschaftsbund gegen die Pläne v.a. der christdemokratischen Regierungspartei, die Ansprüche der Lohnabhängigen auf Sozialversicherungszahlungen drastisch zu kürzen, um mit diesen hinterzogenen Geldern den Staatshaushalt zu sanieren. Weiter wendet er sich dagegen, daß die 1981 zu zahlenden Einkommenssteuern für 1980 nicht indiziert werden und die Regierung zukünftig alle Einkommen der Lohnabhängigen, z.B. Arbeitslosengeld, Renten, besteuern will. Stattdessen fordert er die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft.

## NL: „Kein Lohnstopp, wenn ...“

... wenn die Gewerkschaften die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge nicht durch Lohnforderungen auszugleichen versuchen. Diese Erhöhung spült in 6 Monaten 860 Mio. DM in die Kassen. Bei Lohnforderungen will Sozialminister Albeda erneut ein Lohnstopp-Gesetz erlassen.

## Dritte Welt: Sinkende Terms of Trade

Nach Mitteilung der UNO-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung verschlechtern sich die Handelsbedingungen für die Dritte Welt weiter: Trotz mengenmäßiger Steigerung der landwirtschaftlichen Exporte um 2,5% im Jahre 1979 konnten die Entwicklungsländer ihre Kaufkraft auf dem Weltmarkt nicht steigern. Lediglich die erdölexportierenden Entwicklungsländer konnten in den letzten zehn Jahren eine deutliche Verbesserung der Austauschverhältnisse durchsetzen. Trotz erheblicher Anstrengungen können insbesondere die vorwiegend landwirtschaftliche Güter exportierenden Entwicklungsländer das von den Imperialisten diktierte Tempo der Produktivitätssteigerung nicht erreichen. Damit verschärft sich der von der wachsenden Verschuldung ausgehende Druck weiter. Ende 1979 wird die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer mit 376 Mrd. US-\$ angegeben, das sind fast 20% ihres Bruttosozialprodukts.

## Fremde Truppen nicht abgezogen — Vorbereitung des Generalstreiks

Das Manöver „Sojus 81“, das von Truppen der UdSSR, der CSSR, der DDR und der VR Polen hauptsächlich auf polnischem Territorium durchgeführt wird, ist nicht termingemäß beendet worden. Einen Tag danach hat die Gewerkschaft Solidarität erklärt, sie halte sich zum Generalstreik bereit für den Fall, daß ein Ausnahmezustand verhängt würde. Das Problem einer Intervention der UdSSR, das viele in den letzten Monaten beschäftigt hat, stellt sich zur Zeit in der Form, ob die Truppen, die bereits da sind, das Land wieder verlassen oder dort bleiben.

Kräfte, die das Eingreifen fremder Truppen in der VR Polen herbeizuführen wünschen, fühlen sich zu Angriffen auf die Gewerkschaft Solidarität ermutigt. In Bydgoszcz, wo nach einer gegen die Bauern gerichteten Räumungsaktion der Polizei anschließend auf der Straße mehrere Gewerkschaftsmitglieder in einer Schlägerei schwer verletzt wurden, sprach „Solidarität“ von einer Provokation gegen den von dem neuen Ministerpräsidenten eingeschlagenen Kurs.

In der Mitgliedschaft der PVAP herrscht Unzufriedenheit über die Verschiebung des Parteitages möglicherweise über den Herbst hinaus. Ursprünglich sollte er Anfang April stattfinden. Die Tatsache, daß die Partei damit viele Fragen, die dringend geklärt werden mußten, in der Schwebe läßt, andererseits aber Organisationen unterschiedlicher und sicher nicht so-

zialistischer Richtung sich entschieden denn je äußern, trägt zur Beunruhigung der Mitglieder, die ja in der Mehrzahl auch Mitglieder der Gewerkschaft Solidarität sind, erheblich bei.

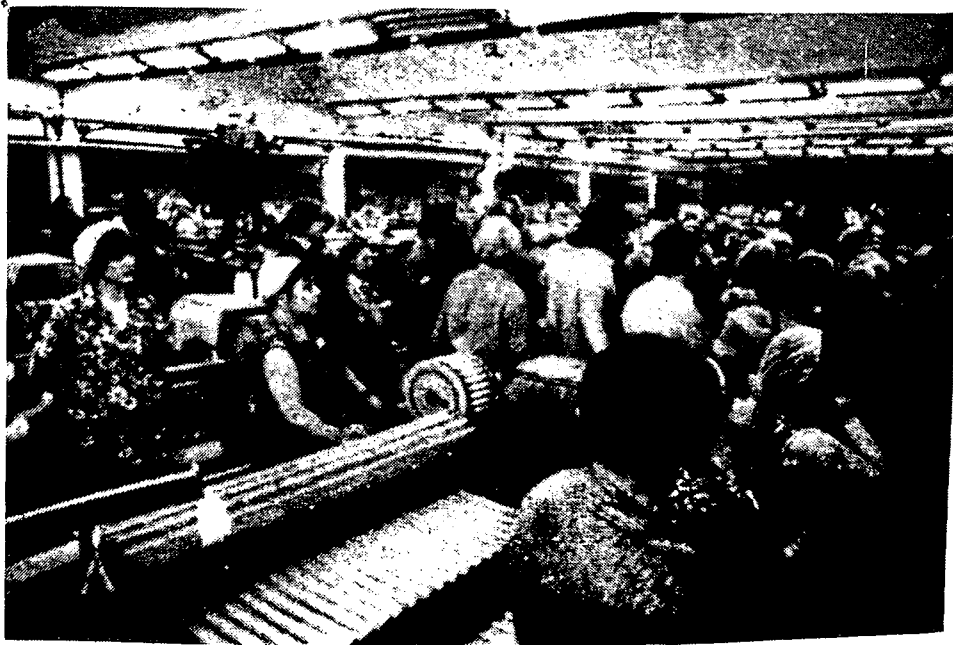
Die Demokratische Partei, die ihre Basis in Handwerk und Kleingewerbe hat, sucht das Drittel der Bevölkerung, das die Vereinbarungen von Gdańsk nur mit Vorbehalten unterstützt, für die Vernachlässigung der wirtschaftlichen Forderungen zu gewinnen. Zwar hat sie auf ihrem XII. Kongreß erklärt, ihr Tätigkeitsprogramm habe diese Vereinbarungen zur Grundlage, beschlossen wurde aber das neue Programm „Die Verwirklichung der Demokratie im sozialistischen polnischen Staat“. Mit Sozialismus hat auch die Erhebung des 3. Mai zu ihrem eigenen Feiertag, mit dem sie an die Traditionen des bürgerlichen polnischen Staates nach dem 1. Weltkrieg und an einen Feiertag der katholischen Kirche anknüpft, nichts zu tun. Um mehr Einfluß auf die Jugend zu nehmen, hat sie einen neuen Jugendverband gebildet. Fast gleichzeitig hat der Polnische Pfadfinderverband eine nationalistische Variante dieser Richtung, die Wirkung „im Dienste für die Heimat“, hinzugefügt.

Der Landeskongreß der Ökonomen hat über die von Jaruzelski beabsichtigten größeren Möglichkeiten der Betriebe zur Umschulung und Umsetzung der Arbeiter hinaus gefordert, „einen freien Umsatz mit Produktionsmitteln

zwischen den Unternehmen zu ermöglichen, um die nicht genutzten Vorräte schneller nutzen zu können“. Alle diese Erscheinungen deuten darauf hin, daß, je länger die Regierung sich als unfähig erweist, die Fähigkeit der Arbeiterklasse zur Organisation der Produktion und Verteilung zu heben, desto mehr die Kräfte anschwellen, die Interesse daran haben, die Planwirtschaft zu beseitigen und ein pluralistisches Parteiensystem einzuführen.

Demgegenüber erscheinen die von der Regierung beschlossene Erhöhung der Alkoholpreise, die vor allem die hochprozentigen Getränke betrifft, sowie die schrittweise Rationierung von Lebensmitteln als die einzigen konkreten Schritte im Inneren, die der Durchführung der von Jaruzelski aufgestellten zehn Punkte seiner Regierungserklärung dienen sollen. Selbst diese müssen zweideutig erscheinen, da sie auch den Schwarzmarkt beleben. Wie die Entlassungen von fünf Arbeitern in Łódź wegen Aufdeckung von Schieberien und die anschließenden Warnstreiks trotz der Aufforderung Jaruzelskis, drei Monate nicht zu streiken, nahelegen, ist kein Vertrauen in die Regierung da, sie würde etwa den Schwarzmarkt beseitigen.

Während die UdSSR zwar ihre im ersten Quartal fälligen Lieferungen an Polen teils übererfüllt, aber durch Kürzung ihrer Lieferungen von Erdgas und Erdöl an kapitalistische Länder dokumentiert hat, daß die Versorgung im Rahmen des RGW nicht garantiert ist, hat sich die polnische Regierung an die Europäische Wirtschaftskommission bei der UNO mit dem Vorschlag gewandt, insbesondere die Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Methoden zur Kohleverarbeitung als Ersatzenergiequelle und als Rohstoff für die chemische Industrie zu intensivieren.



Warnstreik der Beschäftigten der Textilindustrie in Łódź

### DDR

## Kampagne für höhere Arbeitsproduktivität

„Überdurchschnittlicher Leistungszuwachs bei verringertem Material- und Energieaufwand und hoher Qualität, wesentliche Steigerung der Arbeitsproduktivität — das entspricht genau der Wirtschaftsstrategie unserer Partei für die 80er Jahre.“ Für ihren Beitrag dazu — eine Million Wandfliesen zusätzlich zum Plan — überbrachte H. Ziegner am 17.3. den Beschäftigten der Fliesenwerke in Boizenburg den Dank und das Ehrenbanner des ZK der SED.

Über 200 Betriebe der DDR erhielten in der 2. Märzhälfte das Ehrenbanner, weil sie sich im Wettbewerb zum X. Parteitag der SED im April — Lo-

sung: „Das Beste zum X. Parteitag! Alles zum Wohle des Volkes!“ – durch Erfüllung der „Parteitagsverpflichtung“ ausgezeichneten. Ausgangspunkt des Wettbewerbs waren vor Monaten die Zeiss-Werke: eine Tagesproduktion zusätzlich bis zum Parteitag, dieses Ziel wurde dann von den anderen Betrieben übernommen. Das Zentralorgan der SED spricht von „der größten Volksinitiative seit Bestehen der Republik“. Einige Beispiele dazu aus „Neues Deutschland“.

Im *Petrochemischen Kombinat Schwedt* wird die Inbetriebnahme neuer Anlagen vorbereitet. Der Stammbetrieb (8600 Beschäftigte) hat das Ziel, bis zum Parteitag 1840 Arbeitskräfte für diese Anlagen freizusetzen, erfüllt. In den *Lokomotivbau-Elektrotechnischen Werken Henningsdorf* will das Kollektiv Steuerungsbaue die Arbeitsproduktivität 1981 gegenüber 80 um 15% steigern. Wie? „Mit hoher Arbeitsdisziplin, Neuerertum und in enger Gemeinschaft mit Ingenieuren und Konstrukteuren“. Im *Rohrkombinat Riesa* hat sich das Walzwerk IV verpflichtet, ein Intensivierungsprogramm zu erarbeiten: „Taktzeitverkürzungen und effektivere Wartungs- und Reparaturmethoden“. Im *Braunkohleteageabbau Lohsa* läuft die Initia-

Ein unzumutbares Notopfer, das endlich abgeschafft werden muß

# Bayernmonat bringt Verluste

Arbeitnehmer der bayerischen Metallindustrie sind bei den Tarifierhöhungen einen Monat später dran als ihre Kolleginnen und Kollegen im übrigen Bundesgebiet. Dieser sogenannte „Bayernmonat“ brachte eine Zeitlang einige Vorteile. Die IG Metall konnte den bayerischen Arbeitgebern in regionalen Verhandlungen jeweils zusätzliche Verbesserungen abringen:

- Wegfall der Ortsklassen- und Altersabschläge
- Lohn- und Gehaltssteigerung für leistungsgeminderte ältere Arbeitnehmer
- Zusätzliche Verbesserungen in den unteren Lohngruppen

Seit 1978 mauern die Arbeitgeber: Keine Zugeständnisse mehr für den „Bayernmonat“. Sie übernehmen unverändert „Mo-

dellabschlüsse“ aus anderen Tarifbezirken.

Durch diesen Unternehmer-Starsinn hat der „Bayernmonat“ seine einmalige Berechtigung verloren. Die Arbeitgeber haben aus ihm ein unzumutbares Notopfer für die bayerischen Metzler werden lassen. Für sie ist er ein Verlustgeschäft. Den einzigen Nutzen aus dem „Bayernmonat“ ziehen die Arbeitgeber:

- Allein in den Jahren 1978 bis 1980 haben sie 265 Millionen Mark an Löhnen und Gehältern eingespart – dank „Bayernmonat“
- Noch mal 20 Prozent davon sparen sie an Beiträgen zur Sozialversicherung – dank „Bayernmonat“
- Für jeden der im Februar 1980 rund 700 000 Beschäftigten errechnete sich ein

Lohn- und Gehaltsverlust von je 170 Mark – dank „Bayernmonat“

● Gerade in der gegenwärtigen Situation werden solidarische Aktionen der bayerischen Metzler mit ihren

Kolleginnen und Kollegen in der übrigen Metallindustrie gebremst. Weil – dank „Bayernmonat“ – auch die Friedenspflicht einen Monat später endet als im übrigen Bundesgebiet.



Chef, Sie müssen das Schild auswechseln, bei uns ist der Gürtel bereits im letzten Loch. Eine kleine Umverteilung täte uns beiden auch mal gut.

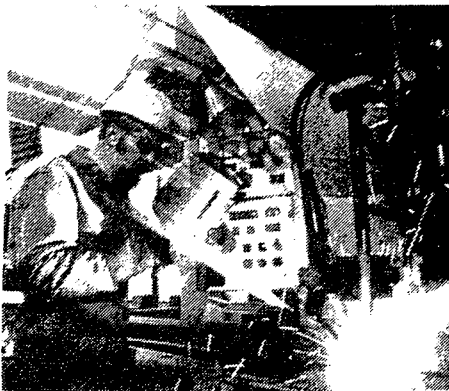
## Lohnbewegung Metall Kapitalisten lassen sich Zeit, Zeit, Zeit . . .

Volle zwei Monate lassen die Kapitalisten die Belegschaften der metallverarbeitenden Industrie inzwischen zu den alten Löhnen weiterarbeiten. Dies bedeutet bei einer (grob geschätzten) Gesamtlohn- und Gehaltssumme von rund 9,5 Milliarden DM pro Monat und einen Abschluß im Volumen der Teuerungsrate von rund 6% vorausgesetzt einen zinslosen Kredit an die Kapitalisten in Höhe von 1,16 Mrd. DM. Diese Summe wird mit jeder Verzögerung weitersteigen. Nimmt man einmal an, die Nachzahlung würde Ende April erfolgen. Für einen Arbeiter, der in der Gegend des Durchschnittslohns verdient und nach Steuerklasse IV besteuert wird, würden dann ca. 25 DM Steuer mehr fällig; wegen der Progression. Im Ganzen würden, aus demselben Grunde, in der Staatskasse runde 90 Mio. DM Mehreinnahmen fällig. Man mag dies für Kleinigkeiten halten, aber fest steht doch, daß Verzögerung der Neutarifizierung im Großen und Ganzen die Position der Kapitalisten dauernd stärkt und die Position der Beschäftigten schwächt. Denn die Inflation geht ja weiter, während der Lohn nicht steigt. Vielleicht deswegen ist nicht erstaunlich, daß die Kapitalisten keine große Lust zu weiteren Ver-

handlungen zeigen, sondern die kalte Schulter.

Die IG Metall verweist auf die hohe Beteiligung an den Warnstreiks. Bis jetzt schon über eine Million, die letzte Märzwoche noch gar nicht eingerechnet. Die IG Metall meldet eine Zunahme der Mitgliedschaft. Diese Meldung wird aus den Betrieben bestätigt. Viele Betriebe, die seit Jahrzehnten nicht bestreikt wurden, werden bestreikt. Noch nicht in der Gewerkschaft Organisierte nehmen an den Streiks teil. Dennoch muß bedacht werden, daß – nach den Angaben der IG Metall geschätzt – der Verlust an Arbeitszeit für die Kapitalisten rund 0,1% der Gesamtarbeitszeit seit 1. Februar betragen haben mag; eine eindeutig spürbare Beeinträchtigung der Produktion wird daraus nicht gefolgt sein.

Vor Wochen noch war verbreitete Ansicht – auch von höheren Funktionären der IG Metall – ein Abschluß unter sechs Prozent komme nicht in Frage. Inzwischen veröffentlicht die IG Metall reihenweise Abschlüsse zwischen 5,0 und 5,5%, die sie im Metallhandwerk getätigt hat. So kann man auch eine Marke setzen und das Ziel eines Abschlusses, der die Teuerungsrate deckt, gänzlich auf die unterste Lohn-



tive „Störquote Null“; zur effektiveren Nutzung der Arbeitszeit ertönt über Lautsprecher: „Zur Information: Eine Stunde Stillstandszeit kostet je Brücke 2175 Mark.“

Der Volkswirtschaftsplan 1981 weist gegenüber dem Vorjahr folgende Zuwachsraten aus: Industrielle Warenproduktion 5%, Arbeitsproduktivität (Industrie) 5%, Investitionen (Industrie) 2,5%, Außenhandelsumsatz 16%, Einzelhandel 4%, Nettogeldeinnahme 4%. Laut Plan sollen die Produktivitätsfortschritte in erster Linie ein Ergebnis der Anwendung neuer Technologien wie der Mikroelektronik sein. Die Beispiele aus der Wettbewerbskampagne legen aber den Schluß nahe, daß die Steigerung der Produktion nicht hauptseitig aus der Erneuerung des Produktionsapparates kommt, sondern schlicht aus der Intensivierung der Arbeit.



## Tarfbewegung 1981

Warnstreiks in der Metallindustrie  
Gesamtzahlen: vom 4.3. bis 20.3.1981

Bezirke	beteiligte Betriebe	beteiligte Arbeitnehmer
Essen	427	102565
Hagen	269	85960
Hamburg	125	79150
Hannover	119	159931
Köln	271	81610
München	...	...
Münster	170	51505
Stuttgart	512	250893
Berlin	30	19650
Frankfurt	224	169284
Insgesamt	2147	1000548

Frankfurt, den 23. März

links: aus der Agitation der IG Metall.  
„metall 1 – Nachrichten für Bayern“  
vom 6.3.1981

gruppe verschieben, die nach dem letzten Angebot ein wenig angehoben werden soll.

Unter diesen Bedingungen ist nicht recht begreiflich, warum die IG Metall den Übergang zum Flächenstreik weit von sich weist. Hans Janßen, Vorstandsmitglied der IG Metall, soll (zitiert nach dem „Handelsblatt“) gesagt haben, er interpretiere den Vorstoß des Kapitalistenverbandes, zentral die Verhandlungen fortzusetzen, „als einen Versuch, uns in den Flächenstreik zu zwingen. Dies wolle die IG Metall jedoch unter allen Umständen vermeiden.“ Wären alle Mitglieder der IG Metall so leicht nervös zu machen wie Hans Janßen, dem dies „unter allen Umständen“ aus dem Munde fuhr, kein einziger Warnstreik hätte stattfinden können. – Mag sein, daß die Ablehnung des 4%-Abschlusses durch die IG Bau, Steine, Erden die Lage ein wenig verbessert. In der bürgerlich liberalen Ecke mehren sich zudem Stimmen, die an die Kapitalisten appellieren, einer großen Streikaktion durch Angebot von Lohn- und Gehaltserhöhungen im Volumen der Inflationsrate vorzubeugen; die Politiker fürchten bereits jetzt die ideologischen und moralischen Folgen der Warnstreiktaktik. Aber die Geldmenschen der freien Wirtschaft wird dieselbe Furcht erst überkommen, wenn Aktionen wenigstens eingeleitet sind, die ihre Moral wirklich berühren, und die sitzt nun mal in der Börse.

## Schwerbehinderte BVG bereitet Urteil zu den Kosten vor

Am 10. März hat das Bundesverfassungsgericht über die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Schwerbehindertengesetz verhandelt, die vom Verwaltungsgericht Aachen aufgrund der Klagen von drei Kapitalisten vorgelegt worden waren. Nach dem Schwerbehindertengesetz von 1974 sind öffentliche und private Arbeitgeber in Betrieben mit mehr als 16 Beschäftigten verpflichtet, 6% Schwerbehinderte einzustellen. Mit 100 DM pro Kopf können sie sich von dieser Pflicht freikaufen. Bei dieser Abgabe handelt es sich nach herrschender Meinung um einen Lastenausgleich der Kapitalisten untereinander. Diese sehen die Arbeiter als Kostenfaktor an und die Behinderten, die nach dem Gesetz z.B. mehr Urlaub erhalten müssen und besseren Kündigungsschutz genießen, eben als überdurchschnittlichen Kostenfaktor.

Die Kapitalisten richten ihre Einwände nicht frontal gegen diese Abgabe. Vielmehr erregt ihre Unzufriedenheit die Verwendung der Gelder durch das Bundesarbeitsministerium, erhalten sie doch bloß 30% davon zur freien Verfügung zurück, wenn sie Behinderte beschäftigen. Der Rest wird für Wohnanlagen und spezielle Werkstätten für Behinderte ausgegeben. Minister Ehrenberg verteidigte sich damit, daß die Gelder für die Arbeit von Behinderten genutzt würden und nicht etwa für Sozialfürsorge. In der Tat ist der Zweck der subventionierten Werkstätten und anderer Einrichtungen die Flüssigmachung von Arbeitskraft zu untertariflichen Bedingungen.

Die Kapitalisten berufen sich auf ein Urteil des BVG zur Arbeitsplatzförderungsabgabe vom 10. Dezember 1980, nach dem „Sonderabgaben nur für gruppennützige Interessen einer homogenen Gruppe“ erhoben werden dürfen.

Die Gruppennützigkeit wird bestritten mit dem an das BVG gerichteten Hinweis, gerechter sei, die Schraube der Steuern auf Lohn anzuziehen zur Finanzierung der Kosten, die der Ruin der Arbeitskraft durch den kapitalistischen Produktionsprozeß macht. Die Kapitalisten wollen selbst den minimalen Beitrag, den sie derzeit zahlen müssen, loswerden, am liebsten das ganze Gesetz, das sie zu gewissen Rücksichten zwingt.

Die Einnahmen des bürgerlichen Staates aus der Ausgleichsabgabe sind 1980 drastisch gesunken, da die Kapitalisten unter Hinweis auf das seit drei Jahren schwebende Verfahren 195 Mio. DM einfach nicht gezahlt haben,

schon ein bewegender Grund für das BVG, tätig zu werden.

Das Schwerbehindertengesetz geht zurück auf das erstmals nach dem ersten imperialistischen Weltkrieg 1919 beschlossene Gesetz zur Versorgung von Kriegs- und Arbeitsopfern. Neu an dem 1974 verabschiedeten Gesetz war der Verzicht auf Untersuchung der Ursache einer schweren Behinderung, da sich bereits abzeichnete, daß Schwerbehinderte massenweise nicht mehr durch außergewöhnliche Umstände wie Krieg und Arbeitsunfall, sondern zunehmend durch den gewöhnlichen Gang der kapitalistischen Produktion produziert werden. Heute sind diejenigen, die durch Kriegsverletzungen oder Unfälle zu Schwerbehinderten geworden sind, in der Minderzahl. Die meisten leiden an chronischen Verschleißkrankheiten.

Das Schwerbehindertengesetz wird von den Ländern durchgeführt. Sie stellen das medizinische und sonstige Personal zur Bearbeitung und Bescheidung der Anträge auf Anerkennung von mindestens 50%iger Erwerbsunfähigkeit. Minister Ehrenberg hat Mitte dieses Monats erneut darauf gedrungen, daß nicht zu viele schwere Behinderungen anerkannt werden. Seine Anstrengungen gehen dahin, die Begutachter besser in der Anwendung der vom Bundesarbeitsministerium erlassenen „Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit“ zu trimmen. Bessere Schulung und Kontrolle der Gutachter selber, also Vermehrung der Dienstaufsicht, soll „gutachtlichen Fehlbeurteilungen entgegenwirken“. Buschfort, Bundesbeauftragter für die Belange der Behinderten, setzt sich jetzt dafür ein, daß mehr Zivildienstleistende zur Betreuung Schwerbehinderter eingesetzt werden, um „die Eingliederung behinderter Mitbürger zu verbessern“.

## Arbeitsbeschaffung Ehrenbergs Konzept gegen Arbeitslose

Nach wiederholten Gesprächen mit Schmidt hat Ehrenberg als eine der ersten Maßnahmen der Bundesregierung ein „Konzept für einen offensiven Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ vorgelegt. Als „paradoxe Situation“ greift Ehrenberg in diesem Memorandum an, daß die Ansprüche auf Arbeitslosengeld gesetzlich garantiert seien, wohingegen es beim Zugriff der Kapitalisten auf die Gelder der Arbeitslosenversicherung über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereits jetzt „finanzielle Engpässe und somit bei der arbeitsmarktpolitischen Handlungsfähigkeit Probleme gebe“. Bis zu

80% in der Regel, höchstens 90% der Gesamtkosten kann der Kapitalist bei einem als ABM-Maßnahme durchgeführten Projekt als Förderungsmittel bekommen, davon bis zu 30% aus Zuschüssen des Bundes, den Rest aus den Geldern der Arbeitslosenversicherung. Der Zuschuß bemißt sich dabei mindestens nach 60% des Lohns, der dem zwangsverpflichteten Arbeiter gezahlt wird. Über den Zuschuß hinaus kann dem Kapitalisten ein Darlehen bis zur doppelten Höhe des Zuschusses zur Verfügung gestellt werden, das mit höchstens 2% zu verzinsen ist. Dabei können bis zu zwei tilgungsfreie Jahre eingeräumt werden. Insgesamt liegen den Arbeitsämtern für 1981 Anträge auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Höhe von 1 Mrd. DM vor, weitere 1,025 Mrd. werden bereits noch für Maßnahmen aus dem Vorjahr gezahlt. 850 Mio. DM hat der Bund im Haushalt bereitgestellt, weitere 170 Mio. als Soforthilfe im Februar, und Ehrenberg veranschlagt in seinem Konzept weitere 500 Mio. DM. Ein Arbeitsloser, so rechnet er vor, bezöge einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge 18700 DM im Jahr. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kosteten, je nach Umfang, 24000 bis zu 28000 DM, so daß für 10000 ABM-Verpflichtete und weitere 10000 in fortbildenden Kursen 520 Mio. DM an die Kapitalisten gezahlt werden könnten, wogegen Arbeitslosengeld in Höhe von 374 Mio. DM gespart würde. 60000 plant Ehrenberg nach diesem Konzept neu zu ABM-Maßnahmen zu verpflichten, vorwiegend dabei im öffentlichen Dienst und den Sozialstationen. So könnte auch, rechnet er Matthöfer vor, die Steuerplünderung dieser Arbeitslosen fortgesetzt werden.

### Bundeswehrverband 30 DM-Forderung ein Spottgeld

Mehr als drei Jahre ist es her, daß der Sold der Wehrpflichtigen zum letzten Mal erhöht wurde. Der Bundeswehrverband will eine Erhöhung um 1 DM pro Tag bzw. 30 DM pro Monat. Für den Schützen wäre dies eine Anhebung um 15,4%, für den Gefreiten um 12,5%. Seit dem 1.1.1978 sind die Lebenshaltungskosten in der BRD um mehr als 16% gestiegen. Die 30 DM reichen also nicht einmal, um die Teuerung auszugleichen. — Schon 1957, bei der Rekrutierung der ersten Wehrpflichtigen in die neugegründete Bundeswehr, war der Wehrsold so elend niedrig, daß die Reproduktion der Soldaten ohne zusätzliche Mittel nicht möglich war.

### Entwicklung des Wehrsolds seit 1957

Jahr	Durchschn.lohn		Schütze		Gefreiter		Obergefreiter	
	brutto	netto <sup>1</sup>	DM	% <sup>2</sup>	DM	% <sup>2</sup>	DM	% <sup>2</sup>
1957 ....	420	361	60,0	14,3	75	17,9	75	17,9
1.7.1962 ....	560	467	66,0	11,8	87	15,5	87	15,5
1.7.1965 ....	769	636	90,0	11,7	113	14,7	113	14,7
1.7.1969 ....	987	779	112,5	11,4	135	13,7	135	13,7
1.1.1971 ....	1244	943	135,0	10,9	180	14,5	195	15,7
1.1.1974 ....	1698	1226	165,0	9,7	210	12,4	225	13,3
1.1.1978 ....	2187	1524	195,0	8,9	240	11,0	255	11,7
1980 ....	2484	1744	195,0	7,9	240	9,7	255	10,3

1) Nettodurchschnittslohn nach Berechnungen des Ehrenberg-Ministeriums. 2) in % vom Bruttodurchschnittslohn.

Seither hat sich das Verhältnis zwischen dem Wehrsold des Schützen und dem Bruttodurchschnittslohn der Rentenversicherten von 14,3% auf 7,9% verschlechtert. Selbst unter dem Faschismus war dieses Verhältnis noch „günstiger“: 1935 etwa erhielt ein

Schütze 10,7% des Bruttodurchschnittslohns. Um wenigstens dem Verhältnis von 1957 zu entsprechen, müßte der Sold, eine durchschnittlich 5%ige Erhöhung des Lohns für 1981 angenommen, um 178 bis 212 DM angehoben werden.

### Berufsausbildung

## Steigendes Ausbildungsplatzangebot, aber schlechtere Ausbildung

Das Verhältnis der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsstellen zur Nachfrage nach Ausbildungsstellen hat sich von 1972 bis 1978 erheblich verändert.

Jahr	Angebot	Nachfrage
1972	371355	69527
1974	249205	254566
1976	345273	346855
1978	382616	386716

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist von 1962 bis 1974 der Anteil der Facharbeiter an allen in der Industrie Beschäftigten von 41,3 auf 39,7% gefallen und die Zahl der gewerblich Auszubildenden von 246500 auf 218000. Die vom Deutschen Industrie- und Handelstag veröffentlichten Statistiken ergeben folgende Entwicklung: Von 1972 bis 1976 ist die Zahl der

gewerblichen Lehrlinge in der Industrie um 9% zurückgegangen. „Der danach erfolgte Wiederanstieg im Jahre 1978 dürfte das Ergebnis hoher staatlicher Ausbildungssubventionen und gesenkter Ansprüche an die Qualität betrieblicher Lehre sein“. \* Wir haben bereits in den Politischen Berichten 5/80 nachgewiesen, welchen Anteil das BGJ an der Verschlechterung der Ausbildung hat und daß die IG Metall auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz beschlossen hat, den weiteren Ausbau des BGJ abzulehnen.

Im Gefolge des Berufsbildungsgesetzes von 1969 wurde in der Elektroindustrie die Anzahl der Ausbildungsberufe von acht auf zwölf erhöht und die Stufenausbildung eingeführt.

Der Beruf des Starkstromelektrikers ist zerlegt worden in Elektroanlageninstallateur/1. Stufe und Energiean-



Demonstration der LSV-Gymnasien, der LSV-Berufsbildenden Schulen und der DGB-Jugend am 7.3.81 in Kiel.

lagenelektroniker/2. Stufe. Dabei zeigt sich folgendes: Die ganze mechanische Grundausbildung, die bisher die Grundfertigkeiten in der Metallverarbeitung und im Umgang mit Werkzeugmaschinen umfaßte und den ausgebildeten Elektrikern noch einen bestimmten Einblick in diesen Kernbereich der industriellen Produktion vermittelte, wird jetzt auf das für die spätere Arbeit Allernötigste zusammengestrichen, reduziert auf einfache Handfertigkeiten im Umgang mit Bohrmaschinen. Selbst der zum Spezialisten ausgebildete Energieanlagenelektroniker hat den Umgang mit der Drehbank nicht mehr gelernt. Für die Lehrlinge der ersten Stufe wird gleichzeitig innerhalb ihres engeren Arbeitsbereiches Elektrotechnik weggekappt. Sie lernen nicht mehr, selbständig einen Schaltplan zu zeichnen, vor allem aber wird die ganze Technik der Steuerung von

gesteuerten Drehautomaten verbleiben noch zwei Dreher für die Einzelproduktion, die ganze Serienproduktion läuft über die Drehautomaten. An diesen werden zwei Dreher als Automaten-einrichter ausgebildet, ein Dreher wird als Automattendreher weiterbeschäftigt, mit vergleichsweise niedrigerem Lohn. Alles, was ein Dreher über Schnittgeschwindigkeit, Vorschubgeschwindigkeit, Winkel und Material des Drehmeißels wissen muß, ist für den Automaten-einrichter überflüssig. Er ist damit beschäftigt, das bereits geschriebene Programm in den Speicher der Maschine einlesen zu lassen, die vorgeschriebenen Meißel zu verwenden, die ersten Stücke nachzumessen und mit den Angaben in der Zeichnung zu vergleichen und eventuelle Korrekturen abzuspeichern. Die weitere Bedienung und Überwachung sowie gelegentliches Nachmessen übernimmt der



Werkzeugmaschinen und Produktionsanlagen für die zweite Stufe der Ausbildung vorbehalten. Das Aufsuchen von Fehlern, Voraussetzung für die selbständige Reparatur und Wartung von elektrischen Anlagen und Maschinen, sollen die Lehrlinge in der ersten Stufe nicht mehr lernen. Sie müssen die Leitungen bis zu den Schaltschränken montieren, wie's drinnen aussieht, geht sie nichts an.

Die Einführung numerisch gesteuerter Drehautomaten in Industrie- und größeren Handwerksbetrieben macht die handwerklichen Fähigkeiten eines gelernten Drehers überflüssig, schafft ein neues Berufsfeld mit niedrigerer Qualifikation, den Automaten-einrichter, und als Anlernberuf den Automattendreher. Zur Veranschaulichung: In einem Betrieb mit 20 Beschäftigten waren 10 als gelernte Dreher eingestellt. Durch Einführung von drei numerisch

Automattendreher. Die neue Generation der mikroprozessorgesteuerten Drehautomaten macht selbst das überflüssig. Sie sind in der Lage, Werkstücke zu erkennen, einzuspannen, Fehler zu finden und zu korrigieren. Um an ihnen zu arbeiten, muß man mindestens Techniker sein, der Automaten-einrichter und Programmierer zugleich ist.

Die Entwicklung des Produktionsprozesses mit Hilfe der Mikroprozessoren muß weiter untersucht werden, um zu klären, wie die Arbeiterklasse einerseits Schranken gegen Dequalifizierung und Unterbezahlung errichten und andererseits diese Entwicklung nutzen kann, um eine bessere Ausbildung durchzusetzen, die sie zur Beherrschung der Produktion befähigt.

\* Max Planck Institut Projektgruppe Bildungsbericht, Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmarkt, S. 968

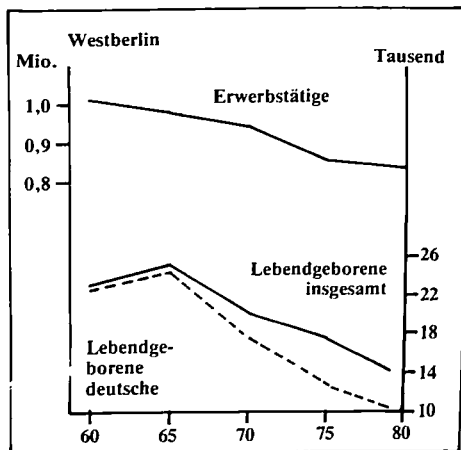
## Westberliner CDU Statt Berlinzulage Geld für deutsche Kinder

Westberlin. So vorausschauend war die CDU auch wieder nicht, daß sie im November 1980 vorausgesehen hätte, daß Neuwahlen in den nächsten Monaten bereits ins Haus stehen. Sonst hätte Jürgen Wohlrabe, CDU-Abgeordneter und jetzt wieder einer der zwölf Spitzenkandidaten der CDU, den Artikel sicher nicht geschrieben. In der CDU-Zeitung „Berliner Rundschau“ rät er am 6.11. öffentlich über die Abschaffung der Berlinzulage und schlägt vor: „Die Arbeitnehmerzulage wird in ein besonderes Kindergeld für deutsche Familien umgewandelt, das in seiner Höhe einen echten Anreiz bietet, die Last zu übernehmen, die Kinder nun einmal bedeuten.“

1955 wurde das erste Mal eine besondere Lohnkostenbefreiung für die Westberliner Kapitalisten eingeführt. Den Lohnabhängigen wurde 20% der Lohnsteuer ermäßigt und dadurch der – wie auch der Bruttolohn – gegenüber vergleichbaren westdeutschen Großstädten niedriger liegende Nettolohn erhöht.

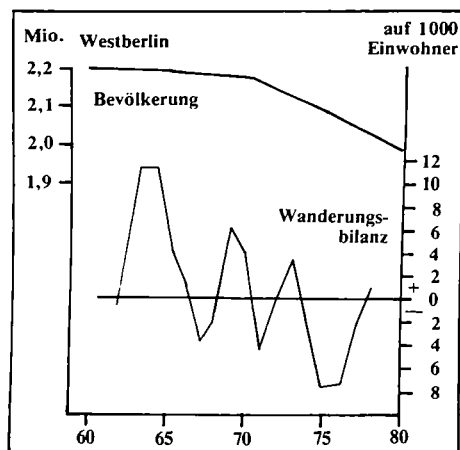
1961 wurden dem Westberliner Arbeitsmarkt durch den Mauerbau mit einem Schlag 50–60000 Arbeitskräfte entzogen, 7% der Erwerbstätigen insgesamt. Einen leergefegten Arbeitsmarkt lieben die Kapitalisten nicht. Er mindert die Konkurrenz unter den Arbeitern und stärkt so ihre Kampfkraft. Es mußte ein „Anreiz“ geschaffen werden, um westdeutsche Arbeitskräfte nach Westberlin zu bekommen. Die Löhne lagen, brutto wie netto, nach wie vor sogar unter Bundesdurchschnitt. (1960: Monatsdurchschnittslohn brutto/netto BRD = 509/429 und Westberlin 489/413 DM). Die sogenannte „Zitterprämie“ wurde in die Diskussion gebracht. 50 DM für jeden Westberliner, aber wieder fallengelassen – wegen der Gefahr „festbesoldeter Berliner“. Beschlossen wurde eine Erhöhung der Lohnsteuerermäßigung auf 30% und zusätzlich eine Zulage zwischen 25 DM (ca. 5% des damaligen Durchschnittslohns) und 45,80 DM sowie die Gewährung von zinslosen Familiengründungsdarlehen.

Doch der „Anreiz“ brachte auf die Dauer nicht die gewünschte Wirkung – quantitativ nicht und qualitativ nicht. Quantitativ: In den Jahren 1965–70 kamen in der Bilanz der gesamten Wanderungsentwicklung von und nach Westberlin insgesamt 4000–5000 Arbeitskräfte mehr in die Stadt, also einschließlich der ausländischen Arbeiter, in der Wanderungsbilanz zwischen Westberlin und der BRD



gingen aber ca. 2000 „verloren“. Qualitativ: die Familie mit Kind wurde nicht gezielt genug gefördert, sprich die Form der Zulage war nicht ausreichend als Spaltungsinstrument einsetzbar.

Außerdem: Bei den in Aussicht genommenen Steuerreformen, mit denen die Lohnsteuern in die Höhe getrieben werden sollten, mochte sich eine An-



bindung von Nettolohnerhöhungen an die Lohnsteuerabzüge wie die 30% auch als ungünstig erweisen.

Es sollten jährlich aber ca. 15000 Arbeitskräfte mehr aus Westdeutschland nach Westberlin kommen, nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern auch aus politischen.

Wird die Bevölkerung in Westberlin gehalten, kann auch die „deutsche Frage“ besser offengehalten werden. So titulierte Westberlins Wirtschaftsminister Dr. Karl Schiller 1962 die westdeutschen Arbeiter, die nach Westberlin gingen, um dort zu arbeiten, enthusiastisch als „innerdeutsches Friedenskorps“. Es sollten dementsprechend auch Arbeitskräfte angezogen werden, die nach Möglichkeit in Westberlin blieben, also eher Familien als Allein-stehende.

Ab 1.1.1971 wurde die Berlinzulage dann in ihrer heutigen Form eingeführt: 8% vom Bruttolohn, abzugsfrei auf den Nettolohn gezahlt. Zusätzlich ab 1.1.70 „gezielte Förderung“: ein Kinderzuschlag von 22 DM monatlich.

Das waren damals 11,4% des Nettodurchschnittslohns eines männlichen Industriearbeiters.

Heute sind es 12,1%. 1978 war dies ein Betrag von 1,8 Mrd. DM: aus Steuergeldern gezahlte, den Kapitalisten geschenkte Lohnbestandteile. Trotzdem Gelder, die die Kapitalisten natürlich noch lieber als Kapitalsubvention direkt zur Verfügung hätten. So erfolgte dieser Vorstoß der CDU beim ersten Anzeichen dafür, daß die gewünschte Überfüllung des Arbeitsmarkts mit Arbeitskräften, auch bei den Facharbeitern, sich auch anders herstellen läßt: In den nächsten Jahren soll die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen in großem Maßstab weitergehen, und geburtenstarke Jahrgänge kommen auf den Arbeitsmarkt. Der Vorstoß trifft sich mit der beabsichtigten Reallohnsenkung insgesamt – aber für's deutsche Kind kann noch ein bißchen mehr gezahlt werden.

Wie Wohlrabe jedoch in seinem Artikel selbst vermerkte: als Wahlkampfthema denkbar ungeeignet. So wird die Angelegenheit vorläufig in der Form des Dementis durch den CDU-Fraktionsvorsitzenden Diepgen weiter unter die Leute gebracht.

## Österreich Massenentlassungen in der Stahlindustrie

Noch 1981 sollen bei den Vereinigten Edelmetallwerken (VEW) 1900 Beschäftigte entlassen werden; das sind ca. 10% der Belegschaft. Dies erklärte VEW-Generaldirektor Bayer am 16.3.

Die VEW wurden 1975 als Tochtergesellschaft der staatlichen VOEST-Alpine AG gegründet. Sie gehören zu den größten Edelmetallherstellern der Welt. 80% der Produktion werden exportiert, davon 37% in die EG und 23% in den RGW. Bedingt durch die weltweite Krise der Stahlindustrie ist der Absatz ins Stocken geraten. Zwar stieg der Umsatz 1980 um 6,5% auf 11,05 Mrd. S (100 S = ca. 14 DM), jedoch ist das Betriebsergebnis auch 1980 mit 876 Mio. S negativ (1979: 994 Mio. S). Die aufgehäuften Verluste der VEW betragen 3,5 Mrd. S. Damit die VEW bis 1983 wieder in die schwarzen Zahlen kommen und 1985 wieder eine Dividende ausschütten können, sollen über ein Strukturprogramm Massenentlassungen und die Konzentration der Produktion durchgeführt werden.

Eigens zu diesem Zweck gab Bundeskanzler Kreisky bei der US-Firma Booz-Allen ein Gutachten in Auftrag. Das Ergebnis ist, daß die Belegschaft um 4000 Mann reduziert werden müsse und der Staat rund 4 Mrd. S an Sub-

ventionen für die Modernisierung und Konzentration der Produktion bereitstellen soll. Auf einer Betriebsversammlung im Werk Ternitz am 6.3. erklärte Kreisky vor 2500 Beschäftigten, daß rasch einschneidende Maßnahmen ergriffen werden müßten. Er schlug vor, vor allem ältere und kranke Arbeiter vorzeitig zu pensionieren und ausländische Arbeiter zu entlassen. Bezüglich der staatlichen Subventionen müsse der Steuerzahler verstärkt zur Kasse gebeten werden. Kreisky wußte auch gleich die Volksmassen verantwortlich zu machen, die durch Volksentscheid den Betrieb des Kernkraftwerkes Zwentendorf verhinderten: „Wenn Zwentendorf in Betrieb wäre, könnten wir die im Werk Ternitz erzeugten Kernkraftwerksteile wesentlich leichter verkaufen.“ (Die Presse, 7.3.81)

Betroffen von den geplanten Entlassungen sind vor allem die Arbeiter in der von der Stahlproduktion abhängigen Steiermark. In Judenburg werden durch die Schließung des Elektrostahl- und des Walzwerkes 380 Arbeiter frei-



VEW-Bohrgerät im Untertagebergbau

gesetzt (25% der Belegschaft); durch die Verlagerung der Stabstahlproduktion nach Kapfenberg und die Schließung der Gießereien in Ternitz 400, in Mürzzuschlag 300 und in den Ybbstalwerken 100. In Kapfenberg werden 200 Beschäftigte entlassen, das Wiener Werk mit 400 Beschäftigten wird stillgelegt, die Hauptverwaltung um 120 Angestellte reduziert. Arbeitern, die freiwillig kündigen, wird eine einmalige Abfindung von 48000 S angeboten. Ab sofort wird allen Arbeitern der Zuschuß für Werkwohnungen und Kohleleged gestrichen.

Die Belegschaft des Werkes Judenburg hat auf einer Betriebsversammlung das Booz-Allen-Gutachten und die Pläne des Vorstandes abgelehnt. Der Betriebsrats-Obmann erklärte, er werde auf der Aufsichtsrats-Sitzung am 30.3., wo endgültig über die Entlassungen beschlossen werden soll, seine Zustimmung zum Strukturprogramm zurückziehen. Auch der Judenburger Gemeinderat hat sich gegen die Entlassungspläne ausgesprochen.

# Grundsatzprogramm beschlossen: Die Gewerkschaftsbewegung lockert ihre Bindung an die bürgerliche Ideologie

Zu Beginn des 4. außerordentlichen DGB-Bundeskongresses hatte Heinz Oskar Vetter noch freundlich schulterklopfende Pressebeurteilungen. Eigentlich zum Wundern, denn nach dem vorliegenden Antragsmaterial und den bekannten Voten der Antragskommission stand zu diesem Zeitpunkt bereits fest, daß die Delegierten dieses Bundeskongresses einige wohlgehegte Pflänzchen kapitalistennaher Ideologie und Politik aus den Programmgrundsätzen des DGB auszujäten gedachten. Da aber Heinz Oskar Vetter und mit ihm andere gewerkschaftsvorsitzende Sozialdemokraten den Kongreß mit lautstarken Abgrenzungsbekundungen gegen Kommunismus, Kommunisten usw. einleiteten, wars die bürgerliche Öffentlichkeit zunächst zufrieden.

Denn eigentlich hätte das mit haarsträubend verzerrenden Blitzlichtern auf die Geschichte der Arbeiterbewegung verbundene Donnerwettern gegen den Kommunismus den nicht unerheblichen Teil der Delegierten, die sich gewissen Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus verpflichtet fühlen, zum Versuch einer Ehrenrettung veranlassen müssen. Dies wiederum hätte dann den christlich-sozial oder freiheitlich-liberal gestimmten Kräften auf dem Kongreß die Möglichkeit geboten, allerhand Krakeel gegen die zu fassenden Beschlüsse zu veranstalten, so daß im Endeffekt die Beschlußfassung mindestens umstritten geblieben wäre, und zwar gerade in ih-

ren fortschrittlichsten Elementen. Da sich in den Reihen der CDU/CSU und der FDP die Kräfte sammeln, die eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung durch Aufpöppeln von CGB und DAG wollen und da ein Grundsatzkonflikt im DGB diese Strömungen unbedingt gefördert hätte, handelte der Kongreß wahrscheinlich zweckmäßig. Was macht schon das Blitz- und Donnerwetter gegen eine Sorte Kommunismus, die es heute nicht gibt und wahrscheinlich nie gegeben hat, groß aus?

Nach Abschluß des Kongresses, als sich nämlich herausstellte, daß die Delegierten fast durchweg einmütig den Empfehlungen der Antragskommission folgten, zeichnete sich in der bürgerlichen Öffentlichkeit dann auch eine gewisse Verbitterung ab, bis hin zur öffentlich gestellten Frage, womit sich eigentlich der hochgeforderte CDU-Mann Blüm während der ganzen Vorbereitungszeit dieses Kongresses beschäftigt habe. Denn das Ergebnis des Kongresses war zum Schluß, daß die Delegierten einmütig ein Grundsatzprogramm verabschiedeten, welches zur stehenden Programmatik und Politik der SPD nur punktuell paßt und zum Programmbestand von CDU/CSU und FDP so gut wie gar nicht. Schlimme Schäden für den Grundsatzbestand in den Reihen der christlichen Jugendverbände, insbesondere der Arbeiterjugendverbände, wahrscheinlich auch der liberalen Jugendverbände, sind damit sicher, und der Regierungs-

flügel in der SPD wird auch Stoff kriegen.

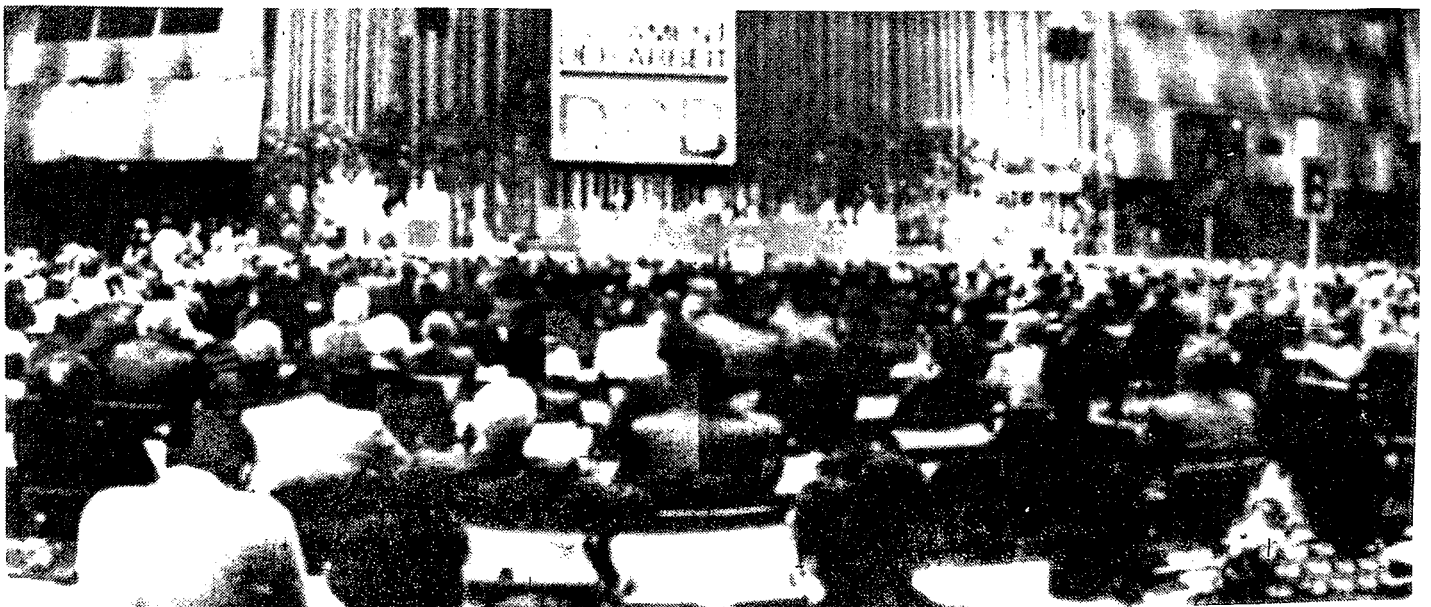
Der Kongreß hat seine Richtungsentscheidungen in der Hauptsache an Hand der Beschlußfassung zu praktischen und akuten politischen Fragen gefällt. Um einen Eindruck von der Entwicklung zu gewinnen, ist Gegenüberstellung der vormaligen, 1963 beschlossenen Textstellen zu den jetzt empfohlenen (die Veröffentlichung des beschlossenen Textes wird erst nach Redaktionsschluß erfolgen) erforderlich.

Im 1963 beschlossenen Grundsatzprogramm fesselten die DGB-Gewerkschaften ihre Möglichkeiten zum Kampf gegen Kriegsvorbereitung erheblich durch die folgende Passage:

„Die Gewerkschaften bekennen sich uneingeschränkt zur Selbstbestimmung der Völker. Sie verurteilen jede Rasendiskriminierung und wenden sich gegen alle Formen kolonialer Unterdrückung.“

Sie fordern die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung auch für das deutsche Volk. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist die Voraussetzung für eine friedliche Ordnung Europas. Berlin bleibt die Hauptstadt Deutschlands.“

Diese Festlegung nahm den DGB-Gewerkschaften die Möglichkeit, den Kampf für eine „Friedensordnung“ zu eröffnen, deren Gestaltung den Expansionsinteressen der westdeutschen Monopolbourgeoisie entgegengewirkt hät-



504 Delegierte aus 17 Einzelgewerkschaften nahmen am 4.a.o. Bundeskongreß des DGB teil. IGM: 176 Delegierte; ÖTV: 72; IG CPK: 41; IG BSE: 33; DPG: 29; GdED: 28;

IG BE: 26; GTB: 19; HBV: 18; NGG: 15; GEW: 10; GdP: 10; IG Drupa: 9; GHK: 9; GLF: 3; GL: 3; Gewerkschaft Kunst: 3.



## Wichtigste Streik- kämpfe '63—'81

**1963** 100 000 Metallarbeiter in Baden-Württemberg treten am 29.4. für die Forderung nach 8% Lohnerhöhung in den Streik. Auch in NRW demonstriert die IGM mit zahlreichen Kundgebungen und einem klaren Urabstimmungsergebnis ihre Streikbereitschaft. Am 1. Mai antworten die Kapitalisten mit der Aussperrung von 270 000 Arbeitern. Am 10.5. beendet die IGM den Streik mit einer Lohnerhöhung von 5%.



**1965** Die Beschäftigten der Bekleidungsindustrie Westfalen streiken elf Wochen für Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, Urlaubsgeld.

**1967** In einem neunwöchigen Streik gelingt es den 6500 Fliesenlegern in NRW, die Kürzung ihrer Akkordsätze um durchschnittlich 44% weitgehend zurückzuschlagen. Nach der Ablehnung eines ersten „Kompromißangebots“ stimmen 61% in einer 3. Urabstimmung zu, daß die Akkordsätze um 5,1% gekürzt werden. 13 000 Gummiarbeiter in Hessen setzen nach einwöchiger Arbeitsnieder-

legung Lohnerhöhungen von 5% für Zeit-, 4% für Akkordarbeiter durch. **1969** Nach Lohnsenkungsabschlüssen 1966 bis 1968 legen im September ca. 140 000 Lohnabhängige in der Stahl- und Metallindustrie, dem Kohlebergbau, der Textilindustrie und dem öffentlichen Dienst die Arbeit nieder. Sie fordern Lohnerhöhungen zwischen 30 und 50 Pf. Die IG Metall und IG Berg-



bau fordern vorgezogene Tarifverhandlungen, die ÖTV Überbrückungszahlungen. Die Tarifverträge der IG Chemie und der IG Bau, Steine, Erden werden aufgestockt. Auch 1970 dauern die spontanen Streiks und gewerkschaftlichen Warnstreiks an, v.a. in der Metallindustrie. Im Durchschnitt setzt die IG Metall 1970 Lohnerhöhungen von 15,3% einschließlich Vorweganhebung durch.

**1971** Am 2.6. beginnen Streiks der Chemiearbeiter in Nordrhein, am 15.6. in Hessen, zehn Tage darauf in Hamburg und Westfalen. Die IG Chemie fordert 11%, in Hessen 11%, mindestens 120 DM. Der Streik, an dem sich 50 000 Chemiearbeiter beteiligen, endet nach vier Wochen mit einer Niederlage. Der Abschluß beträgt durchschnittlich 6,9%. Um wenigstens 7,5% durchzusetzen – die Kapitalisten lehnen einen Schiedsspruch in dieser Höhe ab –, muß die IG Metall in Nordbaden-



Nordwürttemberg vom 22.11. bis 15.12. den Streik führen (Forderung 11%). Erneut sperren die Kapitalisten aus, 360 000 Metaller befinden sich insgesamt im Ausstand.

**1973** Nachdem die Konzentrierte Aktion 1972 die „Bekämpfung der Inflation“ zur Hauptaufgabe erklärt hatte und die Abschlüsse gerade in Höhe der Inflationsrate lagen, entwickelt sich eine spontane Streikbewegung, die im Frühjahr ihren Schwerpunkt in der Stahlindustrie NRW, im Sommer in der metallverarbeitenden, v.a. der Automobilindustrie, und im Herbst im Saarbergbau hat. Auch in der Druckindustrie und dem öffentlichen Dienst kommt es zu spontanen Streiks. Ergebnis dieser spontanen Streiks ist,



te. Sie nahm ihnen die Möglichkeit, gegen die Bündnispolitik der westdeutschen Monopolbourgeoisie zielstrebig und durch Propaganda eigener Vorstellungen zu opponieren. Sie nahm ihnen in der Konsequenz die Möglichkeit, andere als bloß pazifistische Argumente gegen die Rüstungspolitik der westdeutschen Monopolbourgeoisie ins Spiel zu bringen.

Wenn der Kongreß, wie aus der Presse aber auch zu entnehmen ist, der Empfehlung der Antragskommission in dieser Sache gefolgt ist, so lautet die neue Fassung des Punktes:

„Die Gewerkschaften bekennen sich uneingeschränkt zur Selbstbestimmung der Völker. Sie verurteilen jede Rasendiskriminierung und wenden sich gegen alle Formen der Unterdrückung.

Sie fordern die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung auch für das deutsche Volk.“

Hierzu hatte die Gewerkschaft der Polizei einen Ergänzungsantrag gestellt:

„Die Wiedervereinigung Deutschlands bleibt eine ständige Aufgabe. Begründung: Die Verpflichtung aus dem Grundgesetz, für die Wiedervereinigung Deutschlands einzutreten, sollte auch im Grundsatzprogramm des DGB verankert bleiben.“

Selbst diesen, in Bezug auf den aggressiven Gehalt gegenüber der Fassung von 1963 stark abgeschwächten Antrag hat die Antragskommission zur Ablehnung empfohlen. Damit löst sich der DGB in der Behandlung der deutschen Frage von der Programmatik al-

ler bürgerlichen Parteien und schafft sich die Möglichkeit zu selbständiger Politik. Wie diese dann aussehen sollte, ist freilich noch nicht entschieden. Jedoch enthält der Programmentwurf zumindest Anhaltspunkte, daß die Tendenz gut sein wird.

Im 1963er Programm war die Abrüstungsfrage folgendermaßen verhandelt worden:

„Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt ist die Erhaltung des Friedens. Die Bereitstellung von Mitteln für soziale und kulturelle Zwecke darf nicht durch Rüstungsausgaben beeinträchtigt werden. Die Gewerkschaften fordern die Ächtung und das Verbot aller Atomwaffen und aller sonstigen Massenvernich-

daß der Lohndrift steigt. Bereits Anfang des Jahres hat die IG Druck nach mehrtägigen Streiks – am 10./11.4. waren 90000 im Ausstand – eine Lohnerhöhung von 10,8% durchgesetzt (Forderung 13%). Vom 16. bis 24.10. streiken 57000 Metallarbeiter in Nordbaden-Nordwürttemberg für einen neuen Lohnrahmentarifvertrag.



1974 Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, bei Post und Bahn erheben eine Mindestforderung: 15%, mindestens 185 DM, außerdem 300 DM Urlaubsgeld. Nach zahlreichen vorhergegangenen Warnstreiks streiken vom 10. bis 13. Februar über 300000 Be-



schäftigte und erkämpfen eine Lohnerhöhung von 11%, mindestens 170 DM. \* Nicht durchgesetzt wurde die Forderung nach Urlaubsgeld. Knapp einen Monat später, am 6.3., legen 52000

Metallarbeiter im Unterwesergebiet die Arbeit nieder. Ihr Streik endet nach drei Wochen mit dem Ergebnis einer Lohnerhöhung von 12,25%.

1976 Der vierte und bisher schwerste Arbeitskampf in der Druckindustrie seit Bestehen der BRD beginnt am 28.4. Rund 60000 Druckarbeiter streiken für 9%, mindestens 140 DM. Am 13.5. beendet die IG Druck und Papier den Streik mit einer Lohnerhöhung von 6% plus einer einmaligen Zahlung



von 275 DM. Im gleichen Jahr streiken 648 bayerische Fliesenleger neun Wochen lang für Lohnerhöhungen.

1978 Rund 4 Mio. Arbeitstage fallen in diesem Jahr durch Streiks aus. Den Anfang machen vom 25.1. bis 5.2. 20000 Arbeiter in den Seehäfen, sie erreichen eine Zahlung von 115 DM für Januar, 7% Lohnerhöhung ab Februar und verbesserte Eingruppierungen (Forderung: 9%). Am 28.2. beginnt ein Streik in der Druckindustrie für einen Tarifvertrag „Neue Technik“. Auf dem Höhepunkt des Streiks, der bis Mitte März dauert, erscheinen 70% der Tageszeitungen nicht. Am 15.3. le-

gen 80000 Metallarbeiter in Nordbaden-Nordwürttemberg die Arbeit nieder, sie fordern 8% mehr Lohn. Erneut sperren die Kapitalisten aus, diesmal 146000 Metaller. Am 3. April endet der Streik mit einem Tarifabschluß von 5% Lohnerhöhung. Im April und Mai streiken auch die Bauarbeiter. 7,7% hatte die IG BSE

17: Lohnerhöhung



gefordert, 5,6% ist das Ergebnis. Zu einzelnen Streiks kommt es auch im Handel, in der Holzverarbeitenden und der Brauereindustrie. Am 28.11. schließlich nehmen 50000 Stahlarbeiter den Streik auf, der bis zum 10. Januar 1979 dauert und an dem sich insgesamt 83300 Stahlarbeiter beteiligen. Ihre Forderungen lauten: 35-Stundenwoche, 5% Lohnerhöhung. Der Abschluß: 6 Wochen Urlaub für Schichtarbeiter, 4% Lohnerhöhung, bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von 15 Monaten.



tungsmittel sowie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Die Beseitigung von Hunger, Analphabetentum und Unterdrückung in allen Teilen der Welt ist eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung.“

Die Neufassung, in die Antragsmaterial der IG Metall eingearbeitet ist, soll nun lauten:

„Der Frieden ist elementare Voraussetzung für gewerkschaftliches Wirken und Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt. Deshalb ist die umfassende Sicherung des Friedens in der Welt ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften.“

Eine europäische und internationale Friedensordnung muß das Lebensrecht aller Nationen, ihr Selbstbestimmungs-

recht und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen respektieren. Den Gebrauch militärischer Gewalt, von welcher Seite auch immer, lehnen die Gewerkschaften ab.

Entspannung, Abrüstung und Frieden haben für die an der Nahtstelle zweier Bündnisysteme gelegene und exponierte Bundesrepublik ganz besonderes Gewicht. Deshalb sind alle gewerkschaftlichen und politischen Kräfte in unserem Land aufgefordert, Entspannungs- und Friedenspolitik zu unterstützen. Dazu gehört der systematische Ausbau einer weltumspannenden Konfliktforschung und Friedensplanung zur frühzeitigen Erkennung und Abwendung von Spannungen.

Der anhaltende Rüstungswettlauf gefährdet zunehmend den Frieden in der Welt. Das gilt auch für die Aufrüstung der Dritten Welt, wo schon lokale Krisenherde die Gefahr weltweiter Konflikte in sich bergen. Durch die ständig steigenden Rüstungsausgaben werden darüberhinaus Mittel gebunden, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung besonders der Dritten Welt dringend erforderlich sind.

Die Gewerkschaften fordern das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Massenvernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien. Ziel der Gewerkschaften bleibt die allgemeine und kontrollierte Abrüstung. Die Beseitigung von Hunger, Armut

# Lebers Illusionen

Die Hauspostille des Finanzkapitals, die „Frankfurter Allgemeine“, trauert der Vergangenheit nach: „Wenig erinnert an die großartigen Redeschlachten in den fünfziger oder sechziger Jahren, die Gewerkschaftskongresse in höchste Erregung versetzten.“ (16.3.) Ja, damals gab es vor allem einen Georg Leber, Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden, „der ... die Vermögenspolitik für seine Bauarbeitergewerkschaft als wichtigsten Programmpunkt eingeführt hat. Wären die anderen Gewerkschaften seinem Beispiel gefolgt, hätte sich die Vermögensstruktur von Grund auf geändert.“ Leber konnte sich auf dem Gewerkschaftskongreß von 1963 nur teilweise durchsetzen. Mit seinen „großartigen Redeschlachten“ allerdings empfahl er sich früh für höhere Aufgaben.

„In dem Antrag des Bundesvorstandes wird dargestellt, wie die Lage der Arbeiterschaft einmal war. Es heißt darin, ‚die frühe kapitalistische Wirtschaftsordnung hatte dem Arbeitnehmer die gesellschaftliche Eingliederung verwehrt, seine Person der Willkür des Unternehmers unterworfen‘ usw. Das ist die Schilderung geschichtlicher Vergangenheit. Mit dem Antrag der IG Chemie, Papier, Keramik und auch etwa mit dem Antrag der IG Druck und Papier wird festgestellt, daß dieser Zustand auch heute noch besteht. Es heißt in Antrag 6:

‚Die kapitalistische Wirtschaftsordnung verwehrt dem Arbeitnehmer die gesellschaftliche Eingliederung. Er ist weitgehend der Willkür des Unternehmers unterworfen, seine Arbeitskraft dem Marktgesetz ausgeliefert, seine soziale Sicherheit dem Gewinnstreben untergeordnet.‘

Das ist die Feststellung eines Tatbestandes, wie er nach diesem Antrag jetzt noch ist. Daran ändert auch der Vorschlag der Antragskommission nichts. Denn dort wird gesagt: ‚Bereits zu Beginn der Industrialisierung hatte die sie prägende kapitalistische Wirtschaftsordnung dem Arbeitnehmer die gesellschaftliche Gleichberechtigung verwehrt,‘ usw. Dann wird das wiederholt, was in dem Antrag der IG Chemie zum Ausdruck kommt. Das heißt mit anderen Worten: das war schon vor hundert Jahren so, und an keiner Stelle wird in diesem Antrag etwas darüber gesagt, daß sich daran in der Zwischenzeit etwas geändert hat ... Dieser Feststel-

lung kann man nicht widerspruchslös seine Zustimmung geben. Ich möchte sie jedenfalls verweigern und möchte das auch begründen ...

Wir müssen doch nicht nur vor den Menschen, denen wir zu dienen haben, sondern auch vor uns selber so viel Wahrhaftigkeit aufbringen, zu sagen: Jawohl, wir haben etwas erreicht, wir haben in den hundert Jahren, die hinter uns liegen, wesentliche Tatbestände geändert. Die Tatsache, daß heute hier der Oberbürgermeister dieser Stadt sitzt, ist doch ein Beweis dafür ...



Bei der Annahme dieses Antrages der IG Chemie, Papier, Keramik und des Vorschlages der Antragskommission würde sich eine ganze Reihe von Fragen ergeben. Wo ist, so frage ich, die Folgerung dessen, was die IG Chemie, Papier, Keramik vorschlägt: der Arbeitnehmer ist in unserer Gesellschaft heute noch ausgegliedert, an den Rand des Staates manövriert, so, wie er früher einmal diskriminiert war? Das, was ihn heute von anderen Gesell-



schaftsschichten unterscheidet, ist nicht ein Diskriminiertsein, ein Außen-seitersein, sondern die Tatsache, daß ungleiche Einkommensverhältnisse vorliegen, an denen wir etwas ändern

müssen. Die Tatsache, daß er nicht über genügend Geld verfügt, versperrt ihm den Zugang zu bestimmten Einrichtungen in unserer Gesellschaft.

Zweitens: Wo herrscht in unserem Staat heute noch schrankenlose unternehmerische Willkür, wo ist der Arbeitnehmer noch in dem Maße ausgebeutet, wie es die Folge dieser Willkür wäre ... Ich brauche hier nicht Dinge zu wiederholen, die jeder schon tausendmal in Versammlungen gesagt hat ... Aber schutzlos dem Unternehmer ausgeliefert – denn das heißt doch, seiner Willkür preisgegeben – ist der Arbeitnehmer heute nicht. Er ist auch nicht rechtlos und kann nicht in dem Maße ausgebeutet werden, wie das früher einmal der Fall war. Auch wenn nicht alles, was wir heute haben, vollkommen ist, müssen wir doch zugeben, daß sich in den letzten hundert Jahren vieles geändert hat. Wenn man sich nur einmal einige Zweige ansieht: ich weiß nicht, ob in dem ganzen Komplex des öffentlichen Dienstes, der doch auch hier sitzt, noch von Willkür und Ausbeutung gesprochen werden kann. In der eisenschaffenden Industrie und im Bergbau, dort, wo wir die paritätische Mitbestimmung haben und wo speziell die personellen und sozialen Fragen von uns vorgeschlagenen Vorstandsmitgliedern in die Hand gegeben sind, kann man doch nicht von Ausbeutung und Willkür sprechen ... Unsere soziale Sicherheit ist nicht vollkommen ... Unsere Gedanken sollten sich darauf richten, wie wir sie weiterentwickeln können; aber wir wollen doch nicht behaupten, daß die soziale Sicherheit ‚dem Gewinnstreben der Unternehmer untergeordnet‘ sei. Unsere soziale Sicherheit ist doch nicht vom Wohlwollen der Unternehmer und ihrem Gewinnstreben abhängig, sondern unsere soziale Sicherheit, der Stand, den wir erreicht haben, ist festgelegt in Tausenden von Gesetzen und Verträgen und ist nicht von unternehmerischer Willkür, von unternehmerischem Wohlwollen und von unternehmerischem Profitstreben abhängig ...“

1972 hielten die Bourgeois die Zeit für gekommen, solche Einsichten zu belohnen. Sie nahmen Leber in die Verantwortung – als Verteidigungsminister. Doch Lebers Illusionen, auch persönliche Illusionen, dürften sechs Jahre später einen herben Schlag erlitten haben. Die Gewerkschaftsbewegung ließ sich nicht für die imperialistische (Militär-)Politik gewinnen – Leber wurde der Fußtritt versetzt.



1949: Gründungskongreß des DGB — Unterzeichnung der Gründungsurkunde

und Arbeitslosigkeit, Analphabetentum und Unterdrückung ist eine wichtige Bedingung für eine stabile Friedensordnung.“

Die Passage liefert kaum einen Anhaltspunkt für die Unterstützung gerechter Kriege, obgleich die Ablehnung der Gewalt andererseits doch an gewisse Bedingungen gebunden ist, bleibt die Festlegung pazifistischen Traditionen verhaftet. Die Stärke dieser Beschlufassung würde aber im Konkreten, aktuell Politischen zu finden sein.

Denn die Forderung nach „Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen ...“ enthält Stachel um Stachel gegen die konkrete Politik der Bundesregierung, die in den konkreten Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte nicht mitmischen kann, ohne gegen diese Forderungen zu verstoßen.

Auffällig in den bisher zitierten Passagen ist die – dem oberflächlichen Eindruck nach – eher abgeschwächte Tendenz zur Unterstützung der Völker der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen den Imperialismus. Aber auch hier sucht der DGB den Konflikt im Konkreten, wenn er in sein Grundsatzprogramm aufnimmt:

„Es ist im ureigensten Interesse der Industrieländer, das Einkommensgefälle zwischen Nord und Süd zu verringern und dazu beizutragen, daß die Entwicklungsländer längerfristig zu gleichberechtigten Handelspartnern mit aufnahmebereiten und wachsenden Binnenmärkten werden. Der Internationale Bund freier Gewerkschaften setzt sich für die Verwirklichung der von den Entwicklungsländern angestrebten neuen Weltwirtschaftsordnung ein, in der sie ihr Interesse an einer Sicherung und Ausweitung ihrer Exportchancen und der Stabilisierung ihrer Exporterlöse verankert haben. Er unterstützt den Aufbau demokratischer und unabhängiger Arbeitnehmerorganisationen, die unerläßlicher Bestandteil für die Herausbildung ausgeglichener Wirtschafts- und Sozialstrukturen in den Ländern der Dritten

Welt sind und die demokratische Entwicklung dieser Länder garantieren. Zur Unterstützung dieser Ziele müssen die Industrieländer ihre Entwicklungshilfe planmäßig ausweiten. Bei allen Entwicklungsprojekten muß sichergestellt werden, daß soziale Mindeststandards eingehalten werden.“

Und:

„Die Förderung des Kapitalexportes in die Entwicklungsländer ist an Sozialklauseln zum Schutz der Arbeitnehmer zu binden.“

Die Beschlufassung wendet sich mit der direkten Unterstützung der Forderungen der Länder der Dritten Welt nach Öffnung von Absatzmärkten gegen die reichlichen Versuche, die Arbeiter in den entwickelten Ländern gegen ihre Klassengenossen als Konkur-

Das ausführliche Studium dieses Kongreßmaterials ist jedem zu empfehlen, der an dem politischen Formungsprozeß der Gewerkschaftsbewegung teilnehmen will. Eine Fülle von Aufgaben der politischen Auseinandersetzung, aber vor allem auch des politischen Studiums und der politischen Bildung tut sich dabei auf.

Das, wenn man so will, „innenpolitische Konzept“ des DGB, dessen Erörterung mit Sicherheit einige Jahre in Anspruch nehmen wird, ist durchaus nicht so formlos, wie dies in der bürgerlichen Presse behauptet wird. Zum Beispiel ist das Bekenntnis zum Berufsbeamtentum, 1963 noch enthalten, einfach weggelassen, und dies ist eine sehr drastische Form der Kritik der politischen Entrechtung, die durch diesen Verfassungsgrundsatz veranstaltet worden ist und weiter wird.

Wie weit aber die Interpretation des Grundgesetzes, die der DGB vornimmt und die der Strebpfiler seines ganzen Reformkonzeptes ist, im politischen Kampf tragen wird? – Der DGB versucht, über die Sozialbindung des Eigentums das ganze Verfassungsbollwerk zum Schutz des Privateigentums zu unterminieren, eine derartige Politik würde von den Gerichten nicht sanktioniert werden, selbst wenn in den parlamentarischen Körpern Mehrheiten dafür bestünden.

Indessen bleibt Verdienst dieses Kongresses, den Wunsch nach Planwirtschaft doch ziemlich deutlich aus-



1981: Das neue Grundsatzprogramm wird einstimmig verabschiedet

renten aufzuheben. Sie ermöglicht auch die Kritik der gegenwärtigen Entwicklungshilfe und des gegenwärtigen Kapitalexportes.

Unzweifelhaft, daß der DGB-Kongreß einen Schritt aus dem Kielwasser der bürgerlichen Politik getan hat. Unzweifelhaft aber auch, daß die Entscheidung über den politischen Kurs des DGB in diesen Fragen noch nicht da ist. Sehr viele Anhaltspunkte ließen sich auch zu einer rückständigen Interpretation dieses Beschlußwerkes finden.

gesprochen zu haben. Mindestens Mittel zur Kritik der monopolkapitalistischen Konkurrenz liefert die Beschlußfassung in reicher Fülle, mindestens eine starke Relativierung der heiligen Kuh des Privateigentums und der Marktwirtschaft ist eingeleitet. Und dies nicht nur gezielt auf die Sozialdemokratie und etwa aus einer Minderheitsposition im Rahmen dieser Partei heraus, sondern begründet aus den Interessen der Arbeiterbevölkerung des Landes und mit Wirkung weit hinein in die Mitgliederbasis der CDU/CSU und auch der FDP.

## Asbestverarbeitung wird eingeschränkt

24000 t Rohasbest werden jährlich in Baden-Württemberg verarbeitet, 20% des westdeutschen Verbrauchs. Mehrmals forderte der DGB das Verbot der Asbestverarbeitung, die IG Metall Nordwürttemberg-Nordbaden führt Musterprozesse gegen Kapitalisten wegen Verletzung des Arbeitsschutzes. Jetzt hat das Sozialministerium nur das besonders gefährliche Asbestspritzverfahren generell untersagt. Und die Gewerbeaufsichtsämter sollen verschärfte die Einschränkung der Asbestverarbeitung, die Verbesserung von Absaugeinrichtungen und die Einführung staubfreier Arbeitsverfahren überwachen.

## IGBSE: Mitglieder gegen 4%-Abschluß

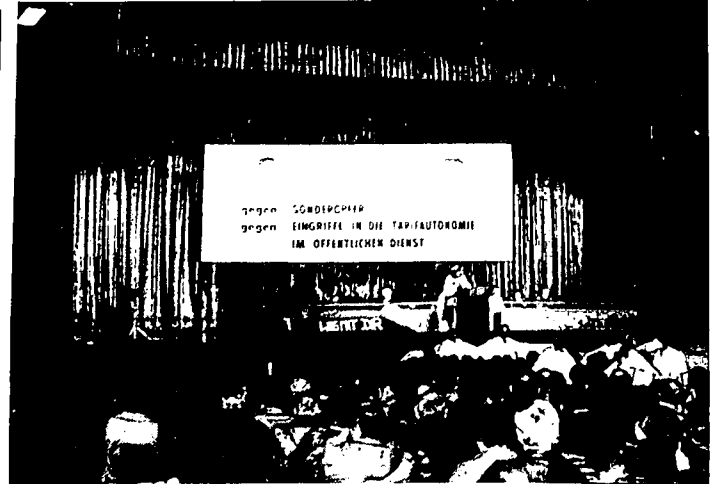
Der 4%-Abschluß, dem die Verhandlungskommission der IG Bau Steine Erden am 27.2.81 zustimmte, gerät in Baden-Württemberg zunehmend unter Beschuß der Mitglieder. Zunächst lehnte ihn eine Betriebsräte-Vollversammlung von 46 Stuttgarter Baubetrieben einstimmig ab. Bezirksvorstände organisierten Umfragen unter den Gewerkschaftsmitgliedern. Dabei wurde offensichtlich, daß ein Abschluß von 7,5% für notwen-

Düsseldorf. Rund zehntausend Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes protestierten am 17.3. gegen die sogenannten Sparbeschlüsse der NRW-Landesregierung, die unter anderem die Verlängerung der jetzigen Tarifverträge, Einstellungssperre und Streichung des Weihnachtsgeldes 1981 vorsehen. Aufgerufen hatten der Landesbezirksvorstand des DGB sowie alle Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes. Im Anschluß an die zentrale Veranstaltung fand eine Demonstration mit ca. 5000 Teilnehmern statt, zu der der Ortsvorstand der GEW aufgerufen hatte.

dig erachtet wird. Mindestens aber sollte die Lohnerhöhung mit der Preissteigerung Schritt halten und wenigstens 5% betragen. Schließlich fand in Böblingen ein Treffen mit Vertretern aller 14 baden-württembergischen Bezirksverbände der IGBSE statt. Auch dort wurde der Abschluß mehrheitlich abgelehnt. Hat Paul Broicher, Verhandlungsführer der Baukapitalisten diesen Tarifabschluß als „ersten Schritt zur Umkehr in der Lohnpolitik“ zu früh gelobt?

## DK: Typographen gegen Schlichtung

90,4% des dänischen Typographenbundes stimmten am 9.3.



gegen das zwischen dänischem Arbeitgeberverband und LO (Dachverband dän. Gewerkschaften) ausgehandelte Schlichtungsabkommen über Lohnerhöhungen. Grund der Ablehnung: 1. Ein Paragraph, der Recht auf Lohnverhandlungen auch innerhalb einer Tarifperiode sichert, um die Teuerung auszugleichen, ist für 10 Monate ausgesetzt, was laut Typografenbund einem Lohnverlust von 3200 DM im Jahr pro Beschäftigten ausmacht. 2. Die Gewerkschaft fordert ein Abkommen bei Einführung von neuer Technologie, das den Arbeitsplatz sichert. 1000 Typografen sind arbeitslos. Der Arbeitgeberverband beschloß daraufhin am 18.3. die Aussperrung, die für den ganzen Druckbereich gelten soll. 20000 Arbeiter würden somit staatliche Unterstützung erhalten. Ab dem 28.3. werden dann vorläufig keine dänischen Tageszeitungen erscheinen.

dende nur herangezogen werden, wenn es nach dem Ausbildungszweck erforderlich ist. – Eine ärztliche Bescheinigung ist erst vorzulegen, wenn die Krankheit länger als drei Tage dauert. – Statt wie bisher an vier sind Auszubildende vor Abschlußprüfungen an fünf Ausbildungstagen freizustellen. – Fahren Auszubildende zum Unterricht an eine auswärtige Berufsschule, müssen sie nur 6 statt 8% wie bisher der Ausbildungsvergütung als Fahrtkosten selbst tragen. – Auszubildende erhalten künftig statt des halben vollen Wege- und Zehrgeld. – Auch Auslösung und ähnlich in den Tarifverträgen für Arbeiter und Angestellte festgelegte Gelder werden ganz gezahlt.“

## ÖTV Mannheim zu Gebührenerhöhungen

Die Gebührenerhöhungen der MVV bei Energie und Verkehr waren einziger Tagesordnungspunkt der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz Mannheim. Der MVV-Arbeitsdirektor Karsten referierte über eine Stunde über Energiepreisentwicklung und verteidigte die Erhöhungen. Die anwesenden ÖTV-Aufsichtsratsmitglieder der MVV unterstützten ihn. Davon waren die Delegierten aber nicht zu überzeugen. Ein Delegierter des Stadtjugendamtes hielt ein Gegenreferat, die meisten Beiträge waren gegen die Gebührenpolitik der MVV gerichtet. Die ÖTV-Aufsichtsräte wurden aufgefordert, den Erhöhungen nicht zuzustimmen. Wegen Beschlußunfähigkeit nach vierstündiger Debatte wurde ein Antrag des Stadtjugendamtes gegen die Erhöhungen nicht beschlossen.

## Manteltarifvertrag für Auszubildende

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr hat für die Auszubildenden in den öffentlichen Diensten einen neuen Manteltarifvertrag abgeschlossen. Er tritt rückwirkend ab 1. Januar 1981 in Kraft. Durchgesetzt wurden u.a. folgende Rechte: „Ein Auszubildender darf nicht zusätzlich praktisch ausgebildet werden an Tagen, an denen er schon mindestens 270 Minuten im Betrieb theoretisch ausgebildet wurde. – Der Arbeitgeber stellt die Ausbildungsmittel kostenlos zur Verfügung. – Zu Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit darf der Auszubil-



Die französische Arbeiterbewegung nutzt den Wahlkampf für die Staatspräsidentenwahl, um ihren Forderungen gegenüber Kapitalisten und bürgerlichem Staat Nachdruck zu verleihen. Seit 10. März kämpfen die Pariser Busfahrer mit Streiks und Demonstrationen für bessere Arbeitsbedingungen. Auslösendes Moment der Aktionen war der Anstieg tätlicher Angriffe auf die Fahrer um 166% in den letzten fünf Jahren. Die Streikenden fordern: Neueinstellungen – konkret Wiedereinsatz des zweiten Mannes in den Bussen – 35-Stundenwoche, 104 jährliche Ruhetage. Am 13.3. demonstrierte das Personal erstmals in den Bussen, fast alle Depots wurden besetzt. Für mehr Personal, die Beendigung von Privatisierungen und Verrentung mit 55 Jahren demonstrierten und streikten am 19.3. die Lohnabhängigen aus 43 staatlichen Pariser Krankenhäusern. Bewegungen für ähnliche Forderungen werden aus Marseille, der Region Essonne und Créteil bei Paris gemeldet.



## Stoltzenberg-Skandal

# Prozeß eingestellt, um Behörden aus der Affäre zu ziehen

**Hamburg.** Aus Angst vor weiteren Angriffen auf die Behörden mußte das Landgericht Hamburg jetzt den „Stoltzenberg-Prozeß“ gegen den Vater des tödlich verunglückten Kindes einstellen. Nicht zu vergessen, daß Dahrendorf, der neue, wahlkämpfende SPD-Innensenator von West-Berlin, wegen des Stoltzenberg-Skandals seinen Senatorensessel in Hamburg räumen mußte.

Im September 1979 war der 11jährige Oliver Ludwig bei einer Explosion tödlich verunglückt, sein Bruder und sein Freund wurden verletzt. Die Kinder hatten mit explosiven Chemikalien experimentiert, die sie vom Stoltzenberg-Gelände in der Nähe mühelos beschafft hatten.

Stoltzenberg war ein bekannter Spezialist der chemischen Kriegsindustrie seit dem 1. Weltkrieg. Nach 1945 hatte er „gewissen Erfolg erzielt, ... wo es sich um Produktionszweige handelte, die wegen ihrer – chemischen oder auch politischen – Gefährlichkeit anderen Chemiefirmen noch suspekt erschienen“ (aus der Anklageschrift). 1957–63 war er einer der ersten Vertragspartner der Bundeswehr. Er versorgte auch die Polizei. Mit dem Fortgang der Wiederbewaffnung der BRD war die chemische Kriegswaffenpro-



duktion wieder hoffähig, trotz internationaler Ächtung. Stoltzenberg gab der Konkurrenz nach, indem er hochgiftige Stoffe ungeschützt für „bessere“ Zeiten lagerte, um sie später profitlich zu verkaufen, wie es der letzte Besitzer der Firma, Leuschner, zu den Akten gab.

Dies wurde alles behördlich gedeckt: 600 Beamte waren seit 1945, 130 seit 1976 mit dieser Giftwaffen-Fabrik befaßt. Die Untersuchungskommission kam nach 50 Verhandlungstagen zu dem Ergebnis, daß keiner der Beamten irgendwie belangt werden könnte.

Leuschner blieb wegen „dauernder Verhandlungsunfähigkeit“ ungeschoren.

Die Staatsanwaltschaft bestand darauf, den Vater des verunglückten Kindes wegen „fahrlässiger Tötung, fahrlässiger Verletzung und fahrlässiger Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion“ zu verurteilen. Er komme „aus dem terroristischen Umfeld“ und hätte angeblich seinen Sohn zu chemischen Experimenten angeregt und ihm die Chemikalien besorgt.

Spezialisten von der Bundeswehr, Polizei und Feuerwehr räumten 40 Tage lang – bei Evakuierung der Anwohner und Kurzarbeit in den umliegenden Betrieben – hunderte Tonnen Giftstoffe ins Bundeswehrdepot Munster. Darunter: Kampfgase (Tabun, Lost, Lewisit, Adamisit, Thiophosgen), hochgiftige Stoffe (Arsen, Cyanalkali, Strychnin), explosive Materialien, Mörsermunition, Nebeltöpfe, Zinkschlamm usw. 8 Mio. DM zahlte der Hamburger Senat dafür.

Mit der Einstellung des Prozesses ist die Forderung der Bürgerinitiative erst halb erfüllt: „Wir fordern die sofortige Einstellung des Prozesses gegen Karl-Heinz Ludwig! Auf die Anklagebank gehören die verantwortlichen Politiker, Behördenvertreter, Produzenten und Abnehmer der menschenfeindlichen Stoltzenberg-Produkte!“

## Beurteilungsverfahren ÖTV-Funktionäre sprechen sich dagegen aus

**Hannover.** Am 11. März fand in Hannover eine ÖTV-Funktionärskonferenz zu dem vom Öffentlichen Dienst herrn angestrebten Beurteilungsverfahren für Beamte wie auch Angestellte und Arbeiter – in dieser Reihenfolge soll das Verfahren eingeführt werden – statt. Bisher wurde eine Beurteilungspflicht nur bei Beamten, z.B. bei Versetzungen, praktiziert.

Das Beurteilungsverfahren ist Teil des Aktionsprogramms des Bundesministeriums des Innern von 1976 zur Reform des Öffentlichen Dienstes. „Eine wesentliche Steigerung der Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes ist ferner zu erwarten, wenn es gelingt, den Grundsatz ‚den richtigen Menschen an den richtigen Platz‘ durch gezielte Entscheidungshilfen besser als bisher in der Praxis Geltung zu verschaffen. Dazu ist eine systematische

Erfassung der ... Arbeitsplätze ebenso notwendig wie die vergleichbare Feststellung der Befähigung einzelner Mitarbeiter.“ Die Beschäftigten sollen sich einer Befähigungsbeurteilung alle drei Jahre und einer Leistungsbeurteilung alle zwei Jahre durch einen unmittelbaren Vorgesetzten (Erstbeurteiler) und einen nächsthöheren Vorgesetzten (Zweitbeurteiler) unterwerfen. Für die Beurteilung soll das Alter unerheblich sein.

Beurteilt wird u.a. Arbeitsgüte, Arbeitsmenge, Einhalten von Vorschriften, Termingerechtigkeit, Wirtschaftlichkeit, Übernahme zusätzlicher Arbeiten, Arbeitsschnelligkeit, Beharrlichkeit. Diese Merkmale werden benotet nach: 1 = entspricht nicht der Leistungserwartung, 2 = entspricht,



3 = entspricht voll, 4 = übertrifft, 5 = Spitzenleistung. Als Richtschnur zur Verteilung ist angegeben, wieviele Beschäftigte

Stufe 1 =	0 – 5 v.H.
Stufe 2 =	30 – 40 v.H.
Stufe 3 =	30 – 40 v.H.
Stufe 4 =	20 – 30 v.H.
Stufe 5 =	0 – 5 v.H.

erreichen sollen. Zusätzlich ist beabsichtigt, in jedem Beurteilungszeitraum 15% der Beschäftigten einer Dienststelle, die am besten abschnitten, eine Leistungsprämie zu zahlen. Die Personalkosten sollen sich dadurch nicht erhöhen, sondern „das Ziel der Kostenneutralität wäre erreichbar, wenn Lösungen gefunden werden, die bisher gewährten Bezahlungsbestandteile (z.B. einen Teil der Steigerungsstufen) in Zukunft von der Erfüllung bestimmter Leistungsmerkmale abhängig zu machen.“ Bei zwei aufeinanderfolgenden „schlechten“ Beurteilungen erfolgt eine Umsetzung auf einen schlechter bezahlten Arbeitsplatz.

Eine Ausgleichszahlung, die zunächst gewährt wird, soll mit der Tarifierhöhung verrechnet werden. Der betroffene Beschäftigte nimmt also für einen bestimmten Zeitraum an den Tarifierhöhungen nicht teil. Fazit ist, bei

mehr Arbeitsleistung sollen Stellen eingespart und Lohnkosten gesenkt werden.

Auf dem letzten Gewerkschaftstag wurde ein Beschluß zur völligen Ablehnung des Beurteilungsverfahrens gefaßt. Auf Betriebs- und Personalversammlungen im Fuhramt Hannover/Hauptamt, Landesverwaltungsamt, Stadt Laatzen, Universität Hannover, Landkreis Hannover haben ÖTV-Vertreter über das Beurteilungsverfahren berichtet.

Auf der Funktionärskonferenz wurden alle Vertrauensleute aufgefordert, auf Betriebs- und Personalversammlungen das geplante Beurteilungsverfahren zu erörtern und dazu die Vertreter der ÖTV einzuladen. Eine Schwierigkeit ist, daß die Einführung des Beurteilungsverfahrens nicht dem niedersächsischen Personalvertretungsgesetz unterliegt.

## Öffentlicher Dienst ÖTV: Renten- zahlung bis zu 75%

Die Große Tariffkommission der ÖTV hat die Sicherung der 75%igen Zusatzversorgung zu einem der tarifpolitischen Schwerpunkte 1981 erklärt. Arbeiter und Angestellte des Öffentlichen Dienstes erhalten im Rentenfall eine Zusatzversorgung, die eine Gesamtrente bis zu max. 75% des vorherigen Bruttolohnes sichert. Dies war Ergebnis langjähriger Tarifverhandlungen zwischen Bundesregierung und ÖTV, die 1967 ein neues Tarif- und Satzungsrecht durchsetzte, das für Arbeiter und Angestellte eine beamtenähnliche Versorgung schuf.

Der Dienstherr muß Arbeiter und Angestellte in einer Zusatzversorgungskasse (ZVK) versichern. Die Beiträge zahlt seit 1971 ausschließlich der Dienstherr. Bei Eintritt des Rentenfalls hat der Versicherte Anspruch auf Zahlungen aus der ZVK, wenn er mindestens fünf Jahre dort versichert war. Somit setzt sich die Gesamtversorgung für einen Rentner aus der gesetzlichen Rente und der zusätzlichen Zahlung aus der ZVK zusammen. Um die Höhe der Zusatzversorgung zu ermitteln, wird zuerst der Anspruch auf die Gesamtversorgung errechnet. Diese berechnet sich aus dem Durchschnittslohn der letzten drei Arbeitsjahre und der Anzahl der Versicherungsjahre. Bei 35 Versicherungsjahren in der ZVK wird ein Anspruch auf Gesamtversorgung von 75% des vorherigen Bruttolohnes erreicht.

Da die gesetzliche Rentenversicherung und die Zusatzversorgung unterschiedlich dynamisiert werden und bei

## Zusammensetzung des Rentenbestandes bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) zum 31.12.79 x

Versichertenrenten wegen .....	Anzahl	in%	Zahlbetrag inTDM	Ø-Zahl- betrag
Berufsunfähigkeit .....	1700	0,6	773	455
Erwerbsunfähigkeit .....	27354	9,4	15803	578
Vorgezogenes Altersruhegeld ...	76512	26,3	36404	476
flexibles Altersruhegeld .....	61197	21,0	33753	552
Vollendung d.65.Lj. ....	124082	42,7	46631	376
Versicherte gesamt .....	290845	100,0	133364	459

x ohne die Versicherten in kommunalen Zusatzversorgungskassen und den ZVK's von Post, Bahn, Kirche.

Erhöhung der gesetzlichen Rente die Zusatzversorgung nicht gekürzt wird, sowie durch das Auseinanderklaffen von Brutto- und Nettolohn kann in einzelnen Fällen eine „Überversorgung“ eintreten. D.h. die Rente ist höher als der letzte Nettolohn. Dies nimmt der Dienstherr als Anlaß, gegen die bisherigen Vereinbarungen zu hetzen, um sie dann auch wieder außer Kraft setzen zu können. Die ÖTV dagegen stellt sich auf den Standpunkt, daß eine Gesamtversorgung in Höhe des Nettolohnes notwendig ist und daß sie die einzelnen Fälle von Überversorgung nicht zu verantworten hat. „Durch die ungünstige Entwicklung der gesetzlichen Abzüge ist es so, daß nicht der Versorgungsrentner zuviel

Rente erhält, sondern der Arbeitnehmer zuwenig Nettoentgelt.“

Mit dem 21. Renten Anpassungs-gesetz (RAG) hatte die Bundesregierung ursprünglich vor, gleichzeitig mit der Einführung des Krankenversicherungsbeitrages die Zusatzversorgungsleistung zu kürzen. Dies hätte eine Minderung der Gesamtversorgung um ca. 15% bedeutet. Dagegen hat sich die ÖTV gewandt und auf dem Gewerkschaftstag 1980 beschlossen: „Wenn man es wagt, ohne tarifvertragliche Regelung Rechte und materielle Leistungen abzubauen, müßte das mit Arbeitskampf von erheblicher Tragweite beantwortet werden.“ Im neuen Entwurf für das RAG wurden die ÖTV-Forderungen berücksichtigt.

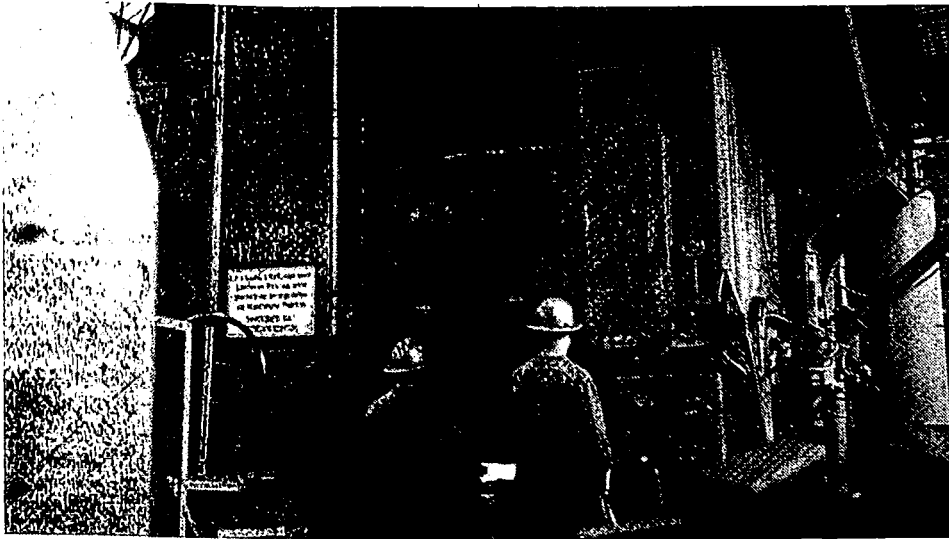
## Lärmzulagen, Kurzerkrankung

## F&S-Konzern verzögert Umsetzung der neuen MTV-Regelungen

**Schweinfurt.** Nach über 30 Verhandlungen im Zeitraum von drei Jahren konnte die IGM den „Verein der Bayerischen Metallindustrie“ zur Unterschrift unter verschiedene Neuregelungen der Manteltarifverträge zwingen, die am 1.1.1981 in Kraft traten. „Anspruch auf die Lärmzulage von 20 Pf./Stunde besteht in Arbeitsbereichen mit einem Schallpegel von über 85 dB(A) ... Damit ist ein lange Jahre dauernder Streit darüber, ab welchem Lärm die Zulage zu bezahlen ist, aus der Luft geschafft“. (Tarifnachrichten vom 10.11.80) Bei Fichtel & Sachs, Werk Schweinfurt, hat bis jetzt noch kein Arbeiter die 20 Pf. Lärmzulage auf dem Lohnzettel gesehen, bis in die Sommermonate hinein wird sich daran nichts ändern. Selbst in den bereits als Lärmzone anerkannten Werkstätten wie in der Stanzerei weigert sich F&S, die 20 Pf. zu bezahlen. Erst müßten in

allen Abteilungen erneute Lärm-messungen durchgeführt werden.

Eine gemeinsame Kommission, an der von seiten des Betriebsrates zwei freigestellte und ein Abteilungs-betriebsrat teilnehmen, wurde gebildet und nimmt die umfangreichen Lärm-messungen auf. Der Betriebsrat schätzt die Lage als äußerst arbeitsintensiv und vom Vorstand auf Verzögerung ausgerichtet ein. Um eine Nachzahlung der 20 Pf. wird F&S nicht herumkommen, zumindest die Zinsen werden sie aber einstecken wollen. Die Sache hat ziemlichen Streitwert: Im Werk Süd, um 1970 erbaut, gibt es kaum Zwischenwände oder abgetrennte Räume. Um die Transportkosten zu senken, sind z.B. im Kupplungs-nabenbau Stenzen und Härteöfen direkt neben Dreh-, Bohr- und Fräsmaschinen gestellt worden. Über 90 dB(A) Dauerschallpegel wurden hier für Akkordarbeiter an



6000 t-Presse zum Warm Schmieden von Kurbelwellen: Ohrenbetäubender Lärm

Drehmaschinen bei unverbindlichen Messungen festgestellt. Absehbar wird der F&S-Vorstand die Abgrenzung der Lärmzonen in eklige Feilschereien um einzelne Arbeiter ausarten lassen wollen.

Gemessen wird im Stichprobenverfahren, mindestens je 3 Messungen von 3 bis 5 Minuten Dauer und an drei verschiedenen Punkten in den Abteilungen. Um auch kurzzeitigen und Impulsgeräuschen, d.h., Schallvorgängen, die kürzer als 200 ms andauern, und die eine schädigendere Wirkung als ein gleichbleibendes Geräusch haben, gerecht zu werden, werden Impuls-Schallpegelmessern (mit Rechner und Ausdrucker) verwandt. Bei den Impuls-Schallpegelmessern werden Spitzenwerte gespeichert und langsam abklingen gelassen, entsprechend den Vorgängen im menschlichen Gehör. Der so ermittelte „energie-äquivalente Dauerschallpegel“ (siehe MTV) wird dadurch erhöht. Die Durchsetzung und korrekte Durchführung dieses Meßverfahrens durch den Betriebsrat ist auch von Bedeutung für zu erfolgende Lärmschutzmaßnahmen bzw. Verfahren auf Anerkennung von Lärmschäden bei Arbeitern.

„Bei einer Erkrankung bis zu drei Kalendertagen braucht ein Arbeiter keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung mehr vorzulegen, wenn er dem Betrieb mindestens fünf Jahre angehört. Damit ist es gegen den zähen Widerstand der Arbeitgeber gelungen, für den größten Teil der Arbeiter eine Regelung zu schaffen, wie sie für die Angestellten seit eh und je gilt.“ (Tarifnachrichten, 10.11.1980) Der F&S-Vorstand hat in Reaktion darauf neue Gemeinheiten ausgeheckt. An alle Beschäftigten wurde eine Information ausgegeben, in der unter Hinweis auf den hohen Krankenstand vor einem Mißbrauch der neuen Regelung gewarnt wurde. Ein Anrufbeantworter beim zentralen Lohn- und Personalbü-

ro wurde installiert. Jede Erkrankung, Entschuldigung, jeder Urlaubswunsch muß hier gemeldet werden. Konnte man früher mit dem Meister verhandeln, wird jetzt das Personalbüro nach Vergleich mit den Fehlzeiten des Kollegen per Computer entscheiden und sofort die Krankenkontrollen in Marsch setzen. 10 Sekunden Zeit läßt der Anrufbeantworter. Das reicht für Aufzählungen von Namen, Personalnummern, zweimaliges tiefes Husten.

Auf die Forderung des Betriebsrates nach einer Jahresprämie für 1980 hat der Vorstand auf den hohen Krankenstand von 9,8% in 1980 und gegenwärtig 12,6% verwiesen und mitgeteilt, die neue Regelung für Kurzerkrankungen würde zu stark ausgenutzt werden.

### **Fritz Werner 30% „Leistungsreserve“ vermutet**

Fritz Werner Werkzeugmaschinen in Westberlin gehört zur Deutschen Industrieanlagen GmbH (DIAG). Eine Milliarde aus Steuergeldern wurde in den vergangenen Jahren an diesen staatlichen Anlagen- und Maschinenbaukonzernen gezahlt – zum Zwecke der „Sanierung“, so Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Hanns Arndt Vogels (persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich Flick KG). Jetzt konnte DIAG-Betriebsführer Boldt für 1980 erstmals wieder ein „leicht positives Jahresergebnis“ verkünden, bei einem Jahresumsatz von 630 Mio. DM.

Bei Fritz Werner Werkzeugmaschinen wurden die von der Betriebsführung ausgewiesenen Verluste von 1977 50 Mio. DM auf 1980 23 Mio. DM gesenkt. Hier will Betriebsführer Boldt vor allem nachsetzen, um spätestens 1982 auch eine „positive Jahresbilanz“ vorweisen zu können. Und Werkleiter

P. Schulz hat dafür auch einen „Maßnahmenkatalog“:

– In der mechanischen Fertigung sind zwei neue numerisch gesteuerte Bearbeitungszentren aufgebaut worden, ein drittes soll in diesem Sommer errichtet werden. Die Arbeiter an diesen Bearbeitungszentren erhalten 2 DM weniger Lohn als an ihren bisherigen Arbeitsplätzen, wo sie als Fräser beschäftigt waren. Gleichzeitig verkündete Betriebsführer Schulz eine Leistungssteigerung von 200% durch diese Bearbeitungszentren. Die außerdem geplante Einführung einer dritten Schicht an diesen Maschinen ist an dem Widerstand der Belegschaft bislang gescheitert.

– In der Montage will Schulz den Zeitlohn durch die Prämienentlohnung ersetzen. Den Ausgangslohn für die Prämienberechnung will er dabei auf den Tariflohn drücken. Bisher ist die Betriebsführung damit nicht durchgekommen. Die Belegschaft lehnt die Prämienentlohnung ab. Der Betriebsrat weigert sich, eine Betriebsvereinbarung zu unterzeichnen, solange die Betriebsführung nicht den derzeit gezahlten Effektivlohn als Ausgangslohn garantiert.

– In der mechanischen und elektrischen Konstruktion soll das CAD-Bildschirmssystem (computergestütztes Konstruieren) eingeführt werden. Betriebsführer Schulz verspricht sich dadurch mittelfristig eine Personaleinsparung von 50%.

– 1980 wurden der Belegschaft mit dem Damoklesschwert der möglichen



800 Beschäftigte von Fritz Werner und der DIAG-Hauptverwaltung beteiligten sich am 19.3. an einem Warnstreik der IGM im Lohnkampf.

Entlassungen 90000 Überstunden abgepreßt (60000 bei den Arbeitern, 30000 bei den Angestellten).

Ergebnis: Von 1978 bis heute wurde bei einer Verringerung der Belegschaft von 1100 auf 900 Beschäftigte die „Werkleistung um 40% gesteigert“, so Betriebsführer Schulz. Und für die Zukunft vermutet er eine 30%ige „Leistungsreserve“, die zu wecken sei.

## Offene Krise im Dachverband der Studentenvertretungen — Wende über Anpacken der beschlossenen Aufgaben möglich

Mit einem Eklat endete die 6. ordentliche Mitgliederversammlung der VDS: Mit 450 Ja-, 30 Nein- und 250 Enthaltungsstimmen verhinderten einige JUSO- und die Basisgruppen-Asten die Einsetzung eines neuen Vorstandes, für dessen Wahl mindestens 462 Stimmen erforderlich waren. Die Vorstandsfraktionen der VDS — MSB (DKP-Studenten), SHB, JUSOS, LHV (FDP-Studenten) — bekamen damit einen Denkkzettel für ihre nicht nur im letzten Jahr betriebene Politik.

Kaum eine der für die Studentenvertretungen wichtigen Aufgaben wurde vom letzten Vorstand auch nur in Angriff genommen: Null Aktivitäten zum BAFöG. Keine Unterstützung für die mit Prozessen überzogenen Heidelberger Studenten. Und finanzielle Unterstützung für die in Bayern und Baden-Württemberg verbotenen Studentenvertretungen erst, als verschiedene Asten davon ihre weitere Beitragszahlung überhaupt abhängig machten.

Durch den Einsatz der Basisgruppen-Asten ist es auf dieser MV gelungen, eine Reihe von nützlichen Beschlüssen zu fassen. In einer Resolution zur Wohnungsnot wendet sich die MV gegen die Aufspaltung in „Friedliche“ und „Gewalttäter“; weiter heißt es: „Wir sind der Auffassung, daß die Besitzrechte an Wohngebäuden, die leerstehen oder von ihren Eigentümern nicht mehr instand gehalten werden, verwirkt sind.“ Gefordert wird u.a.: „Sofortige Freilassung und Amnestie

für alle in diesem Zusammenhang Inhaftierten! Uneingeschränktes Demonstrations- und Versammlungsrecht!“ Die VDS haben das am 28.3. stattgefunden Instandbesetzer treffen finanziert, ihm 10000 DM für die weitere Arbeit zur Verfügung gestellt und den VDS-Rechtshilfefond für Prozesse

nach 750 DM Höchstsatz und 1500 DM Elternfreibetrag sowie deren Unterschriftensammlung. Beschlossen wurde: „Die VDS unterstützen die GEW dabei, das Ziel von mindestens 20000 Unterschriften bis zur Übergabe an Bundeswissenschaftsminister Engholm am 1.4.81 zu erreichen. Während

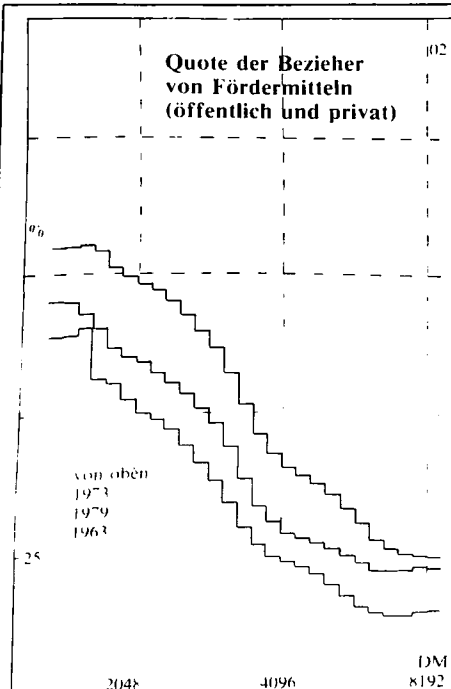


6. o. MV der VDS vom 18. bis 21.3.81. Zu den Delegierten sprachen u.a. Vertreter der neuen polnischen Studentengewerkschaft NSZ und der FDR (El Salvador).

gegen Hausbesetzer um 15000 DM aufgestockt.

Bezüglich BAFöG unterstützt die VDS-MV die Forderungen der GEW

der BAFöG-Beratung der Bundesregierung im Mai organisiert die VDS möglichst in Zusammenarbeit mit der GEW eine öffentliche Aktion in Bonn



### Die BAFöG-Auszahlungen sinken ununterbrochen, untere Einkommen sind am stärksten betroffen

In den Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes sind einige Daten nach Berufsgruppen der Väter der einzelnen Studenten aufgegliedert. Ordnet man nun jeder Berufsgruppe ein typisches Einkommen zu und führt eine sehr starke Glättung dieser Durchschnittswerte durch, so erhält man einen Eindruck von der Abhängigkeit der Gefördertenquote vom Einkommen der Eltern. Die Ergebnisse in den beiden Schaubildern zeigen sicher nicht exakt die absoluten Verhältnisse. Sowohl die relative Entwicklung über die Jahre als auch die relativen Verhältnisse innerhalb der Lohnskala sind aber hinreichend zur Bewertung der wirklichen Lage. Es ergibt sich zu-

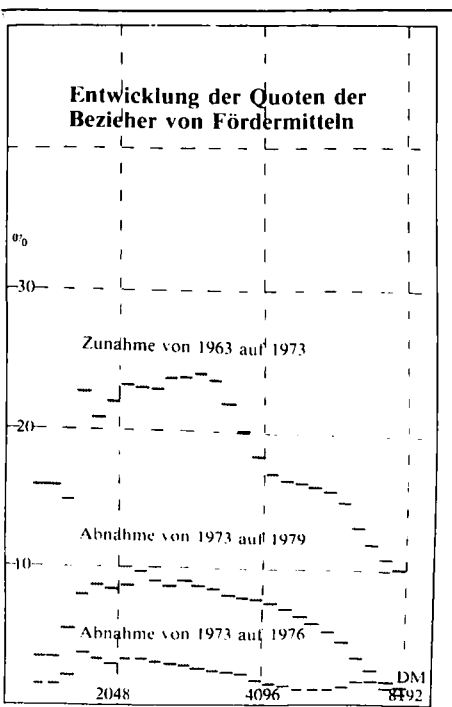
nächst, daß die Förderung von 63 auf 73 stark zugenommen hat. Seit 73 sinkt sie tendenziell und nähert sich langsam wieder der Lage von 1963 an. Die Einbrüche in der Förderung sind dabei besonders stark im Bereich der Einkommen bis etwa 3500 DM brutto (in Preisen von 1980). In Folge dieser Entwicklung hat sich von 76 auf 79 die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft deutlich in Richtung der Einkommen über 4000 DM verschoben (ohne Schaubild). Die Regierung plant die Einfrierung des BAFöG-Etats, was bei steigenden Studentenzahlen, Preis- und Nominallohnsteigerungen zu einem beschleunigten Sinken der realen Förderung führen muß.

sowie Protestaktionen an den einzelnen Hochschulen.“

Einen Fortschritt bedeuten die Festlegungen im Teil „Fachhochschulen“ des Hauptantrages: „Die VDS unterstützen die FH-ASTEN in ihren Bestrebungen, die Einführung von Praxissemestern zu verhindern und für bereits durchgeführte Praxissemester eine tarifvertragliche, arbeits- und sozialrechtliche Absicherung der Praktikanten in Zusammenarbeit mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften zu erreichen.“

Die mit Prozessen konfrontierten Heidelberger Studenten sollen unterstützt werden u.a. durch Berichterstattung „... 2. in vds-Massenpress und anderen Publikationsorganen ... (die VDS sollen) ... 6. materielle Solidarität mit den Angeklagten und Verurteilten organisieren, wobei angestrebt wird, bis zur nächsten vds-MV in einer Kampagne mindestens 100000 DM für Rechtshilfe zu sammeln.“

Mit diesen Festlegungen wurde im wesentlichen die Beschlußlage des Vorjahres wiederhergestellt. Auf die massive Kritik, die sich in den Vorstandswahlen äußerte, haben die Vorstandsfractionen mit dem Versuch reagiert, innerhalb weniger Stunden einige der 60 nicht angereisten ASTen zwecks Mehrheitsbildung heranzukarren, so wie damit, innerhalb der JUSO-Fraktion, einer „Stacheldrahtfraktion“, wie ein Jusos vor der MV beklagte, Mitglieder umzudrehen. Die Basisgruppen und andere ASTen haben daraufhin die MV verlassen. Der so mit Ach und Krach doch noch gewählte neue VDS-Vorstand täte gut daran, bis zu der von den Basisgruppen geforderten a.o. MV im Herbst die beschlossenen Aufgaben anzupacken; der einzige Weg auch, um die Einheit im Verband herzustellen.



## Ausländer

### Frankfurt für „totalen Zuwanderungsstopp“

Im „Kommunalpolitischen Situationsbericht“ vom Februar 1981 „erwog“ Frankfurts OB Wallmann (CDU) einen „totalen Zuwanderungsstopp für Ausländer“, sofern die gegenwärtig 21,2% betragende Quote der Ausländer an der 630000-Gesamtbevölkerung „sich auf 30% zubewegt“. Evangelische und Katholische Kirche, die SPD-Stadtverordnetenfraktion bescheinigten Wallmann, sein Vorschlag sei „erwägenswert“. DGB-Kreisvorsitzender Kiese-wetter jedoch sah eine „Schweinerei“, nicht etwa, weil Wallmann einen Zuwanderungsstopp erwog, sondern weil er ihn kurz vor der Kommunalwahl erwog. Dies leiste „ohnehin vorhandener Antistimmung“ Vorschub.

Diese angebliche Antistimmung wird in der bürgerlichen Presse mit Berichten über „Asylantenberge“ und „Sozialhilfemißbrauch“ zu züchten versucht. In der Landtagsdebatte über das Hessische Asylgesetz führte der un-verdächtige Nassauer, CDU, dazu aus: „... Zahl der Asylbewerber sprunghaft angestiegen ist. Waren es 1971 ... 5400, so waren es 1979 bereits 52000. Im Jahr 1980 mit mehr als 100000 Asylbewerbern zu rechnen ... Gleichzeitig hat die Zahl derer, die Asyl erhalten, nicht nur prozentual, sondern auch absolut *abgenommen*. 1972 waren es noch 53% der Anträge, die positiv beschieden wurden, ... 1979 noch 7%.“ Das sind 2800 bzw. 2300 tatsächliche „Asylanten“. Unklar ist auch, wie jemand, der mit seiner Frau auf 594 DM Sozialhilfe-Regelsatz angewiesen ist, weil er als „Nicht-EG-Ausländer“ im ersten Jahr keine Arbeitserlaubnis erhält, mit dieser Summe Mißbrauch treiben soll. Die Rechtlosigkeit der Ausländer, die nach 10 Jahren BRD-Aufenthalt erst eine unbefristete Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis beantragen können und bei wiederholten Ordnungswidrigkeiten bereits ausgewiesen werden können, ist nicht neu.

In Frankfurt beträgt bei 3,2% Durchschnittsarbeitslosigkeit der Prozentsatz arbeitsloser ausländischer Arbeiter 6%. Landesregierung und Magistrat Frankfurt versuchen jetzt, neu ankommende Ausländer zu kasernieren. Dazu soll in Schwalbach ein Ausländer-KZ angelegt werden, ähnliche Lager bestehen in anderen Gemeinden Hessens, die durch das Asylgesetz der Landesregierung aus 1980 zur Aufnahme „zugewiesener Asylanten“ verpflichtet sind.

Die Kreisdelegiertenkonferenz des DGB Frankfurt hat im Oktober 1980



mit verschiedenen Anträgen der Einzelgewerkschaften solchen Vorstößen entgegengehalten: „Der zunehmenden Gettobildung ... muß durch ein ausreichendes Angebot an Wohnungen zu erschwinglichen Mieten entgegenge-wirkt werden“ (ÖTV). „... fordern den DGB-Landesbezirks- und Bundesvorstand auf, ... sich für die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für ausländische Arbeitnehmer ... einzusetzen“ (NGG). „... fordern die Bundesregierung auf, durch sofortige Änderung des Kindergeldgesetzes die Diskriminierung von ausländischen Arbeitnehmern zu beseitigen und gleiche Kindergeldsätze zu zahlen“ (DPG). „... fordern den DGB-Bundesvorstand auf, ... einzuwirken, daß die Erteilung der Arbeitserlaubnis unabhängig von der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes gewährleistet wird, und sich weiterhin dafür einzusetzen, daß Arbeitnehmer deutscher und ausländischer Nationalitäten gleichbehandelt werden“ (DPG, ÖTV). Eine Initiative „Kommunalwahlrecht für Ausländer“ legte März 1981 in Frankfurt 100000 Unterschriften für diese Forderung vor.

## MTV Einzelhandel

### Kapitalisten: Kleinbetriebe ausklammern

Seit über einem Jahr laufen Verhandlungen über den Manteltarif im bayerischen Einzelhandel. Der Manteltarifvertrag ist am 31.12.1979 gekündigt worden. Die Große Tarifkommission hat Forderungen zu folgenden Schwerpunkten beschlossen:

– **Arbeitsverhältnis:** Jeder Arbeitsvertrag bedarf der Schriftform, in der Art und Umfang der Tätigkeit, Einsatzort und Arbeitsplatz festgelegt sind, ebenfalls die tarifliche Eingruppierung, Arbeitszeit und Arbeitszeitlege für Teilzeitbeschäftigte, Aufschlüsselung aller Bezüge (bisher gibt es gerade für Teilzeitbeschäftigte oft keinen Vertrag oder die Klausel, daß sie überall eingesetzt werden können).



– **Mehr-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit:** Mehrarbeit ist jede über die vereinbarte tägliche Arbeitszeit hinausgehende Arbeitszeit, ebenso für Teilzeitbeschäftigte. Die tägliche persönliche Arbeitszeit darf maximal an 30 Tagen im Jahr bis zu zwei Stunden verlängert werden (AZO). Jede Stunde Mehrarbeit ist mit 1 ½ Stunden Freizeit (bisher eine Stunde) bzw. mit 50% Zuschlag zu vergüten. **Nachtarbeit** ist die Arbeit zwischen 19 Uhr (bisher 20 Uhr) und 6 Uhr morgens, **Sonn- und Feiertagsarbeit** die Arbeit zwischen 19 Uhr vor und 6 Uhr nach einem Sonn- und Feiertag. Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit sind grundsätzlich zu vermeiden und nur im Notfall durchzuführen. **Zuschläge** von 75% für Nachtarbeit (bisher 30%) und 100% für Sonntagsarbeit und 200% für Feiertagsarbeit sind gefordert, bei Wechsel- schicht 25% (bisher 10%).

– **Teilzeitarbeit:** Die tägliche Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten darf vier Stunden nicht überschreiten, Verträge

Beschäftigte je Betrieb	% aller Beschäftigten im Einzelh. Bayern
1 bis 2	41 636 = 58,3%
3 bis 5	16 817 = 23,6%
6 bis 9	6 760 = 9,5%
10 und mehr	6 146 = 8,6%

Zahlen für 1979, Quelle: Bayern in Zahlen, 1/81.

#### Durchschnittliche Monatsbruttolöhne 1979 verschiedene Branchen

Chemie	2764 DM
Bau, Steine, Erden	2537 DM
Schuhindustrie	2031 DM
Einzelhandel	1828 DM

(Angestellte, Quelle: Stat. Jahrbuch Bayern)

mit weniger als 20 Wochenstunden sind unzulässig. Pro Betrieb darf der Anteil der Teilzeitbeschäftigten (im Verkauf) 30% der Gesamtzahl der Beschäftigten nicht überschreiten. Anspruch auf alle betrieblichen Leistungen.

– **Auszubildende:** U.a. volle Fahrtkostenerstattung, Übernahme nach der Ausbildung bzw. Kündigung drei Monate vor Ablauf der Ausbildung.

– **Kündigungsschutz und Abgruppierungsschutz** für ältere Beschäftigte.

Über den hohen Anteil von Teilzeitbeschäftigten und Lehrlingen im Handel und die Beschäftigten in kleineren Betrieben bzw. Filialen, die keinen Betriebsrat haben, treiben die Kapitalisten die verstärkte Arbeitshetze und Lohndrückerei voran. Die Forderungen der HBV sind gut geeignet, die Lage gerade dieser Beschäftigten zu verbessern und damit die Bedingungen in der gesamten Branche. Gerade aus diesem Grund sind aber die Verhandlungen auch so zäh und eine Einigung

nicht in Sicht. Denn gerade bei den Forderungskomplexen zur Teilzeitarbeit und zu den Auszubildenden blocken die Kapitalisten ab. Bei den Bestimmungen zur Teilzeitarbeit hätten sie gern eine weitere Aufweichung, um variable Arbeitszeitsysteme (Abruf nach Bedarf) besser einführen zu können. Fahrtkostenerstattung für Lehrlinge wie auch 1980 Urlaubsverlängerung für Lehrlinge wird abgelehnt.

Gegenwärtig scheint eine Einigung nur möglich beim Kündigungs- und Abgruppierungsschutz für ältere Beschäftigte. Aber auch hier wollen die Kapitalisten Beschäftigte in Betrieben mit unter 20 Beschäftigten ausklammern. Dem stimmt die HBV jedenfalls beim Abgruppierungsschutz nicht zu. Beschäftigte, die 55 Jahre alt und 15 Jahre im Betrieb sind, sollen 1 ½ Jahre lang nicht abgruppiert werden dürfen (Vorstellung der HBV: 30 Monate) und nur noch fristlos kündbar sein. Streikfähig sei die HBV im bayerischen Einzelhandel nicht, so S. Kubiak (Landesbezirksleiter) auf der Mitgliederversammlung in Würzburg im November 1980. Er forderte die Mitglieder auf, die Tarifkommission zu unterstützen.

## HBV-Betriebsratswahlen Forderungen in der Tarifbewegung

Im Organisationsbereich der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen laufen die Betriebsratswahlen (1.3. – 30.5.) parallel zu den Lohnbewegungen in den großen Fachsparten Einzelhandel, Großhandel, Banken und privates Versicherungsgewerbe. Am 27.3. beginnen als letzte in der Folge der Tarifverhandlungen die für das private Versicherungsgewerbe. Im April sind die Wahltermine der großen Belegschaften. Immerhin rd. 30 000 Betriebsräte von insgesamt 250 000 werden im HBV-Bereich gewählt. Die Bewegung des Aufbaus neuer Betriebsräte, die 1978 viel Schwung bekommen hat, steigert sich noch. Fanden '78 in 5300 Betrieben Wahlen zu 26300 Betriebsräten statt, so sind diesmal rd. 15% mehr Belegschaften beteiligt, nämlich über 6000. Doch so erfreulich das ist: Von den etwa 4 Mio. Beschäftigten im privaten Dienstleistungs- bereich sind nur etwa 1 Mio. wahlberechtigt im Sinne des BetrVerfG. Drei Viertel sind von der minimalsten Interessenvertretung ausgeschlossen, weil sie entweder zersplittert in Kleinbetrieben arbeiten oder aber die Geschäftsleitung die Errichtung eines Betriebsrates bislang hat verhindern können.

Die HBV geht sicherlich gut vor- bereit im Vergleich zu früher in die

Auseinandersetzung um die Betriebsräte. Ausdrücklich soll die Verbindung zum Tarifikampf in den Betrieben bis hin zu außerordentlichen Betriebsversammlungen, „aktiver Pause“ und ähnlichen Aktionsformen hergestellt werden. Inhaltlich hat die HBV fünf Problemkreise festgelegt, zu denen die Gewerkschaftsforderungen propagiert werden sollen:

1. „Rationalisierung“, mit den Gesichtspunkten Arbeitsplatzvernichtung, Einkommensverlust, Leistungsverdichtung, Dequalifizierung und Abgruppierung

2. „Tarifpolitik“, wobei neben dem aktuellen Lohntarif der Rationalisierungsschutz in den einzelnen Bereichen zur Tarifierung ansteht, die Kapitalisten Verhandlungen aber verweigern.

3. „Betriebliche Sozialpolitik“ mit dem Schwerpunkt der betrieblichen Altersversorgung.

4. „Frauen“, wo die HBV sich gegen die Schaffung von Teilzeit-Arbeitsplätzen wendet. „Es (ist) notwendig, die Arbeitszeiten für Männer und Frauen zu verkürzen und genügend Einrichtungen bereitzustellen, um die Familien zu entlasten ... Teilzeitarbeit muß generell in die Sozialversicherung und die Tarifpolitik einbezogen werden.“ („Argumente, Aktionen, Materialien“ des HV der HBV)

5. „Jugend“, vor allem die Beurteilungssysteme. Praktisch nutzen die Kandidaten der HBV ihre Möglichkeiten, während der Arbeitszeit Wahlkampf zu machen, aus, indem sie die „Tarifinformationen“ des HV, die bisher viermal erschienen sind, verbreiten und die von einzelnen Betriebsgruppen verfaßten betrieblichen Flugblätter. Auf der Auftaktsveranstaltung zu den Betriebsratswahlen des Landesbezirks NRW am 14.2. berichtete eine Kollegin von der Betriebsgruppe der HBV bei der DKV/Köln über den jahrelangen Aufbau der Gewerkschaft im Betrieb und ihre Betriebsarbeit. Im „Ausblick“, der Zeitung der HBV, läuft seit Anfang '81 eine entsprechende Artikelserie.

In den letzten Wahlen erreichte die HBV 13987 Sitze, die konkurrierende DAG 3405 und unorganisierte Kandidaten 8276. Die HBV hat im letzten Jahr 17292 neue Mitglieder organisiert, in den letzten Jahren 94205, und einen Stand von derzeit 351328 erreicht. Der enorme Mitgliederzuwachs muß sich nicht unmittelbar in einem entsprechend deutlichen Wahlsieg niederschlagen, wie auch die ersten Ergebnisse andeuten. Ein Grund dafür ist bestimmt die Tatsache, daß die HBV selber mehr als jede andere DGB-Gewerkschaft in mehr als hundert Tariffachgruppen und -gebiete aufgliedert und eine Konzentration und Vereinheitlichung der Organisationskraft schwerfällt.



Nürnberg: Demonstration Nürnberger Schüler am 13.3. — Pressekonferenz der Staatsanwaltschaft und des Polizeipräsidenten Kraus

### Bayern/Baden-Württemberg

## Strauß und Späth proben „Neuen Kurs“ der CDU/CSU — abgekarteter, aber weitreichender Vorstoß der Reaktion



Ein christlich-

28.2. Rückmarsch der über 50000 Teilnehmer an der Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf. Während in den ersten Kommentaren des Fernsehens noch von „Erleichterung“ und „Zufriedenheit“ im Lager der bürgerlichen Parteien und der Regierung die Rede ist und der Bundesverband der Bürgerinitiativen einen „grandiosen Erfolg“ zu vermelden versucht, haben fachkundige Kreise der Reaktion längst Lunte gerochen. In den späten Abendstunden erscheinen ‚Bild‘ und ‚Welt am Sonntag‘ mit den Schlagzeilen: „Schlacht um Brokdorf — der Sturm der 100000“ und „Polizisten brannten wie Fackeln“. Selbige Polizisten erscheinen am Aschermittwoch, vier Tage später, gut gelöscht und wohlverpackt in der Rede von Strauß in Passau, diesmal als Objekte rechtsstaatlicher Schutzaufgaben gegen Demonstranten. Am Sonntag und Montag läßt Stoltenberg an einem Tischchen vor den Fernsehkameras Abgründe von Gewalt auftun. Bis

Mittwoch hatten dann Stoltenberg, Kohl, Strauß und Späth den „Neuen Kurs“ soweit vorpräpariert, daß aus dem Demonstrationsrecht das Demonstrationsstrafrecht und aus ihrer Forderung nach Einschränkung des Demonstrationsrechts die Ausweitung des Demonstrationsstrafrechts geworden war. Schutz des Staates zur Sicherung der Freiheit sollte die Brücke werden, auf der sich später auch die Liberalen wieder vereinnahmen ließen, deren zwischenzeitliches Verprellen so-



... demokratischer ...

wohl eingeplant wie unvermeidlich war.

Die Aschermittwochrede von Strauß und Lothar Späths Ankündigungen vom „harten Durchgreifen“ trieffen von der Absicht, eine noch unerfahrene Bewegung unter der Jugend durch fortschreitende Provokationen von ihren Anliegen abzubringen und durch staatshoheitliche Züchtigung niederzumachen, noch bevor sie sich etwa auf Forderungen einigen oder gar mit der Gewerkschaftsbewegung verbinden könnte.

Bis spätestens Mittwoch, den 4.3., sind die notwendigen Vorbereitungen und Absprachen für den „Neuen Kurs“ in Anwendung getroffen. Innenminister Baum wird in Stuttgart über das Nötige unterrichtet.

Zu finden waren rechtsverstößliche Ansammlungen von Jugendlichen, die ihren Grund nicht im Mangel an Wohnraum haben sollten, damit Strauß und Späth nicht gleich die ganze Bewegung gegen die Unterversorgung mit Wohnraum auf den Hals bekämen. Sie waren schon lange gefunden: der Schwarzwaldhof in Freiburg, ein besetzter Gebäudekomplex, der teilweise als Wohnraum, vor allem aber als Kulturzentrum benutzt wurde, und das „KOMM“ in Nürnberg, ein nach langen Auseinandersetzungen mit der Stadt genehmigtes und finanziell unterstütztes Jugend- und Kulturzentrum.

Am Donnerstag, dem 5.3., fahren gegen 20.00 h die ersten Mannschaftswagen vor dem KOMM auf. (Die bayrische Polizei ist unter Landes-CSU-



... Ministerpräsident

Führung, im Stadtrat Nürnberg hat die SPD die Mehrheit). Als danach in der Stadt einige Scheiben zu Bruch gehen, wird das KOMM umstellt, die über 140 Besucher werden wegen „dringenden Tatverdachts“ festgenommen, Haft-richtern vorgeführt und nach richterlicher Abzeichnung von kopierten Haftbefehlen in Untersuchungshaft gesteckt. Die CSU-Landesregierung wendet „streng rechtsstaatlich“ einen Grundsatz an, der seine technischen Grenzen nur im Fassungsvermögen von Gefängnissen und zweckentsprechenden Lagern findet.

In Baden-Württemberg muß Späth einen kleinen rechtlichen Umweg gehen. Er führt über das Regierungspräsidium Freiburg. An besagtem Donnerstag erläßt das Regierungspräsidium Freiburg eine Dienstanweisung an die Ortspolizeibehörde Freiburg nach nächtlichen Durchsuchungen und 70 Festnahmen im Schwarzwaldhof. Die Ortspolizeibehörde solle „bis spätestens 6. März 12.00 ... insbesondere die notwendigen polizeilichen Verfügungen erlassen“. Die Ortspolizeibehörde tut wie geheißen, sie verordnet, daß niemand den Schwarzwaldhof zu betreten hätte, und fordert dann die schon wartenden 6000 Mann Landespolizeitruppen an (zu den Einzelheiten s. Pol. Ber. 6/81). Demonstrationen finden in Freiburg, Nürnberg und vielen Städten der BRD statt, und auch Hausbesetzungen.

Jedenfalls, der „Neue Kurs“ zeitigt Folgen, die Tandler am 11.3. im bayerischen Landtag verallgemeinert zur Forderung nach Gummigeschossen und Brechmitteln gegen Demonstranten und zur zwingenden Erkenntnis: „Es kann auch Situationen geben, in



Demonstration in Freiburg am 13.3. 20000 beteiligen sich. Aufgerufen hatte die Aktionseinheit „Für Freigabe des Schwarzwaldhofes als Wohnraum und Kulturzentrum“

denen auch der Schußwaffengebrauch zur Diskussion stehen muß.“ Am 13. fordert der bayerische Justizminister Hillermeier im Bundesrat die Beibehaltung und schärfere Anwendung der § 88a und 130a.

Am Dienstag, dem 17., setzt der Freiburger Stadtrat seine von OB Keidel wegen Tumult abgebrochene Sitzung fort und beschließt den Abriß des Schwarzwaldhofes, dafür sollen angeblich Räumlichkeiten für ein Kulturzentrum zur Verfügung gestellt werden. Die Aktionseinheit hat über 6000 Unterschriften eingereicht, die notwendig sind, um eine Bürgerversammlung zu erreichen. In dem Maße, wie die Aktionseinheit die Parlamentspositionen der Grünen und Bunten im Stadtrat nutzt, sinnen CDU, FDP und der SPD-Oberbürgermeister auf ihre Entfernung. Schon hat Keidel in Umlauf gesetzt, man wisse ja aus Heidelberg, wie solche Leute zu entfernen seien. Dort war 1975 Helga Rosenbaum

als Gemeinderätin des KBW ausgeschlossen worden, die gegenwärtig bereits seit über einem Jahr wegen Verstößen gegen die Gemeindeordnung in Haft ist.

In Bayern kann sich die SPD zwar an die Spitze der Kritik an „Justizskandalen“ stellen, die es freilich gibt, aber in ersten gewerkschaftlichen Erklärungen des DGB-Landesbezirksvorstandes und des Ortsvorstandes München der HBV werden die Ziele der Landesregierung angegriffen und eine Änderung der Wohnungspolitik gefordert. In München bereitet eine Aktionseinheit von ca. 20 Organisationen für den 4.4. eine Demonstration gegen die Politik der bayerischen Landesregierung vor. In Freiburg hat die Aktionseinheit für Freigabe des Schwarzwaldhofes über die Stadträte der Grünen und Bunten für den 11.4. die Überlassung der Stadthalle für eine Großveranstaltung durchsetzen können.

## „Besitzrechte bei leerstehenden Wohnungen verwirkt“

Die nachfolgenden Zitate wurden einer Erklärung der Aktionseinheit, die sich in Freiburg für die Rückgabe des Schwarzwaldhofes und seine Nutzung als Wohnraum und Kulturzentrum einsetzt, entnommen, die am Samstag, den 14.3. am Tag nach der Demonstration der 20000 beschlossen wurde.

„Wir erklären eindeutig: Wer auf die Isolierung eines angeblich gewaltwütigen, radikalen Kerns spekuliert, wer glaubt, uns spalten zu können in Gewaltfreie und Gewalttätige, der muß wissen, daß uns die Verfolgung einheitlicher Ziele und die Durchsetzung konkreter Forderungen ge-eint hat trotz unterschiedlicher Grund-auffassungen. Deshalb kann nur die Erfüllung unserer Forderungen „Entspannung“ bringen. (...) Wir unterstützen die Besetzer des Schwarzwaldhofes und kämpfen jetzt weiter gemeinsam mit ihnen für die Rückgabe des Schwarzwaldhofes als Wohnraum und Kulturzentrum, weil für viele junge Menschen angemesse-

ner Wohnraum unerschwinglich ist, weil insbesondere die Jugend bei der Entfaltung ihrer Kultur und ihrer Art des Lebens durch staatliche, kirchliche und andere Bevormundung gegängelt und unterdrückt wird. Wir sind der Auffassung, daß (auch nach Art. 14, Abs. 2 GG) die Besitzrechte an Wohngebäuden, die leerstehen, oder von ihren Besitzern nicht mehr instandgehalten werden, verwirkt sind. Solche Gebäude sind der Verfügung und Nutzung derjenigen zu überlassen, die sich zu ihrer Instandhaltung verpflichtet haben und sie in eigener Regie und Verantwortung zur Nutzung übernommen haben. Wir fordern die Übernahme des Schwarzwaldhofes durch die Stadt und die Freigabe an seine Bewohner zur eigenständigen Nutzung.“

Der Aktionseinheit gehören an:

**Aus dem Schwarzwaldhof:** Bewohner des Schwarzwaldhofes / Kulturgruppe / Theatergruppe / Lebensmittel COOP / Autoreparaturwerkstatt / Schreinerei und Glaserei / Kinderladen / Gaststätte Pflasterstein / Cafe / Mocambo / Musikgruppen: Lilalucha, Soldiers of Fortune, UK Hitsville.

**Projekte:** Druckerei Grün / Druckerei Bundschuh / Buchhandlung Hecker / Buchhandlung Jos Fritz / Fabrik / Gruppe

Gras Offenburg / das Lager im Grün / Netzwerk / Radio Verte Fessenheim / Medienwerkstatt Freiburg / Reichsadler / Stadtzeitung.

**Studentengruppen und Fachschaften:** u-ASTA / GEW-Hochschulgruppe / Liberaler Hochschulverband / Kommunistische Hochschulgruppe / Marxistischer Studentenbund / Sozialistischer Hochschulbund / die Fachschaftsrate Physik, Völkerkunde, Politik, Romanistik, Geschichte, Geologie, Musikwissenschaft, Geographie, Klinik, Vorklinik, Jura, Basisgruppe Soziologie.

**Organisationen und Parteien:** Aktion Dritte Welt / Badischer Mieterring / Bund Westdeutscher Kommunisten / Bunte Liste / Deutsche Kommunistische Partei / Frauenzentrum / Gewaltfreie Aktion / Gruppe Internationaler Marxisten / Die GRÜNEN / Initiative für ein sozialistisches Forum / Jungdemokraten / Kommunistischer Bund / Kommunistischer Bund Westdeutschland / Kulturrökologische Bewegung / Marxistisch-Reichistische Initiative / Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend / Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten / Was wir wollen.

## 1919 Weimarer Reichsverfassung

Im Abschnitt „Das Gemeinschaftsleben“ heißt es zum Versammlungsrecht

„Art. 123: Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Versammlungen unter freiem Himmel können durch Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht und bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.“

Durch die Faschisten wurde dieses schon eingeschränkte Recht bereits im Februar 1933 per Notverordnung außer Kraft gesetzt.

## 1933 Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat

„Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1 Die Artikel ... 123 ... der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen ... des Vereins- und Versammlungsrechts ... auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.“

Im Grundgesetz für die BRD wurde das Versammlungsrecht in direkter Folge der Weimarer Verfassung so bestimmt:

## 1949 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art. 8 (Versammlungsfreiheit). Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.“

Mit dem Versammlungsgesetz vom Juli 1953 hat sich die westdeutsche Bourgeoisie dieses „beschränkende Gesetz“ geschaffen.

Wer dieses Recht nach dem Gesetz haben soll und wer nicht wird gleich in § 1 festgelegt.

## 1953 Versammlungsgesetz

„§ 1 Jedermann hat das Recht, öffentliche Versammlungen und Aufzüge zu veranstalten und an solchen Veranstaltungen teilzunehmen. Dieses Recht hat nicht,

1. wer das Grundrecht der Versammlungsfreiheit gemäß Artikel 18 des Grundgesetzes (Verwirkung von Grundrechten) verwirkt hat,

2. wer mit der Durchführung oder Teilnahme an einer solchen Veranstaltung die Ziele einer nach Art. 21 Abs. 2 des GG durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Partei oder Teil- oder Ersatzorganisation einer Partei fördern will.

3. eine Partei, die nach Art. 21 Abs. 2 des GG durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden ist, oder

4. eine Vereinigung, die nach Artikel 9 Abs. 2 des GG verboten ist.“



Metallarbeiterstreik 1954

## 1974 Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens

Auf Initiative von Bundesrat und CDU/CSU werden weitere Verschärfungen diskutiert und z.T. beschlossen, insbesondere für das „Vorfeld“, die §§ 88a und 130a.

Im Entwurf der CDU/CSU-Fraktion heißt es unter dem Punkt „Lösung“ dazu:

... ist jedoch auch der Gesetzgeber aufgerufen, durch Verbesserung von Strafvorschriften der Polizei, den Strafverfolgungsbehörden und den Gerichten ausreichende Handhaben zur Bekämpfung solcher gewaltsamer Übergriffe zu geben. Im Strafgesetzbuch sollen der zu weitgehend liberalisierte Tatbestand des Landfriedensbruchs und der Tatbestand der Androhung von Straftaten ergänzt werden.“



Polizeibrutalitäten gegen Studenten 1973

Die CDU/CSU-Fraktion versucht hartnäckig ihre Vorstellungen zum Demonstrationsrecht durchzusetzen und bringt Gesetzentwürfe ein.

## 26. April 1977 – Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion

„Artikel 4

... 8. Nach § 22 wird folgende Vorschrift eingefügt: Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften, Ton- und Bildträgern, Abbildungen und anderen Darstellungen zur Teilnahme an einer öffentlichen Versammlung oder einem Aufzug auffordert, deren Durchführung verboten oder durch vollziehbares Verbot untersagt ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.“

„Begründung: ... Der Entwurf sieht daher eine Abänderung des § 125 StGB dahingehend vor, daß auch derjenige mit Strafe bedroht wird, der sich nicht aus einer Menge entfernt, aus der heraus mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten begangen werden oder der sich einer solchen unfriedlichen Menschenmenge anschließt. Diese Strafandrohung soll erreichen, daß die nichtgewalttätigen Demonstranten oder Neugierige sich entfernen, um so den Gewalttätigen die Abschirmung unmöglich zu machen ...“ (CDU/CSU-Fraktion)

## 5. Oktober 1977 – Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion

„Artikel 5

§ 2 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

(3) Niemand darf in einer öffentlichen Versammlung oder einem Aufzug

1. Waffen bei sich tragen, es sei denn, daß er zum Erscheinen mit Waffen behördlich ermächtigt ist;

2. sonstige Gegenstände, die dazu geeignet und bestimmt

sind, zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet zu werden oder vor der Anwendung unmittelbaren Zwangs durch die Polizei zu schützen, mit sich zu führen;

3. sich maskieren oder sonst unkenntlich zu machen, es sei denn, daß die zuständige Behörde dies zugelassen hat, weil ein friedlicher Ablauf der Veranstaltung gewährleistet ist.“

Das verabschiedete Gesetz ist durch die Zielsetzungen der CDU/CSU-Fraktion geprägt.

## 25. Sept. 1978 – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge

„Artikel 1

... 5. In § 14 Abs. 1 werden vor dem Wort „anzumelden“ die Worte, „unter Angabe des Gegenstandes der Versammlung oder des Aufzugs“ eingefügt.

6. § 15 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die zuständige Behörde kann die Versammlung oder den Aufzug verbieten oder von bestimmten Auflagen abhängig machen, wenn nach den zur Zeit des Erlasses der Verfügung erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bei Durchführung der Versammlung oder des Aufzuges unmittelbar gefährdet ist.“

CDU/CSU machen einen weiteren Vorstoß

## 11. März 1981 – Bayerischer Landtag

... Daher müssen die gesetzlichen Vorschriften so umgestaltet werden, daß auch diejenigen bestraft werden können, die sich einer ersichtlich gewalttätigen Zusammenrottung anschließen oder sich daraus nicht entfernen, und die auf diese Weise die Gewalttätigkeit der Menge fördern ...“ (Justizminister K. Hillermeier)



Knüppelüberfall 1981

Gesetzestexte bis 1949 aus „Texte zur deutschen Verfassungsgeschichte“, bis 1981 aus Bundestagsdrucksachen

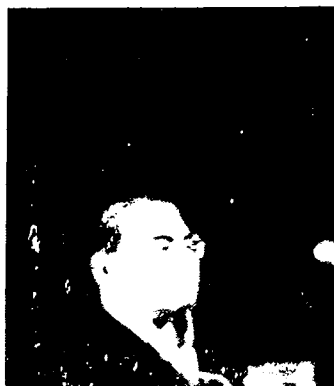
## GB: „Letzte Chance“ der Regierung

Drastische Erhöhungen beschloß die britische Regierung in ihrem diesjährigen Haushalt, dem Budget. Am 10. März, dem Budget-Day, traten folgende Steuererhöhungen in Kraft: Benzin 25 Pf. je Liter, Alkohol 40 Pf. mehr pro Liter Bier, 50 Pf. je Flasche Wein und 3 DM je Flasche Whisky, Tabak 60 Pf. je 20er Schachtel Zigaretten. Die Autosteuer wurde von 300 DM auf 350 DM im Jahr erhöht. Trotz einer großangekündigten einmaligen Sondersteuer auf die hohen Zinsgewinne der Banken enthält der Haushalt ansonsten für die Kapitalisten nur Zugeständnisse. U.a. senkte die Regierung die Strompreise und versprach ein Einfrieren der Gaspreise für Großkunden. Außerdem wird die Körperschaftssteuer gesenkt. In der Tory-Partei gibt es eine offene Revolte gegen diesen Haushalt, die Presse bezeichnet ihn als „letzte Chance der Regierung Thatcher“. Bei der Abstimmung über die Erhöhung der Benzinsteuern enthielten sich so viele Tory-Abgeordnete bzw. stimmten gegen ihre eigene Regierung, daß deren Mehrheit von mehr als 40 auf 14 Stimmen zusammenschrumpfte. Ein Tory-Abgeordneter gab wegen des Haus-

## IMB fördert Gewerkschaftsaufbau in Asien

Mit der vor kurzem in Djakarta (Indonesien) durchgeführten Asien-Konferenz, geleitet von dem japanischen Metallgewerkschaftsvorsitzenden Miyata (Bild), hat der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) seine Anstrengungen um die internationale Gewerkschaftseinheit verstärkt. Maßregelung von Gewerkschaftern, Behinderung der Gewerkschaftsarbeit und Ungleichgültigkeit gegenüber der nationalen Wirtschaftsentwicklung in den Entwicklungsländern Asiens warf die Konferenz den imperialistischen Kapitalinvestoren vor. Investitionsschwer-

punkte sind die sog. Exportzonen, wo Steuer- und Zollfrei-



heit sowie die polizeiliche Verfolgung jeder Gewerkschaftsaktivität locken; gegenwärtig gibt es in Asien 70 Exportzo-

nen. Niedriglöhne und zunehmend berufserfahrene Arbeitskräfte ermöglichen äußerst niedrige Produktionskosten. Nach einer IMB-Erhebung liegen die Stundenlöhne in Indien bei 0,2 \$, in Indonesien bei 0,47 \$, in Südkorea bei 0,82 \$, in Malaysia bei 0,65 \$ und in Singapur bei 1,04 \$ (USA: 5,4 \$). – Die Konferenz stellte fest, daß „die rasch zunehmenden Produktionsanlagen in Entwicklungsländern Asiens eine Grundlage für konzentrierte Organisationsarbeit der Gewerkschaften ... bilden.“ Die Zusammenarbeit der Metallgewerkschaften soll die gewerkschaftliche Organisierung und den Abschluß von Tarifverträgen in Asien fördern.

haltes seinen Übertritt in die neue Sozialdemokratische Partei bekannt.

## Streik brasilianischer Polizisten

Seit dem 12. März streiken die Polizisten in Salvador, einer Stadt in der nordbrasilianischen Provinz Bahia. Sie fordern einen Inflationsausgleich für ihre Gehälter und eine Anpassung der Löhne an den Sold der bewaffneten Streitkräfte. Das würde eine Erhöhung der Gehälter um nahezu das Dreifache bedeuten. Fast 10000 Polizisten sind an den

Auseinandersetzungen beteiligt. Der Gouverneur der Provinz wies ihre Forderungen zurück und setzte Soldaten aller Waffengattungen ein, um den Streik zu brechen. Bei Auseinandersetzungen mit den Streitkräften kamen zwei Polizisten ums Leben.

## EG gegen Selbstbestimmungsrecht

Bei Stimmenthaltung von Sozialisten, Kommunisten und einigen Christdemokraten hat das Europaparlament am 12. März Marokkos Krieg gegen die Unabhängigkeit der Demo-

kratischen Arabischen Republik (DARS) unterstützt. Entgegen UNO-, OAU- und Blockfreien-Beschlüssen, die das Selbstbestimmungsrecht des saharaischen Volkes bekräftigt haben, behauptet die EG-Resolution, die Nationalität der Bevölkerung der DARS sei nicht festgestellt. Drohend wird Algerien aufgefordert, sein Territorium nicht mehr für bewaffnete Angriffe auf Marokko zur Verfügung zu stellen. Die saharaische Nationalversammlung hat den Beschluß verurteilt. Die Algerienreise der Präsidentin des Europaparlaments Veil wird wahrscheinlich platzen.

## Zimbabwe: Konferenz über Aufbauhilfe

1 Mrd. \$ von den westlichen Imperialisten hatten die USA anlässlich der Londoner Rhodesien-Konferenz 1979 zugesagt, um die Patriotische Front Zimbabwes zu verpflichten, statt der entschädigungslosen Enteignung die weißen Landräuber nach der Unabhängigkeit des Landes auszukufen. 5200 weiße Siedler besitzen die fruchtbarsten Ländereien Zimbabwes und kontrollieren die Agrarproduktion, während 650000 schwarze Bauernfami-

lien in den unfruchtbaren Stammesgebieten sich kaum selbst ernähren können. Gezahlt haben die Imperialisten bislang so gut wie nichts und damit die überfällige Landreform – grundlegend für die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes – sabotiert (s. Pol. Ber. 3/81). Am 23.3. eröffnete Robert Mugabe, Ministerpräsident von Zimbabwe (Bild: in der UNO), eine fünftägige Konferenz über Wirtschafts- und Finanzhilfe für



Zimbabwe, die 2 Mrd. \$ für die Landreform und andere im Wirtschaftsprogramm der Regierung vorgesehene Aufbauaufgaben erbringen soll. Teilnehmer sind 44 Staaten, darunter die westlichen Imperialisten und die VR China, UNO-Organisationen und Banken. Die SU ist der Einladung nicht gefolgt. Bislang haben die westlichen Imperialisten 750 Mio. \$ zugesagt. „Eine Weigerung der internationalen Gemeinschaft, Zimbabwe bei seinem Umsiedlungs-, Wiederaufbau-, Landentwicklungs- und Ausbildungsprogramm zu helfen, würde die bösartigen Absichten des Apartheid-Regimes in Südafrika unterstützen, unsere Wirtschaft zu ruinieren und unser politisches System zu destabilisieren“, erklärte Mugabe. In den Monaten vorher hatte er wie auch andere Regierungsmitglieder angekündigt, bei einem Ausbleiben der Hilfe sei die Enteignung der weißen Siedler unumgänglich.

## Mauretanien: Putsch vereitelt

Am 14.3. drohte der marokkanische Außenminister dem Nachbarstaat Mauretanien: „Wir werden nicht mit verschränkten Armen zuschauen, wenn von mauretanischem Territorium aus Angriffe geführt werden.“ Zwei Tage später versuchte ein bewaffnetes Kommando, den mauretanischen Staatschef Ould Haidalla zu ermorden. Die Armee konnte den Putschversuch ersticken. Ermittlungen ergaben, daß das Kommando in einer marokkanischen Militärbasis trainiert worden und über Paris und Senegal eingereist war. Seit Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Mauretanien und der für die Unabhängigkeit der von Marokko beanspruchten Westsahara kämpfenden FPOLISARIO hat Hassan II wiederholt versucht, seine Isolierung in der Region durch Intervention in Mauretanien zu durchbrechen.



## Südafrika

# Die westlichen Imperialisten verstärken die Hilfe für das Siedlerregime

Erfreut vermeldet die westdeutsche Bourgeoisie eine weitere Steigerung der Exporte in die „Republik Südafrika“. Von 1978 auf 1979 ist es den westdeutschen Imperialisten gelungen, vom dritt- zum zweitgrößten Handelspartner des Siedlerregimes aufzusteigen und Großbritannien zu überrunden, die USA sind nach wie vor der größte Handelspartner. Zusammen halten diese drei fast 50% des südafrikanischen Außenhandels in ihren Fingern. Die Investitionen von Großbritannien, BRD und USA hielten 1976 knapp 90% der gesamten ausländischen Investitionen, davon besaßen britische Imperialisten 6 Mrd. \$, die USA 1,7 Mrd. und die westdeutschen Imperialisten über direkte und indirekte Investitionen ca. 1,2 Mrd. \$. Für die EG ist Südafrika der zweitgrößte Kohlelieferant nach Polen. Die westdeutschen Imperialisten beziehen außer Eisenerzen die für die Stahlproduktion wichtigen Erze Nickel, Mangan, Chrom, Molybdän und Vanadium. Über Belgien erhalten sie Uran aus den namibischen Förderstätten.

1966 hat die UNO-Vollversammlung das südafrikanische Mandat über Namibia beendet und einen Rat eingesetzt, der den Abzug der Siedlertruppen überwachen und Wahlen einleiten sollte. 1980 erklärt die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen: „Namibia ist umstrittenes Mandatsgebiet, das gegenwärtig wie eine selbständige Provinz verwaltet wird, aber wirtschaftlich mit Südafrika verbunden ist.“ Bis 1969 haben die westlichen Imperialisten verhindert, daß Maßnahmen zur Durchsetzung des UNO-Beschlusses über Namibia ergriffen wurden. Dann setzen die Länder der Dritten Welt durch, der Siedlerregierung wenigstens einen Zeitpunkt für den Abzug zu setzen. Nachdem das nicht geschieht, empfiehlt die UNO-Vollversammlung ein Waffenembargo gegen Südafrika, der Sicherheitsrat schließt sich dieser Empfehlung an. Die militärische Ausrüstung des Siedlerregimes beweist, daß das Embargo nicht eingehalten wird, seine wirtschaftliche Unterstützung durch die USA, Großbritannien und die BRD nimmt zu.

1971 verurteilt die UNO-Vollversammlung gegen die Stimmen u.a. Großbritanniens und der USA die „fortgesetzte und wachsende Zusammenarbeit gewisser Staaten und ausländischer Wirtschaftsinteressen mit Südafrika auf militärischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet“.

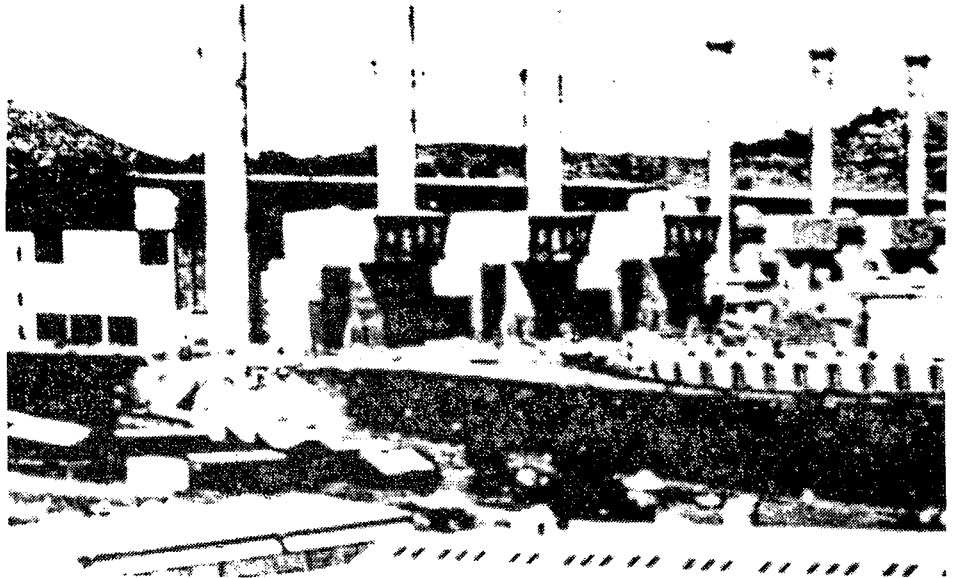
Südafrika wird aufgefordert, sowohl aus Namibia abzuziehen als auch die Apartheid-Politik zu beenden. Das Siedlerregime verstärkt seine Truppen in Namibia und die Unterdrückung der azanischen Befreiungsbewegungen. Die Entfaltung des Befreiungskampfes kann es jedoch nicht verhindern.

1974 beantragen Länder der Dritten Welt den Ausschluß der Republik Südafrika aus der UNO, der Ausschluß scheitert am gemeinsamen Veto von USA, Frankreich und Großbritannien. Die BRD stimmt ebenfalls gegen den Ausschluß, den Ausschluß der südafrikanischen Delegation von der Teilnahme an der Vollversammlung können sie jedoch nicht verhindern.

Die südafrikanische Regierung zettelt derweilen in Namibia die „Turnhallenkonferenz“ an. Daraufhin kann im Sicherheitsrat der UNO auf Antrag der afrikanischen Staaten ein verbind-

gierung vor, Südafrika möge seine Truppen in Namibia auf 1500 Mann reduzieren, einen Waffenstillstand mit der SWAPO schließen und Wahlen unter Aufsicht der UNO durchführen lassen. Die SWAPO erklärt, sie stimme dem Vorschlag zu, die Zugehörigkeit der Walfischbucht, auf die Südafrika Anspruch erhebt, stehe nicht zur Verhandlung. Der Anspruch auf die Walfischbucht ist für Südafrika die offizielle Begründung, die Verhandlungen platzen zu lassen. Die „Kontaktgruppe“ hatte erst gar nicht Stellung genommen zu den Gebietsansprüchen des Siedlerregimes.

Obwohl die UNO-Vollversammlung schon 1977 die SWAPO als alleinige Vertreterin des namibischen Volkes anerkannt hat, bei Stimmenthaltung von BRD, Großbritannien und der USA, hat dies bisher noch keiner dieser Staaten getan. Stattdessen festigen sie die wirtschaftlichen Beziehungen, auch wenn die politischen Beziehungen eingefroren erscheinen. So sieht sich das Statthalterregime ermutigt, von Namibia und Azania aus Überfälle gegen Angola, Mozambik und Zimbabwe zu unternehmen, diese Überfälle reißen bis heute nicht ab.



Urananreicherungsanlage in Azania, gebaut mit Unterstützung der britischen Imperialisten. Zimbabwe hat beschlossen, keine Arbeiter mehr in die südafrikanischen Minen und Fabriken zu schicken, obwohl dies hohe Kosten verursacht.

liches Waffenembargo durchgesetzt werden. Den Bestrebungen der Länder der Dritten Welt, einen Wirtschaftsboykott durchzusetzen, um dem Siedlerregime seine Grundlagen zu entziehen, widersetzen sich Großbritannien, Frankreich und die USA durch ihr Veto. Stattdessen setzen sie im Sicherheitsrat die Bildung einer „Kontaktgruppe“ durch, die aus den Außenministern der BRD, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA besteht. Die Kontaktgruppe schlägt nach parallelen Verhandlungen mit der SWAPO und der südafrikanischen Re-

Über Jahre haben sich die BRD, Großbritannien und die USA enthalten bei Abstimmungen in der UNO und im Sicherheitsrat. Jetzt scheint ihnen der Zeitpunkt gekommen, diese Enthaltungen als Begründung zu nehmen, sich auch öffentlich nicht an die UNO-Beschlüsse zu halten. Die US-Regierung hat in der letzten Woche eine südafrikanische Militärdelegation und eine Delegation der illegalen „Turnhallenregierung“ nach Washington vorgeladen und versucht jetzt nachträglich, den Besuch als ein „Versehen“ bei der Visa-Zuteilung zu vertuschen.

## Pakistan

### USA wollen Garantiemacht werden

Seit Monaten halten die USA Pakistan hin. Angesichts von auf fast 12 Mrd. \$ aufgelaufenen Schulden fordert die Militärregierung Zia ul Haqs die Umschuldung, um sich wenigstens von den drückendsten Verpflichtungen zu befreien. Die USA als größter Gläubiger lehnen ab.

Jetzt hat die Reagan-Regierung das Ansinnen gestellt, Waffen für afghanische Widerstandsorganisationen durch Pakistan zu transportieren. Sie will sich damit nicht nur in die afghanische Befreiungsbewegung einkaufen, sondern Pakistan zum Stützpunkt gegen die Sowjetunion ausbauen.

„Innere“ ist die Militärregierung Zia ul Haqs isoliert. Seit Januar führen die Lehrer Kampfaktionen gegen ein neues Personalgesetz durch, das sie jeder Rechte beraubt. Im Februar brach sich die tiefe Unzufriedenheit der Stu-



1200 km Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan. Bild: Khaiber-Paß.

dentennmassen in großen Demonstrationen und Streiks. Bis heute hält die Regierung mehrere Universitäten geschlossen. Rechtsanwälte und Richter wehren sich gegen die Tätigkeit der Militärgerichte, die inzwischen die Gerichtsbarkeit weitgehend beherrschen. Es scheint nur eine Frage der Zeit, bis sich die Arbeiterklasse und vor allem die Bauernmassen gegen drückende Armut und Unterdrückung erheben. Im Februar bildete die vom früheren Ministerpräsidenten Bhutto gegründete Partei Pakistan's People's Party mit acht anderen Organisationen eine Einheitsfront gegen Ausnahmezustand, Kriegsrecht, für Demokratie und freie Wahlen.

Nur durch Massenverhaftung und den Einsatz der Armee kann sich die Militärregierung derzeit halten.

Diese Situation also versuchen die US-Imperialisten, für sich zu nutzen.

Ob es ihnen gelingt, ist derzeit noch offen, denn die Position Pakistans ist zweideutig. Zwar deutet Zia ul Haq an, daß als Vorbedingung die 1969 mit den USA abgeschlossene Sicherheitsvereinbarung in einen Sicherheitspakt umgewandelt werden müßte – die USA würden damit Garantiemacht in Pakistan, für diesen Fall bieten sie 1 Mrd. \$ hauptsächlich „Militärhilfe“. Andererseits aber reagierte die pakistanische Regierung mit einem Nein auf das Ansinnen, Pakistan für die US-Waffentransporte zu benutzen: Die Beziehungen zur „islamischen Welt“ und zur VR China seien und blieben die Hauptpfeiler der pakistanischen Außenpolitik.

## Iran

### Streit um weiteren Kurs der Revolution

Mit einem „Machtwort“ hat Ayatollah Chomeini am 16. März versucht, die andauernden heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der iranischen Führung vorerst zu beenden. Solange der Krieg mit Irak andauert, sollen die führenden Politiker keine öffentlichen Reden mehr halten. Am 5. März war es bei einer Rede von Präsident Bani Sadr in der Teheraner Universität zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Eine dreiköpfige Kommission aus Vertretern Chomeinis selbst und der beiden streitenden Parteien – um Bani Sadr einerseits und die Islamisch-Republikanische Partei (IRP) andererseits – soll jetzt die Meinungsverschiedenheiten und die Vorwürfe der IRP gegen die Kriegsführung Bani Sadrs, der Oberkommandierender bleibt, untersuchen. Ob es mit der Kommission gelingt, den Streit um den weiteren Kurs der Revolution zu entscheiden, ist fraglich.

Bani Sadr war im Januar 1980 mit 70% der Stimmen auf einem Programm gewählt worden, das antiimperialistische Wirtschaftsreformen vorsah: Landreform, Nationalisierung der Banken, Versicherungen und Großbetriebe. Insofern besiegelte die Wahl die Niederlage der gemäßigt bürgerlichen Strömung, die die erste Revolutionsregierung unter Bazargan gestellt hatte. Im Mittelpunkt des jetzigen Streits stehen jedoch nicht die genannten Maßnahmen; erst kürzlich hat das Parlament auch den Außenhandel nationalisiert. Vielmehr geht es um den Charakter der Staatsmacht.

Bani Sadr tritt für die Konsolidierung der verfassungsmäßigen Staatsorgane – auch unter Beziehung früherer Schah-Offiziere und -beamter – ein, auf Kosten der direkt aus der Revolution hervorgegangenen Machtor-gane, die weitgehend vom Klerus kon-



Iranische Truppen an der Front

trolliert werden. Die von hohen Geistlichen geführte IRP dagegen will gestützt auf diese Organe alle anderen politischen Strömungen ausschalten, um ihre kleinbürgerliche Utopie von einer klassenkampflosen „islamischen“ Gesellschaft ungestört verfolgen zu können.

Dabei haben sich eigentümliche Allianzen gebildet. Bani Sadr wird heute sowohl von einem Teil der Basar-Bourgeoisie, die an „geordneten“ Verhältnissen interessiert ist, unterstützt, wie auch von den linksislamischen Mujaheddin, die um ihre politische Bewegungsfreiheit gegenüber dem Klerus kämpfen. Auf die Seite der IRP haben sich die prosowjetischen Kräfte geschlagen, vermutlich, weil ein Andauern der inneren Wirren im Iran nur dem „natürlichen“ Einfluß des mächtigen Nachbarn zugutekommt.

Daß beide Seiten die „Richtigkeit“ ihrer Linie im Krieg gegen Irak beweisen wollen, erschwert eine Beilegung des Konflikts – wie das Scheitern der islamischen Vermittlungsversuche zeigt – zusätzlich.

## Australien

### Regierung organisiert Streikbruch

Drei Wochen dauerte der Streik des Bodenpersonals der australischen Fluggesellschaft Qantas in Sydney. Zur gleichen Zeit streikten die Arbeiter auf den neuseeländischen Flughäfen (s. Pol. Ber. 6/81). Um den Streik niederzuschlagen, setzte die konservative Regierung Australiens Militärflugzeuge ein und konnte so eine eingeschränkte Flugverbindung nach Neuseeland aufrechterhalten. Nach Beendigung des Streiks verlangten die Gewerkschaften der Tank- und Raffineriearbeiter von der Fluggesellschaft Qantas die Zusage, daß sie bei künftigen Auseinandersetzungen weder Streikbrecher einset-

zen werde noch die Regierung zum Streikbruch anrufen werde. Da Quantas die Zusage nicht geben wollte, sperrten die Gewerkschaften die Treibstoffzufuhr für Quantas. Das Bodenpersonal führte den Streik, weil es eine stärkere Erhöhung der Löhne und Gehälter durchsetzen wollte, als die Nationale Schiedskommission für alle Industriebetriebe festgelegt hat.

Die Schiedskommission kann verbindliche Festlegungen über die Lohn-erhöhungen aussprechen auf Grundlage ihrer Berechnungen über die Steigerung der Lebenshaltungskosten. Für 1981 ist eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,7% vorgesehen, nach Angaben der Gewerkschaften liegt dies unter der Preissteigerungsrate.

Das Schiedsabkommen verbietet den Kapitalisten, andere Löhne zu zahlen, als tariflich festgelegt ist. Das macht es auf der einen Seite schwierig, betriebliche Lohnerhöhungen durchzusetzen; die Gewerkschaften beharren auf dieser Regelung, denn sie schützt vor allem vor untertariflicher Entlohnung. Mehrmals versuchten Kapitalisten, diese Festlegung zu umgehen, indem über Vermittler in Südkorea und Hongkong Arbeitskolonnen angeheuert wurden, denen Bezahlung etwas über dem heimischen Lohn zugesagt wurde; diese Löhne liegen jedoch weit unter den australischen.

Die Kapitalisten versuchen außerdem, die hohe Arbeitslosigkeit zu nutzen, um Arbeitskräfte für die ehrgeizigen Bergbau- und Veredelungsvorhaben umzuschulen, die dann zu niedrigeren Tarifen bezahlt werden sollen als bei Facharbeitern üblich. Da sich die Gewerkschaften dagegen zur Wehr setzen, bemüht sich die australische Regierung, den Einwandererstrom zu erhöhen und Facharbeiter aus Europa ins Land zu locken.

## US-Bergarbeiter Streiks gegen Reagan- Programm, für Lohn

Zehntausende Bergarbeiter demonstrierten vor einer Woche in Washington gegen die Streichung der ohnehin niedrigen Berufsunfähigkeitsrenten für 77000 Bergleute mit Staublunge. Werden die Reagan-Pläne (s. Pol. Ber. 6/81) Gesetz, müßten die durch die Profitgier der Grubenbesitzer zu Invaliden gemachten Bergleute von einer Rente vegetieren, die bei 20jähriger Betriebszugehörigkeit bei etwa 580 DM liegt. Wird die Streichung nicht zurückgenommen, hat die Bergarbeitergewerkschaft UMW mit einem allgemeinen Streik gedroht. Sie ist damit führende Kraft der US-Arbeiterbewegung gegen das Reagan-Programm.



Gleichzeitig steht die UMW in einem schweren Kampf um einen neuen Tarifvertrag, der 160000 US-Bergarbeiter erfaßt. Ihre Forderungen: Erhöhung des durchschnittlichen Stundenlohns von 10,10 \$ um 38% auf drei Jahre Wiedereinführung der Lohnindexierung an die Preissteigerungsrate, höhere Schichtzulagen, mehr bezahlte Urlaubstage, Erhöhung der Betriebsrenten – gegenwärtig 13,50 bis 15 \$ monatlich je Arbeitsjahr – auf ca. 20 \$. Außerdem verlangt die Gewerkschaft einen Vollzeit-Sicherheitsinspektor und eine Krankenschwester für jedes Bergwerk und Streikrecht bei gefährlichen Arbeitsbedingungen – die meisten Streiks in den Gruben sind gegen die Arbeitsbedingungen gerichtet. Daß nach der Einführung minimaler Sicherheitsvorkehrungen durch ein US-Bundesgesetz 1969 die Arbeitsproduktivität im Bergbau um 30% sank, spricht Bände über den hemmungslosen Raubbau an der Lebenskraft der Bergarbeiter durch die US-Grubenbesitzer. Aber auch nach dem Gesetz ist die Zahl der Unfälle mit Invaliditätsfolge kaum gesunken, sie lag 1978 bei 50 auf eine Million Arbeitsstunden.

Die US-Bergbaugesellschaften, meist kontrolliert von den Öl- und Eisenbahnmonopolen und zunehmend Anlagefeld für westdeutsche Energiekonzerne, haben in den letzten zehn Jahren die Belegschaften fast völlig ausgewechselt. Während noch 1970 die Altersgruppe von 45 bis 54 am stärksten besetzt war, sind es heute die Altersgruppen der 16 bis 24- und der 25 bis 34jährigen. 1000 Frauen arbeiten inzwischen unter Tage. Arbeitslosigkeit und vergleichsweise hohes Lohnniveau (55% über dem Durchschnitt der Industrie) sorgten für den Zustrom frischer Arbeitskräfte.

Das Kalkül der Bergbaugesellschaften, damit auch die gewerkschaftliche Kampfkraft zu schwächen, ist nicht aufgegangen. Als sie jetzt in den Verhandlungen von der UMW die Zustimmung zu „freiwilliger“ Sonntagsarbeit und zur Übernahme des bislang von

UMW und Kapitalistenverband kontrollierten Rentenfonds verlangten, bestreikten die Bergarbeiter 30 Kohlegruben im Osten der USA. Durch Streiks hat die UMW schon einzelnen Bergbaugesellschaften, die nicht dem Kapitalistenverband angehören, Zugeständnisse bei den Betriebsrenten und bei der Lohnindexierung abringen können.

Am 24.3. hat die UMW vorläufig einen neuen Tarifvertrag vereinbart, der Lohnerhöhungen um ca. 30% vorsieht, dessen genauer Inhalt bei Redaktionsschluß aber noch nicht bekannt war. Der alte Vertrag läuft am 27.3. aus. Möglicherweise streiken die 160000 Bergarbeiter – „kein Vertrag, keine Arbeit“ –, bis sie in einer Urabstimmung über den neuen Vertragsentwurf entschieden haben.

## Republik Irland Vorbei ist es mit den „Vorteilen der EG“

Die Bauern in der Republik Irland sind in großer Unruhe. Mit Demonstrationen und Protestkundgebungen fordern sie höhere Erzeugerpreise und niedrigere Zinsen. Die Unruhe dringt bis ins Parlament, Premierminister Haughey, der sich vor allem auf Abgeordnete aus ländlichen Bezirken stützt, plant auch aus diesem Grund vorgezogene Neuwahlen im Herbst.

1980 fiel das Einkommen der irischen Bauern um durchschnittlich 10%, während die Preise um 18,2% stiegen. Und die von den Banken kräftig erhöhten Zinsen sorgen dafür, daß das verfügbare Einkommen der verschuldeten Bauern – und welcher Bauer ist nicht verschuldet – noch einmal kräftig beschnitten wird. 1980 betrug das Realeinkommen der Bauern, so errechnete die Regierung, nur 45% von dem Einkommen des Jahres 1979.

Und die Entwicklung wird sich noch verschärfen: 1980 produzierten die Bauern schon 2,5% weniger Milch und reduzierten den Gesamtrinderbestand um 5%. Für 1981 bedeutet das Liefer-senkungen von 20 bis 25% an Fleisch und Milch.

Als Irland 1973 der EG beitrug, konnte es durch besseren Zugang zu westeuropäischen Märkten die Monopolstellung der früheren britischen Kolonialmacht als Hauptabnehmer lockern. Eine rasche Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion war die Folge, die zwar einherging mit der fortwährenden Vernichtung der Kleinbauern, aber den Boden abgab für die angebliche „Pro-EG-Haltung“ der irischen Bauern, die von der Regierung und der Presse beschworen wurde und der Rechtfertigung der EG-Mitgliedschaft diente.

Seit 1979, als Irland seine Währung vom Pfund Sterling löste und Mitglied des Europäischen Währungssystems (EWS) wurde, ist es damit vorbei. Irland importiert weiterhin fast alle Produktionsmittel und viele Verbrauchsgüter, und mehr als die Hälfte davon aus Großbritannien, das außerhalb des EWS blieb. Verbunden mit einer 25%igen Abwertung des irischen Punt gegenüber dem britischen Pfund über zwei Jahre wirkt sich die britische Inflation so verheerend in Irland aus und führte zu einer Inflationsrate von über 18,2%. Irlands Exporte gehen aber mehr und mehr in andere westeuropäische Länder mit niedrigeren Inflationsraten, zu deren Währungen das irische Punt durch das EWS im festen Wechselkurs steht. Für irische Waren erlösen die irischen Produzenten, in Punt ausgedrückt, also wesentlich weniger als noch vor zwei Jahren.

Dieser Mechanismus ist der unmittelbare Anlaß der Krise in der Landwirtschaft. Ursache ist die weiterhin bestehende halbkoloniale Struktur der Wirtschaft der Republik Irland, ein Resultat von Jahrhunderten britischer Kolonialpolitik mit dem Ziel, Irland in die Viehweide Englands zu verwandeln. Die EG setzt diese Politik fort, ergänzt die Viehweide nur durch das „Niedriglohnparadies“ für Montagearbeiten.

30000 kleine Bauern (von 220000) sind inzwischen berechtigt zur Sozialhilfe, also faktisch schon bankrott. Die Landflucht vergrößert die Arbeitslosenheere in den Großstädten. Zwischen 7 und 17% liegt die Arbeitslosigkeit, das weiß niemand so genau. Gute Bedingungen für den „profitabelsten Industriestandort in Europa“, wie die irische Regierung in einer Anzeigenkampagne wirbt.

## Kanada

# Staatsbesuch von Reagan: Die Widersprüche Kanada – USA sind lebhaft

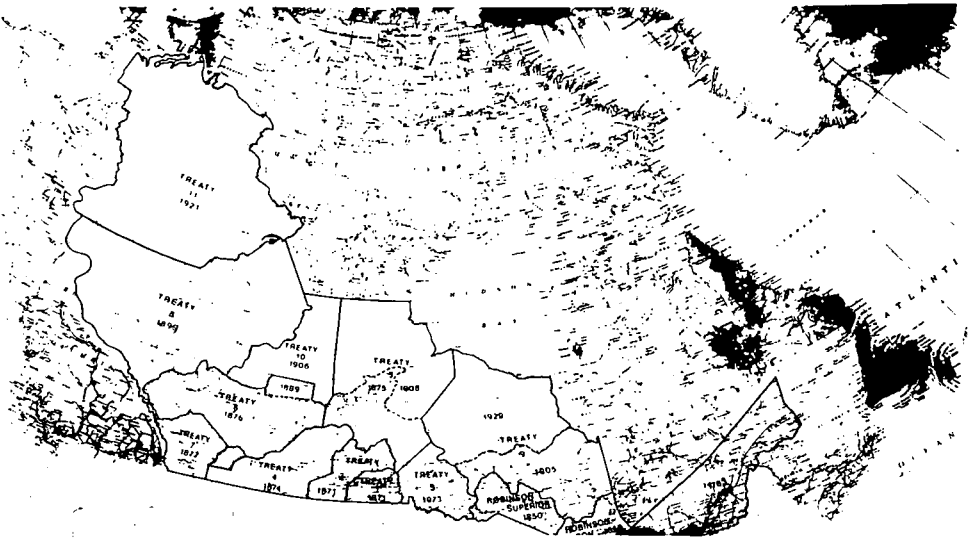
Seine erste Auslandsreise unternahm Präsident Reagan nach Kanada. Am Flughafen empfing ihn nicht der Ministerpräsident Trudeau, sondern der britische Generalgouverneur Schreyer als Vertreter der britischen Krone. Es war der erste Staatsbesuch eines US-Präsidenten seit fast neun Jahren.

Die kanadische Bourgeoisie sieht in den letzten Jahren immer weniger Grund, der US-Bourgeoisie die Bodenschätze und Arbeitskräfte des Landes zur freien Ausbeutung zu überlassen. Bei der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen hat die kanadische Delegation in mehreren Fragen mit den Ländern der Dritten Welt gestimmt, gegen die USA, EG und Japan. Die US-Regierung verlangt jetzt Änderung der ausgehandelten Verträge, nämlich „garantierten Zugang zu den harten Mineralien des Meeresbodens für den US-Bergbau“. – Im Oktober hat die Regierung Trudeau ein Energieprogramm vorgelegt, wonach bis 1990 50% der kanadischen Erdölindustrie in einen kanadischen Staatskonzern über-

OPEC-Staaten, durch gegenüber den US-Preisen überhöhte Preise und Monopolpraktiken eingesackt haben. Die Regierung Trudeau hat diese Studie am 4. März veröffentlicht – eine Woche vor Reagans Besuch. Reagan seinerseits erklärte vier Tage vor seiner Reise nach Kanada, das Fischereiabkommen Kanada – USA, das seit zwei Jahren fertig ausgehandelt vor dem US-Senat liegt, sei nicht zustimmungsfähig.

Erreicht hat Reagan eine Verlängerung des „Nordamerikanischen Verteidigungsabkommens“ NORAD um fünf Jahre und eine – freilich unverbindlich formulierte – Zusage zu gemeinsamen Sitzungen USA – Kanada – Mexiko über Wirtschafts- und Energiepolitik. Reagan will eine Art gemeinsamen Markt, also Niederreißung aller noch bestehenden Handels- und Kapitalschranken. Die Regierung Trudeau hat sich bisher recht energisch dagegen ausgesprochen.

In einer Ansprache vor den beiden Häusern des kanadischen Parlaments



Zug um Zug enteignet die britische Kolonialmacht die Indianer und Inuit

führt sein sollen. Die Entschädigung der ausländischen Konzerne, vor allem US-Kapital, will die Regierung über Steuern auf den Gas- und Benzinverbrauch finanzieren – als hätte nicht die kanadische Arbeiterklasse durch ihre Arbeit und als hätten nicht die kanadischen Massen durch die ihnen abverlangten Preise diese Konzernvermögen geschaffen. Auf 12 Mrd. \$ beziffert eine gerade erschienene Studie der kanadischen Regierung allein die Extraprofite, die die ausländischen Ölmongole zwischen 1958 und 1973, also vor der Preiskorrektur durch die

suchte Reagan die Parlamentarier für die Vorherrschaft des US-Imperialismus zu begeistern: „Wir müssen zusammenstehen, um die Unversehrtheit unserer Hemisphäre zu erhalten ... die Lebensfähigkeit ihrer Nationen, ihre Verteidigung gegen den importierten Terrorismus, die Rechte aller unserer Bürger auf Freiheit, gegen die Provokationen, die von außerhalb unserer Sphäre mit üblen Absichten begangen werden.“ Das ist seit Präsident Monroe 1823 die Doktrin „Amerika den Amerikanern“, nämlich den US-Amerikanern. Heute ist diese Doktrin gegen

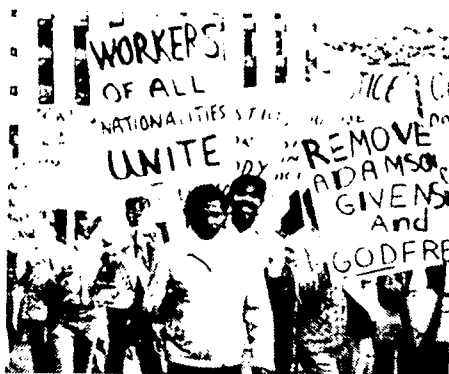
## Kanadische Indianer: Landraub geht weiter

Aus dem Bericht des 4. Russell-Tribunals über die Rechte der Indianer in Amerika

**Kläger:** Großer Rat über Vertrag Nr. 9 (Bund der Häuptlinge von Vertrag Nr. 9) als Vertreter der Nishnawbe-Aski-Nation

**Angeklagt:** Regierung von Kanada; Provinzregierung von Ontario

**Zusammenfassung:** Der Vertrag über James Bay, abgeschlossen 1905, umfaßt ein Gebiet von etwa 538000 Quadratkilometern. 40 indianische Siedlungen sind über das Gebiet verstreut, von denen 30 nur mit dem



Demonstration gegen Rassenunterdrückung

Flugzeug erreichbar sind. Die Bevölkerung zählt über 20000, das sind etwa 30% der gesamten Indianerbevolkerung von Ontario. Den Indianern wurde gesagt, sie würden einen *Vertrag über Frieden und guten Willen* mit dem König und anderen Weißen abschließen und als Gegenleistung eine bestimmte Unterstützung von der Regierung erhalten. Ihnen wurde nicht gesagt, daß die unwiderrufliche Aufgabe ihrer Landrechte ebenfalls Bestandteil des Vertrags war. Der Vertrag war auf englisch abgefaßt, was die Nishnawbe-Aski 1905 nicht verstanden. Sie vertreten den Standpunkt, daß Vertrag Nr. 9 *ungültig* ist, weil das wichtigste, nämlich *Einverständnis*, fehlte. Das indianische

Volk konnte sich nicht einverstanden erklären, weil die wirklichen Bestimmungen des Vertrages ihnen nicht vollständig erklärt worden waren.

**Zusammenfassung:** ... 1972 beschloß die Regierung von Québec, in mehreren Flüssen im nordwestlichen Teil der Provinz Wasserkraftwerke zu errichten. Mehrere indianische Stämme waren von diesen Maßnahmen betroffen, die Cri und Inuit ebenso wie die Attikamek, Montagnais, Algonquin und Naskapi. Nach mehreren gerichtlichen Schritten der Indianer und der Regierung begann die Regierung, Verhandlungen zu führen, jedoch nur mit den Cri, den Naskapi und den Inuit. Diese Verhandlungen führten zu zwei Verträgen: dem „Abkommen über James Bay und das nördliche Québec“ und dem „Abkommen über das nordöstliche Québec“, in denen die Cri, die Naskapi und die Inuit-Stämme ihre Landrechte abtraten. Da nur das kanadische Parlament einen Vertrag abschließen kann, mußte vom Parlament ein Gesetzentwurf behandelt werden. Also verabschiedete das Unterhaus eine Gesetzesvorlage (Gesetz C-9 vom 4. Mai 1977), in der diese Verträge ratifiziert wurden. Durch dieses Gesetz wurden jedoch alle Rechte und Rechtstitel der ursprünglichen Einwohner auf Land annulliert. *Dadurch hat das kanadische Parlament einseitig die Landrechte der Attikamek, Montagnais und Algonquin ebenfalls ausgelöscht.* Dies geschah trotz des scharfen und förmlichen Protests seitens der Attikamek und der Montagnais. Mehrere staatliche Gremien in Kanada haben diese einseitige Auslöschung von Landrechten mit ihren ersten Folgen für die genannten Stämme bereits verurteilt. Solange dieses Gesetz in Kraft bleibt und solange die kanadische Regierung nicht die territorialen Rechte der Attikamek, Montagnais und Algonquin anerkennt, stehen ihre Zukunft und ihr Überleben als Volk auf dem Spiel.

(Quelle: Workgroup Indian Project, P.O. Box 51322, 1007 EH Amsterdam)



Bau eines Wasserkraftwerkes an der James Bay

den Unabhängigkeitskampf der Völker Mittel- und Südamerikas gerichtet, andererseits gegen die Expansionstätigkeit der sozialimperialistischen Supermacht. 1823 richtete sich diese Doktrin gegen die europäischen Kolonialmächte, vor allem England und Spanien, gegen die sich die US-Bourgeoisie Märkte und Kolonien erkämpfen wollte.

1823 hatte sich die US-Bourgeoisie gerade damit abfinden müssen, Kanada nicht der englischen Krone abknöpfen zu können. Im Siebenjährigen Krieg, der in Amerika als „Französischer und Indianerkrieg“ geführt wurde, nahmen England und amerikanische Siedler Frankreich dessen Besitzungen in Amerika im wesentlichen ab, insbesondere das französische Kanada. Im Unabhängigkeitskrieg gelang es der amerikanischen Bourgeoisie nicht, Kanada mitzuziehen. 1812 erklärte die



Demonstration auf dem Parlamentshügel von Ottawa am 28.2.81.

rasch erstarkte US-Bourgeoisie England den Krieg, um die englische Seeherrschaft zu brechen und Kanada zu erobern. Die englischen Truppen waren in den Kriegen gegen Napoleon um die europäische Vorherrschaft in Europa gebunden, und die kanadische Militärruppe war klein. Die Vorstöße der US-Siedler wurden vor allem von den Indianervölkern zurückgeschlagen. Die Indianer wurden im Krieg aufgegeben; Kanada blieb der britischen Krone erhalten.

Einen staatlichen Zusammenhalt entwickelten die kanadischen Siedler zunächst nur in der Unterdrückung der Indianer und Inuit (Eskimo) sowie in der Abgrenzung gegen die USA. Die kanadischen Siedler waren nicht unbedingt treue Anhänger der britischen Kolonialmacht, oft mehr Gegner des Yankee-Chauvinismus. Die Eroberung der wirtschaftlichen Vormachtstellung der USA in Kanada vor allem seit dem 2. Weltkrieg untergräbt beständig diesen staatlichen Zusammenhalt: Die Warenströme Kanadas fließen nicht west-östlich, sondern nord-südlich. Aus den Industriezentren am Gebiet der Seen, aus den Weizenfeldern von Alberta und Saskatchewan, aus der Ölausbeute in Alberta bedienen sich die US-Imperialisten direkt.





*Dressed to kill*

## Durch Horror und Sex wird der „american way of life“ erst so richtig gemütlich

In verschiedenen Kinos der Bundesrepublik läuft jetzt der Horror Sex Film „Dressed to kill“. Buch und Regie sind von Brian De Palma, einem amerikanischen Regisseur, der durch Horror-Filme bekannt wurde. Der Ort der Handlung ist New York. Kate Miller, eine ca. 45jährige Frau mit einem begüterten Gatten und dem Sohn Pete im Teenageralter, ist Patient bei einem Psychiater. Ihm gesteht sie ein, daß ihr Mann sie im Bett nicht befriedigt. Bei einem Museumsbesuch trifft sie einen Mann, mit dem sie schläft. Als sie nach Hause gehen will, wird sie im Fahrstuhl von – wie es scheint – einer Frau mit einem Rasiermesser umgebracht. Liz Blake, ein Call-Girl, sieht einen Moment lang den Mörder im Fahrstuhl. Sie wird von ihm gejagt, denn sie ist die einzige Zeugin und Call-Girl noch dazu. Der Sohn von Kate Miller rettet ihr das Leben, als der Mörder sie umbringen will. Liz Blake und Pete sind der Ansicht, der Mörder müsse ein Patient von Dr. Elliott, dem Psychiater, sein. Also veranstaltet Liz einen Striptease bei Dr. Elliott, um an die Adressen der Patienten heranzukommen. Es stellt sich heraus, daß Dr. Elliott der Mörder ist, ein Transsexueller, dessen weiblicher Teil der Psyche ihm nicht gestattet, Erregung bei einer Frau zu empfinden. Die Frau muß dann sterben.

Der Film ist spannend gemacht, aber die Spannung entsteht durch die Gegenüberstellung von verlogenen gutbürgerlichem Leben und Brutalität eines Transsexuellen: Die Beteiligten im Film haben eben Geld, nur Liz verdient ihr Geld



als besseres Call-Girl; einen Psychiater hat man eben; wenn man mit jemandem anbandeln will, dann verliert man seinen Handschuh; wenn man nichts von ihm will, zeigt man ihm seinen Ehering. Brutalität gibt es von Seiten einer Bande Schwarzer, die das weiße Call-Girl verfolgen; Brutalität von Seiten eines Transsexuellen, von dem man ja sowas auch erwarten kann. Das wird nicht offen ausgesprochen, sondern dadurch erledigt, daß die Personen entsprechende, mit Vorurteilen besetzte, Rollen haben, die mit Brutalität untermauert werden. Man

sieht genau, wie das Rasiermesser der Frau durch Gesicht und Körper fährt. Das Blut spritzt die Verglasung des Fahrstuhls hoch. Man sieht, wie die blutende Hand der Frau unter den Schlägen des Mörders zuckt. Der Zuschauer wird dahin getrieben, die bürgerliche Ehe, in der die Frau nur noch mit dem Mann zusammenlebt, weil er das entsprechende Vermögen hat, und das gutbürgerliche Leben als Zuflucht zu sehen.

Kein Wunder, daß der Film von der Jugendfilmverleih GmbH an Kinos verliehen wird.



## Pornofilm – Angebot für Einsame

Eine namenlose gutsituierte Dame macht sich, hauptsächlich mit einem Pelzmantel bekleidet, mit ihrem Chauffeur auf nach Schweden. Der Weg zum Bahnhof reicht dem Regisseur des Films „Mademoiselle“ als Anlaß für eine Reihe von Geschlechtsakten. Nächstliegendes Objekt ist der Chauffeur, gefolgt von der Freundin samt deren erst zusehenden, dann aktiven Ehegatten. Unterdes kehrt Monsieur nach Hause zurück. Der Darsteller macht sich unverzüglich in einem längeren Kraftakt über das gelehrige Dienstmädchen her. Durch Wechsel der Schauplätze und häufige Schnitte wird ein Ersatz für die Entwicklung einer Geschichte geboten. Ebenso verstümmelt wie die Handlung ist das dramatische Element des Dialogs. Außer knappsten Wechselreden zum Aufreizen der Zuschauer, Handlungsanweisungen und Stöhnen gibt es fast keine Worte. Allenfalls werden physische Empfindungen artikuliert, von Gefühlen ist nicht die Rede. Sonst bloß Klaviermusik, teils mit Orchester. Ohne eigentliche Brutalitäten zeigt der Film die üblichsten Techniken, über weite Strecken darauf beschränkt, Körperteile unbekleidet und überdimensional in maschinenmäßiger Betätigung vorzuführen. Er suggeriert Befriedigung des aus der Zerstörung persönlicher Beziehungen übriggebliebenen Bedürfnisses nach Beischlaf und findet ein diskretes und trauriges Publikum, das die Abfolge von Erregung, Langeweile und Depressiertheit kennt.

## Verschrien, aber viel gelesen: Boccaccio

Hundert Novellen, jeweils zehn an einem Tag erzählt, durchflochten von einer Rahmenhandlung, bilden das 1350 von Giovanni Boccaccio geschriebene „Dekameron“. Schauplatz ist Florenz, zu der Zeit Republik. Daß es ein heimlich zu lesendes, da frivoles Werk sei, diesen Ruf hat ihm erst die deutsche Bourgeoisie verpaßt. Verpönt sein sollte mit diesem Vorurteil zugleich die treffende Kritik an der Willkür großer Herren und an den Institutionen der katholischen Kirche, der Verkommenheit der Papsttums und speziell des Mönchswesens, dessen Vertreter häufig als Gauner, die die Leute aus-

nehmen, und üble Heuchler in Sachen Sexualmoral erwisch werden.

Boccaccios Absicht ist, das beispielhafte Verhalten von zehn reichen jungen Leuten darzustellen, die durch selbstgeschaffene Lebensregeln eine für Moral, Leben und den Bestand ihrer Klasse gefährliche Zeit überstehen. Als Anlaß und Kontrast dient in der Rahmen erzählung die große Pest 1348 in Florenz, die nicht nur zum Massensterben, sondern, was Boccaccio als schwerwiegender beurteilt, zur raschen Auflösung aller sittlichen Normen führt. Die sieben Frauen und drei Männer beschließen der Verwilderung auszuweichen. Während der auf ihren Landgütern gut, aber einsam verlebten Tage erlauben sie sich, von allen Gegenständen zur geselligen Unterhaltung zu sprechen, also auch von derberen und zarteren Liebesabenteuern. Ihre Helden sind nicht nur Adlige, sondern auch Handwerker und Kaufleute. Unter den täglich als Aufgabe gestellten Themen ordnet Boccaccio unterschiedliche Geschichten zu einem streng gegliederten Novellenkranz. Er verarbeitet volkstümliche Formen, Schwänke und Witze, die in Italien und Frankreich umlaufen, aber auch Geschichten anderer Völker, wie die Ringparabel, die u.a. Lessing für sein Drama „Nathan der Weise“ verwendete. Durch Kunstmittel wie Verlegung der Orte der Handlung in die nächste Umgebung erweckt er den Eindruck der wahren und neuen Begebenheit, auf der die klassische Definition der Novelle fußt.

Giovanni di Boccaccio, Das Dekameron, Frankfurt/M. 1978, Insel-TB Bde. 7 und 8, je 9,00 DM.

## „Wer hat Angst vorm Sex?“

1977 brachte eine Aufklärungsserie im DGB-Jugendmagazin 'ran die Reaktion in Rage. Die „Zentralstelle für Bekämpfung gewaltverherrlichender, pornographischer und anderer jugendgefährdender Schriften“ München z.B. verfolgte zwei Jugendliche, die 'ran-Werbeprospekte verteilt hatten, wegen „Verbreitung sittlich gefährdender Schriften“.

1978 erschien die Serie als Buch: „Auch Fummeln muß man lernen“ wendet sich an Jugendliche ungefähr ab 14. In dieser Altersphase sind die sexuellen Gefühle insbesondere der Jungen schon voll entwickelt, können sich aber

kaum frei betätigen. Im Gegensatz z.B. zu den pornographischen und voyeuristischen „Bravo“-„Aufklärungen“ ist das Buch in der Darstellung sexueller Praktiken eher zurückhaltend. Im Gegensatz aber zur „Bravo“-Pornographie greift es die aufgeherrschten Moralbegriffe an. Ein Beispiel. Nach einer aufreizend-detaillierten Beschreibung von Onanie rät „Bravo“: „Ebenso dumm wie das strikte Verbot wäre die Empfehlung: ‚Onanieren ist weder schädlich noch schlimm; du kannst das machen, soviel du willst!‘ Denn was ärztlich-wissenschaftlich erwiesen ist, ändert noch lange nicht die Meinung der Gesellschaft ...“ Zwar schlägt hier nicht mehr der Pfarrer mit der „Sünde“, dafür aber der aufgeklärte „Aufklärer“ mit der „Meinung der Gesellschaft“ auf den Jugendlichen los. Der bleibt wie beabsichtigt im Konflikt. Demgegenüber bemüht sich das 'ran-Aufklärungsbuch, die aus der Unterdrückung der jugendlichen Sexualität entstehenden Konflikte freimütig anzusprechen, um sie zu lösen. Angst nämlich fördert die Konkurrenz in den Beziehungen zwischen den Geschlechtern, und falsche Scham schlägt womöglich in ebenso falsche Scham- und Hemmungslosigkeit um, die immer Unterdrückung bedeutet. Stattdessen soll der Jugendliche lernen, „sich eine Quelle von Lust zu erschließen, ohne daß man dabei den Partner kränkt und beunruhigt. Dies aber würde heißen, daß mehr Solidarität unter Jugendlichen auch verschiedenen Geschlechts möglich ist – und nicht Angst und Konkurrenz herrschen am Spielplatz der Sexualität. Und daß wir im Kampf am Arbeitsplatz diese Solidarität wohl brauchen können, das ... wissen alle, die die Arbeitswelt kennengelernt haben.“

Eva Jaggi, Auch Fummeln muß man lernen. Köln. Bund-Verlag, 1978, Rant-Buch 5; 7,80 DM.



## Schuhmode

# Vormarsch der Plastikstiefel Fürs Frühjahr flache Schlappen

Auf 180 bis über 200 DM sind in diesem Winter die Preise für matsch- und schneefeste Stiefel gestiegen. Aus diesem Grund wurden wohl *Moonboots* soviel getragen – so heißen diese wattierte Plastikstiefel. Sie kosten zwischen 40 und 50 DM. Zwei Paar Lederstiefel – eines für die „besseren Gelegenheiten“ und zu Röcken und eines für schlechtes Wetter – können sich nur die besser verdienenden Frauen leisten. Ledergefütterte Damenstiefel kosten ohnehin schon über 200 DM.

Moonboot-Besitzer berichten allerdings übereinstimmend, daß man diese Stiefel nicht den ganzen Tag tragen kann, denn man schwitzt darin stark. Sie sind ein idealer Nährboden für Schweißfüße und Fußpilz. Außerdem halten sie meist nur einen Winter lang, denn die äußere Plastikschiene zeigt bald Risse, und das Schaumgummifutter kommt dann darunter zum Vorschein. Ein weiterer Nachteil: Die Moonboots sind so weich, daß die Füße darin keinen richtigen Halt finden und man leicht mit dem Knöchel umknickt bzw. bereits bestehende Fußfehler verstärkt werden. Für Kinder sind Moonboots besonders schädlich.

Weite Verbreitung unter Jugendlichen und jungen Leuten fanden auch die *Joggingschuhe* und turnschuhähnlichen Boots, meist mit weißen Kunststoff- oder Krepsohlen. Diese sind zwar recht bequem, aber die „preiswerteren“ Modelle sind nicht wetterfest und auch nicht warm, da meist ungefüttert. Die Krepsohlen zeigen häufig Neigung, sich vom Oberleder zu trennen.

Bei einem Teil der Jugendlichen ist das Tragen von *Turnschuhen* Mode geworden, im Herbst und bei trockenem Wetter sah man viele Mädchen mit *Stoffschuhen* aus Samt mit Gummisohlen. Die niedrigen Lehrlingslöhne und das Sinken des Realeinkommens sind der Hintergrund solcher Modeerscheinungen, wozu auch die alten Regenmäntel und Wildlederjacken aus Second-Hand-Shops gehören.

Weiter gab es da noch die *Cowboystiefel*. Die „Brigitte“ schrieb dazu: „Wer cowboigestiefelte Beine übers harte Pflaster stellen sieht, fragt sich vielleicht: Warum haben die Schuhe diese auffallenden Absätze mit dem halsbrecherischen ‚Fall-Winkel‘? Heinz J. Stammel, Historiker und Cowboyexperte, weiß Bescheid: ‚Mit schrägen Absätzen kommen die Cowboys schneller aus den Steigbügeln heraus und werden vom Pferd nicht mitgeschleift, wenn sie stürzen.‘ Auch wenn dieser nützliche Effekt beim Pflastertreten eher Fußschmerzen verursacht – für die Mode wird er hingenommen.“ Wahrscheinlich ist der wirkliche Grund, warum sie soviel getragen werden, daß sie für ihren Preis – meist zwischen 150 und 190 DM – verhältnismäßig handfest gearbeitet sind, allerdings meist ungefüttert. Außerdem kann man sie sowohl zu Hosen als auch zu Röcken tragen.

In den letzten beiden Jahren etwa sind die Schuhe allgemein spitzer geworden, was jedenfalls für die Schuhe, die sich die Massen leisten können, bedeutet, daß sie unbequemer wurden. Die Paßform hat sich verschlechtert, in viele Schuhe kommt man überhaupt nicht mehr hinein. Außerdem haben die Schuhfabrikanten höhere Absätze propagiert. Beides zusammen macht schnelles Gehen oder gar Laufen unmöglich. Bei der Arbeit ziehen deshalb die meisten Frauen ohnehin bequemere Schuhe an.

Für das Frühjahr und den Sommer heißt jetzt die Mode-Devise: flach. Die „Für Sie“ schreibt: „Die neuen Schuhe: Bequemlichkeit steht hier ganz vorn ... Der Trend zu flachen Absätzen ist nicht zu übersehen, bei Pumps zeigt sich die Höhe sehr gemäßigt.“ Auf jeden Fall nicht zu übersehen ist, daß die Schuhfabrikanten die Qualität weiter gesenkt und die Preise erhöht haben. So zum Beispiel bei den neuen „Ballerinas“, „Mokassins“ und „College-Schuhen“. Sie sind sowieso alle ungefüttert, was ihnen eine kurze Lebensdauer sichert, und haben aber auch noch extrem dünne Sohlen, mit denen man sich auf hartem Asphalt- oder auch Kunststoffboden nur Plattfüße holen kann. Außerdem werden sie schnell durchgelaufen sein, was hohe Schuhmacherrechnungen mit sich bringt.

Insgesamt kann man sagen, daß die Schuhfabrikanten immer weniger Leder für die Schuhe verwenden. Das fängt damit an, daß Schuhe mit Ledersohlen die Ausnahme bzw. sehr teuer sind, es geht weiter mit der Innenausstattung, die meist nur noch Pla-

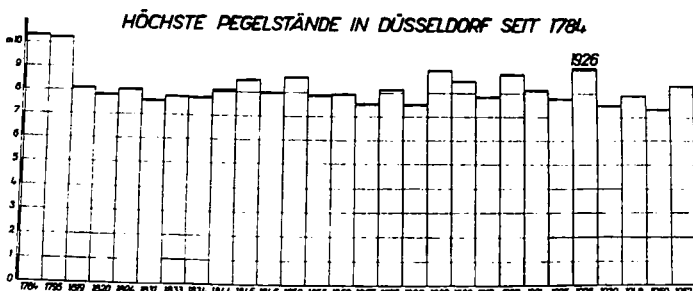
stik ist. Man erkennt das an dem Aufkleber „Obermaterial Leder“. Leder sparen die Schuhhersteller ganz sicher auch bei spitzen Schuhen gegenüber Schuhen, die der Form des Fußes entsprechen, und am extremsten sind hier die Riemchensandalen, die überhaupt nur deshalb am Fuß bleiben, weil sie um den Knöchel festgebunden sind.

Die Verschlechterung der Schuhqualität in den letzten Jahren hat zu steigenden Schuhreparaturen geführt. Nimmt man z.B. die Absatzflecken, so muß man diese meist bereits zwei Wochen nach dem Kauf der Schuhe machen lassen. Bei Pfennigabsätzen ist der Verschleiß besonders extrem, weil das ganze Körpergewicht auf kleinstem Raum lastet. Ein weiteres häufiges Übel: Da die Sohlen nur noch angeklebt statt angenäht werden, löst sich an der breitesten Stelle des Fußes das Oberleder. Die Besitzer der „Mister-Minit“- und anderer Schuhschnellreparatur-Ketten haben jedenfalls aus den verschiedenen Betrugsmanövern der schuhherstellenden Kapitalisten ihrerseits ein einträgliches Geschäft gemacht.

## Hochwasser

# Ausreichender Hochwasserschutz zu teuer

„Die Hochwasserkatastrophen, die weite Teile der Bundesrepublik in den letzten Wochen heimsuchten, kosteten vier Menschenleben. Die durch die Wassermassen verursachten Schäden sind in ihrer Höhe noch nicht abschätzbar.“ So oder ähnlich lauteten in den letzten Tagen die Meldungen, die in Presse und Fernsehen über die Überschwemmungen berichteten. Man stellt sich die Frage, wieso es in einem industriell so hoch entwickelten Land wie der BRD überhaupt noch zu solchen Katastrophen kommen kann.



Daß es in diesem Jahr zu hohen Hochwasserständen gerade bei den Mittelgebirgsflüssen wie Weser, Leine und Main kommen würde, war vorhersehbar, da die Mittelgebirge in diesem Jahr sehr hohe, wegen der anhaltenden Niedrigtemperaturen sich aufhäufende feste Niederschlagsmengen hatten. Durch plötzliches Tauwetter in Verbindung mit hohen flüssigen Niederschlagsmengen kam es zu Hochwasserständen, die bis zu mehreren Metern über den mittleren Hochwasserpegeln lagen. Verstärkt wurde dieses durch das Überlaufen der in ihrem Fassungsvermögen zu knapp dimensionierten Talsperren.

Auffällig an den Meldungen der letzten Tage ist, daß die großen Industriestädte wie Hannover, Bremen usw. von dem Hochwasser verschont blieben, in ihrer näheren Umgebung jedoch ganze Landstriche in den Fluten ertranken. Das hat zweierlei Ursachen: Zum einen ist das natürliche Niveau dieser Städte höher als das des Umlandes, zum anderen sind diese Städte hoch eingedeicht, um auch bei außergewöhnlichen Hochwasserständen nicht der Gefahr einer Überschwemmung ausgesetzt zu sein.

So paradox es klingen mag, gerade Letzteres ist die Ursache dafür, daß aus dem Hochwasser der Flüsse Hochwasserkatastrophen werden. Das läßt sich gut beweisen an der Geschichte des Hochwasserschutzes und der Hochwasserkatastrophen am Rhein. Die niederrheinische Tiefebene gehörte seit jeher zu den fruchtbarsten Gebieten, und es fand deshalb schon weit vor unserer Zeitrechnung Besiedlung statt. Diese Siedlungen lagen auf den hochwasserfreien Gebieten, den „Geesten“. Mit zunehmender Bevölkerungsdichte entstand der Zwang zur Besiedlung der hochwassergefährdeten Marschen. Die Siedlungskerne schützte

man vor dem Hochwasser, indem man sie auf künstlichen Hügeln, sog. „Pollen“, errichtete. Diese mußten nicht sehr hoch sein, da wegen der großen Fläche, in der sich das Hochwasser ausbreiten konnte, die Pegel niedrig waren.

Erst im Mittelalter wurden größere Flächen gegen das Hochwasser durch „Banndeiche“ geschützt, deren Höhe gering war. Da nur verhältnismäßig kurze Stromabschnitte und zumeist nur eine Seite des Stromes eingedeicht wurden, war die Aufstauwirkung gering, so daß die Hochwasserpegel nicht wesentlich anstiegen. Grundsätzlich änderte sich die Situation, als im 17. und 18. Jahrhundert damit begonnen wurde, den Rhein beidseitig über größere Streckenabschnitte einzudeichen. Die Hochwassermassen wurden derart eingeeengt, daß es regelmäßig selbst schon bei durchschnittlichen Pegelständen in den Gebieten, die noch nicht eingedeicht waren, zu verheerenden Katastrophen kam. So lagen die Hochwasserpegel 1784 und 1795 in Zons, das zwischen den eingedeichten Gebieten Köln und Düsseldorf uneingedeicht lag, um 4 bis 5 m über den damals bekannten durchschnittlichen Pegeln. Erst die Eindeichung des gesamten Rheines bis zur holländischen Grenze, in Verbindung mit einem System von Vorflutern, sog. „Bannpoldern“, brachte eine Abschwächung der Gefahr von Hochwasserkatastrophen. Gebannt ist die Gefahr grundsätzlich nicht, denn das „Sicherheitsmaß“ für Banndeiche am Rhein beträgt nur 60 cm über dem Höchststand von 1926. Sie auf ein Sicherheitsmaß von plus 60 cm des Höchststandes von 1784 zu erhöhen, wäre „gesamtwirtschaftlich nicht vertretbar“ (1). Sollen den Leverkusenern doch die Häuser wegschwimmen, Bayer ist darüber erhaben.

(1) Fr. Hess, Probleme des Hochwasserschutzes am Niederrhein.

## Evangelische Soziallehre

# Bodelschwingh – ein Vater des modernen Sozialstaates

Als einen der „Väter unseres modernen Sozialstaates“ hat NRW-Ministerpräsident Rau den Pastor Friedrich von Bodelschwingh charakterisiert. Recht hat er.

Nehmt den Armen nicht das Letzte weg, wundert euch nicht, wenn diese Massen an keinen Gott mehr glauben und sich vor keiner menschlichen Autorität mehr scheuen, rief der Pastor vor gut 100 Jahren den Kapitalisten zu. Vorbildlich fand er, wenn Arbeiter mit Spareinlagen an Betrieben und deren Gewinnen beteiligt waren, weil sich „auch die Fabrikbesitzer bei einem solchen Zusammenwirken wohl befanden“. Die eigenen politischen Freunde wies der konservativ-christliche Bodelschwingh stets auf ihre sozialen Pflichten hin, um der Sozialdemokratie zu wehren, deren entschiedener Gegner er war. Aus Barmherzigkeit und Liebe zum Armen und Schwachen setzte der Pastor ein Sozialwerk in Gang, wofür ihm die Sozialdemokratie heute dankbar ist, damals dafür umso weniger.

Unter der Losung Arbeit statt Almosen legte er die Grundlagen für die heutigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Demagogisch geißelte er den § 28, der die grundsätzliche Unterstützungspflicht des Staates für Arbeitslose festlegt, als Massenmörder. Würde er auch noch voll angewandt, „er würde dann ein unzähliges Heer von Faulenzern erziehen, die vom Schweiß und der Arbeit anderer Leute sich ernähren wollten, und schließlich würde aus ganz Deutschland ein großer Sumpf von Faulenzern werden.“ In seiner grenzenlosen Barmherzigkeit für die armen Brüder von der Landstraße fordert der Pastor eine „barmherzige Zucht“ durch volle Anwendung des Strafparagraphen 361,7, wonach ein abgewiesenes Arbeitsangebot mit Verurteilung wegen Verdacht der Vagabundage bestraft wird. Dazu organisiert und fordert er mit Erfolg Bereitstellung von Arbeiten gegen ein Taschengeld, wie „1. den barmherzigen Holzstall, 2. die ländlichen Arbeiterkolonien, 3. die noch barmherzigere Steinklopfbude, 4. die deutschen Hochmoore, 5. die Obstplantagen in der Nähe der Großstädte“. Die Steinklopfbuden lieferten nicht nur den Gemeinden die nötigen Pflastersteine für ihre Straßen, sondern halfen die arbeitsunwilligen von den arbeitswilligen Arbeitslosen zu scheiden. Aus den Erfahrungen im Hochmoor rät Bodelschwingh: „Es ist aber dringend nötig, daß der Staat in umfassender Weise diese ratio-



SPD

## Detailliertere Staatszielbestimmungen ins Grundgesetz?

Inzwischen wird, ausgestrahlt von den Führungskreisen der SPD, der Umriss eines politischen und ideologischen Konzeptes deutlicher, das sowohl zur Schwächung des gegenwärtig noch erstarkenden Liberalismus und Konservatismus als gleichzeitig auch zur festeren Einbindung der Gewerkschaftsbewegung ins Gefüge monopolkapitalistischer Staatlichkeit aktiviert werden kann. Die erste Ankündigung dieses Konzeptes in der Regierungserklärung Schmidts:

„Unser Grundgesetz hat sich bewährt. Über seine tragenden Elemente besteht weite Übereinstimmung in unserem Volk. Die Bundesregierung wird prüfen, ob in das Grundgesetz detaillierte Staatszielvorstellungen oder Gesetzgebungsaufträge aufgenommen werden müssen.“

Am 19. März gab der neue Bundesminister der Justiz, Schmude, vor dem Bundestag eine Regierungserklärung zur „Rechtspolitik der Bundesregierung“ ab. In dieser unternahm Schmude unter anderem eine Präzisierung und Erklärung der Verfassungsvorhaben der Bundesregierung:

„Das dynamische Verfassungsgebot der Sozialstaatlichkeit verlangt, daß wir die bloß formale Rechtsgleichheit aller Bürger zu einer inhaltlichen Chancengleichheit weiterentwickeln. Die ausgleichende Gerechtigkeit gebietet, dem Schwächeren zu helfen. Wir brauchen soziale Ausgewogenheit nicht nur im Zivilrecht, sondern auch im Strafrecht und auch im Strafvollzug.“

Möglicherweise lassen sich die im Grundgesetz enthaltenen Staatszielvorstellungen mit Gewinn für unsere Verfassungsordnung weiter verdeutlichen und ergänzen. Die Bundesregierung prüft deshalb, ob detailliertere Staatszielbestimmungen und Gesetzgebungsaufträge in das Grundgesetz aufgenommen werden sollen, etwa die Sicherung des inneren und äußeren Friedens, der Schutz der Umwelt und der Gesundheit oder das Angebot ausreichender und menschenwürdiger Arbeit für alle.“

Die Bundesregierung beabsichtigt also, einen Katalog von Forderungen, die sich aus der wachsenden Kritik an Begleiterscheinungen und Folgen von Kapitalistenherrschaft und Kapitalistenwirtschaft ergeben haben, in Form der „Staatszielbestimmung“ eine Heimstätte in der Verfassung zu schaffen und zwar in Verknüpfung mit dem Gebot „inneren Friedens“. Auf diesem Wege sollten sich, so mag die Überlegung sein, sowohl die Arbeiterbewegung, wie auch die Bewegung gegen Kernkraftwerke, für bessere Bildungsaussichten usw. mit dem bürgerlichen Staat versöhnen und von der direkten Verfechtung ihrer Interessen abdrängen lassen. Das Mandat zum Einsatz der Staatsgewalt gegen Fälle, in denen sich Bewegungen dem Gebot des inneren Friedens nicht beugen, wäre gestärkt. Konservative und Liberale kämen in Schwierigkeiten, wollten sie die Aufnahme dieser Zielbestimmungen in die Verfassung hindern. Sie müßten die ganze Breite der Kritik sozialer und politischer Zustände auf sich ziehen. Aber diese Rechnung muß nicht aufgehen. Man höre, was der konservative Staatsrechtler einzuwenden hat:

„Der Versuch aber, den Grundrechtsschutz durch Einfügung eines sozialen Vorbehaltes auf den Staat auszudehnen, muß an der Ambivalenz dieses Vorbehaltes scheitern. Denn selbst wenn es gelingen sollte, gleichgültig auf welchem interpretatorischen Wege, den leistenden Staat über den Gleichheitssatz hinaus an Grundrechte zu binden, dann läßt es sich nicht bestreiten, daß die Sozialbindung nicht nur für den Staat, sondern auch für die so verstandene Freiheit gilt, mit der Folge, daß diese unter Berufung auf allgemeine, wirkliche oder vorgegebene Belange auch eingeschränkt werden kann.“

Dem wäre hinzuzufügen, daß die Eigentumsgarantie für die Kapitalisten eine klare und harte Bestimmung des Grundgesetzes ist, das Recht auf Arbeit indessen unter dem Gesichtspunkt einer Zielbestimmung aufgenommen würde, d.h. als Versprechen auf eine unbestimmte Zukunft. Nicht zu übersehen wäre andererseits, daß der staatstragende SPD-Zweck, Polizeiknüppel und Kriegswaffen sozialglänzend einzuschmieren, zunächst die Tendenz zur Kritik sozialer und politischer Verhältnisse fördern müßte, so daß das sozialchauvinistisch angelegte Abenteuer ganz verschieden ausgehen kann.

nelle Urbarmachung der Hochmoore in die Hand nimmt.“ Was jener bekanntlich auch getan hat. 1932 kann der Sohn von Bodelschwingh auf die 50jährige Erfahrung der Arbeiterkolonien für den Freiwilligen Arbeitsdienst verweisen, wo eben auch gelernt werden muß, „daß die Arbeit Gabe und Dienst, Ehre und Freude ist“.

Neben der „Wanderarmenfürsorge“ war die Arbeiterwohnungsfrage ein zweiter Schwerpunkt der Tätigkeit des Pastors. Angesichts der beengten Wohnverhältnisse der Arbeiter war hier die Parole: den Arbeitern ein Heim auf ausreichend großer eigener Scholle. 1885 gründete er den Deutschen Verein Arbeiterheim für Arbeiter, „die nach allen Seiten hin einen geordneten, nützlichen und fleißigen Lebenswandel führen“. Das mußte der Arbeitgeber bescheinigen. Der Grund: „Nach unserer Überzeugung und Erfahrung ist die Ansiedlung des deutschen Arbeiterstandes in Stadt und Land auf eigener, möglichst großer Scholle das kräftigste, ja vielleicht das einzige durchschlagende Mittel, der wachsenden Unzufriedenheit zu wehren, aus hoffnungslosen hoffnungsvollen, sparsamen und treuen Staatsbürgern zu machen und das schnell abwärts rollende Rad aufzuhalten, mit welchem unter dem unablässigen Schüren sozialdemokratischer Agitatoren unser Volksleben dem Abgrund zutreibt.“ Zur Aufgabe des Vereins heißt es in der Satzung: „Er wird Vertreter der Landwirtschaft und Industrie zu überzeugen suchen, daß sie ihren Interessen nicht besser dienen können, als wenn sie die Zwecke des Vereins thatkräftig unterstützen ... , indem sie sich dadurch einen Stamm zuverlässiger Arbeiter sichern, ohne Gefahr zu laufen, das angelegte Kapital zu verlieren.“

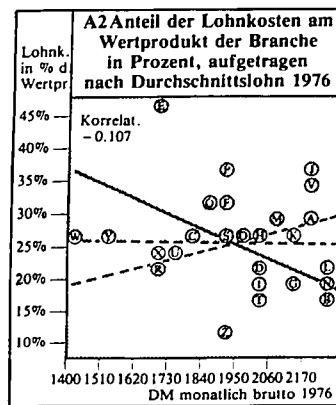
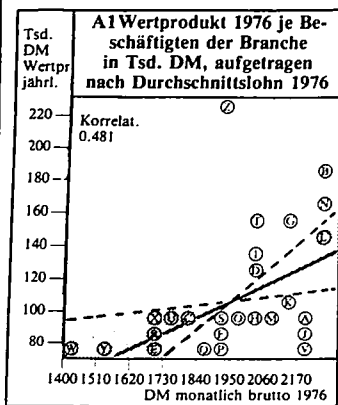
1889 hatte der Verein 458 Mitglieder, 1912 1443, außer der Kaiserin 17 Hochadelige, an die 100 staatlichen Körperschaften, wie Städte und Landesversicherungsanstalten, mittlere Kapitalisten, Pastoren leider nur vereinzelt Großindustrielle und auch einige schlagende Verbindungen. 1907 hatte Bodelschwingh ein Gesetz durchgebracht, das auch das Kapital der Rentenversicherung zur Anlage freigibt.

## Das Wertprodukt und der Durchschnittslohn

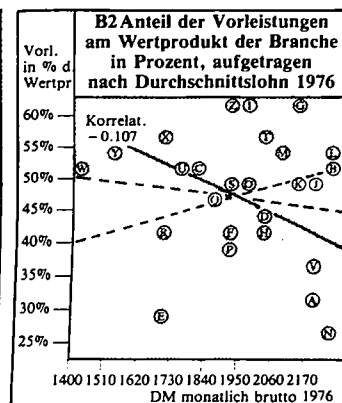
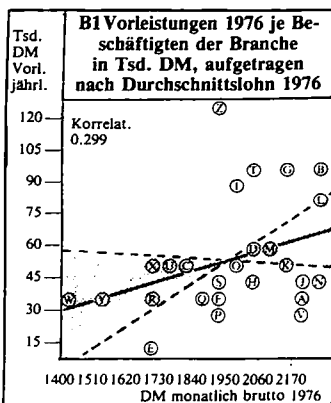
Festzustellen ist im Bild A1, daß da, wo das Wertprodukt der Branche hoch ist, der Durchschnittslohn höher ist und umgekehrt. Nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs sind im Wertprodukt „der Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere Wirtschaftseinheiten“ zusammengefaßt, „vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion und um den Wert der selbsterstellten Anlagen.“ Im Bild A2 zeigt sich eine schwache Tendenz, daß bei einem hohen Anteil

angewandter Arbeitskraft der Durchschnittslohn der Branche niedriger ist. Das negative

Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten gibt dabei die Richtung der Geraden an.



## Die Vorleistungen und der Durchschnittslohn



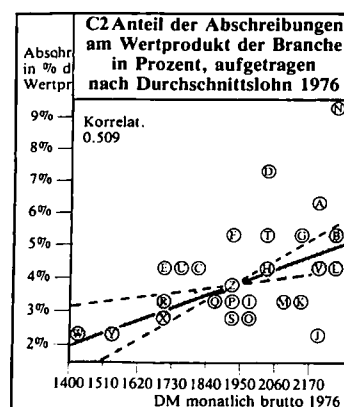
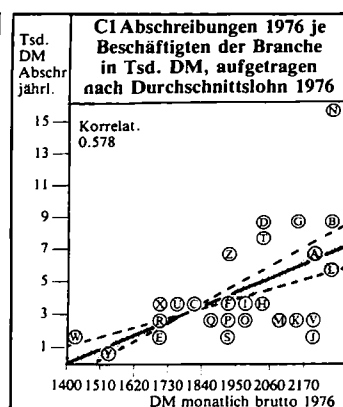
Wert der Güter (Waren und Dienstleistungen) zu verstehen, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben.“ Sie stellen einen Bestandteil der Wertübertragung dar. Das Bild B2 verdeutlicht, wie hoch ihr Anteil am Wertprodukt insgesamt ist. Die Verschiedenheit der Branchen erschwert jedoch die Untersuchung des Zusammenhangs in dieser Breite, in der rohstoffverarbeitende Industrien mit Industrien der Verbrauchsgüterproduktion zusammengefaßt sind.

Etwas schwächer als im Bild A1 erweist sich im Bild B1, daß da, wo die Vorleistungen hoch

sind, der Durchschnittslohn der Branche auch höher ist. „Unter Vorleistungen ist der

## Die Abschreibungen und der Durchschnittslohn

Mit einem Korrelationskoeffizienten von 0,5, sowohl absolut wie auch in ihrem Anteil am Wertprodukt, stellt sich der stärkste Zusammenhang zwischen dem Durchschnittslohn und den Abschreibungen in der Branche in den Bildern C1 und C2 dar. „Abschreibungen messen die Wertminderung des reproduzierbaren Anlagevermögens im Laufe einer Periode durch Verschleiß und wirtschaftliches Veralten.“ Sie gehen ebenfalls als Element der Wertübertragung in das Wertprodukt ein. Je höher die Abschreibungen, desto höher auch der Durchschnittslohn und umgekehrt.



Die zugrundeliegenden Daten sind jeweils dem Statistischen Jahrbuch und der Reihe

4.3.2 des Statistischen Bundesamtes „Kostenstruktur der Unternehmen“ entnommen.

### Legende zu den Darstellungen

- Ⓐ = Energie, Bergbau
- Ⓑ = Chemie
- Ⓒ = Kunststoffverarbeit.
- Ⓓ = Steine, Erden
- Ⓔ = Feinkeramik
- Ⓕ = Glas
- Ⓖ = Eisen, Stahl
- Ⓗ = Gießerei

- ① = Zieherei
- ② = Stahl-, Leichtmetallbau
- Ⓚ = Maschinenbau
- Ⓛ = Fahrzeugbau
- Ⓜ = Schiffbau
- Ⓝ = Büromaschinen
- Ⓞ = Elektrotechnik
- Ⓟ = Feinmechanik
- Ⓠ = EBM-Waren

- Ⓡ = Musikinstrumente
- Ⓢ = Sägereien, Holzv.
- Ⓣ = Zellstoff, Papier
- Ⓤ = Papierverarbeitung
- Ⓥ = Druckindustrie
- Ⓦ = Lederverarbeitung
- Ⓧ = Textilindustrie
- Ⓨ = Bekleidung
- Ⓩ = Nahrung, Genußm.
- Ⓐ = Baugewerbe

## Einfluß der „Ver“ auf die Lohnhöhe

Die in den letzten Heften durchgeführte Untersuchung ergab mit ausreichender Wahrscheinlichkeit, daß erstens in jenen Industrien, deren Arbeitskräftebedarf dem Umfang des Tagesgeschäftes leicht angepaßt werden kann, Lohn und Gehalt niedriger stehen als in den anderen, und zweitens, daß diese Fähigkeit der Anpassung mit steigender technischer Ausrüstung der Industrien abnimmt. Weitere Untersuchungen, (siehe Spalten links) bestätigen: In jenen Industrien, in denen die Wertübertragung des fixen Kapitals (gemessen in Abschreibungen pro Beschäftigten) höher ist, ist auch der Durchschnitt von Lohn und Gehalt höher. Und: In jenen Industrien, in denen der Wert des pro Beschäftigten verarbeiteten flüssigen Teils des konstanten Kapitals (gemessen in Vorleistungen pro Beschäftigten) höher ist, ist der Durchschnitt von Lohn und Gehalt ebenfalls höher.

Der Einsatz von komplizierter und teurer Maschinerie sowie die Verarbeitung von relativ wertvollen Vorprodukten sind nicht nur Merkmale zur Unterscheidung der konkreten Arbeit, wie sie in den verschiedenen Industriebranchen verrichtet wird. Diese Merkmale konkreter Arbeit differieren auch im Rahmen einer Branche, ja einer Fabrik, ja von jeder konkreten Arbeit eines einzelnen Arbeiters zu der eines anderen erheblich. Fragt sich, ob der Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und etwa diesen Merkmalen, wie er für die Branchen nachgewiesen werden kann, auch im Rahmen einer Branche, einer Fabrik usw. tatsächlich besteht und auf die Verteilung der Lohn- und Gehaltssumme wirksam wird. Hierzu kann die Betrachtung der in Tarifverträgen festgelegten Tätigkeitsmerkmale dienen. Die in den rechten Spalten abgedruckten Tarifbeispiele sind einem „analytischen“ Tarifsystem entnommen. Welche Eigenschaften der konkreten Arbeit mißt dies „analytische System“ vornehmlich?

Offensichtlich nicht die Geschwindigkeit der Arbeit. Die Veranschlagung des Arbeits tempos z.B. durch Akkordsysteme geschieht erst, nachdem der „Arbeitswert“, d.h. eine Umschreibung der konkreten Arbeit hinsichtlich der Bewer-



## Analytische Arbeitsbewertung in der Metallindustrie

### Tarifbeispiel A: Einbau von Teilen in Chassis für Rundfunkempfänger

Der folgende beschriebene und analytisch bewertete Arbeitsvorgang ist typisch für den Einsatz weiblicher Arbeiter in der Elektroindustrie. Der Arbeitswert ergibt 5,35. Das entspricht in Bayern 1980 einem Tarifstundenlohn von 7,79 DM. Der effektive Monatslohn dieser Art von Tätigkeiten lag im letzten Jahr etwa bei 1800 DM. 59 von 100 weiblichen Arbeitern verdienen um diesen Lohn. (Leistungsgruppe 3, Effektivlohnstatistik der Arbeiter)

**Werkstück:** Chassis in der Größe von etwa 500 x 250 mm mit den üblichen in Chassis einzubauenden Teilen, wie z.B. Trafos und Übertrager, Einstellskalen und Drehknöpfe, Ferritantenne, Tastaturen und gedruckte Schaltungsplatten.

**Arbeitsunterlagen:** Arbeitsauftrag, mündliche Unterweisung, Arbeitsplan.

**Betriebsmittel:** Elektroschrauber, Handschraubenzieher, Mutternschlüssel, Steckschlüssel, Flachzange, Spitzzange, Nietvorrichtung.

**Arbeitsplatz:** Einzelarbeitsplatz an einer Werkbank in einem etwa 1500 m<sup>2</sup> großen, hellen, luftigen, heizbaren Saal, in dem Rundfunkempfänger zusammengebaut werden. Arbeitsverrichtung sitzend.

**Arbeitsvorgang und Arbeitsablauf:** Das bereits teilweise an vorhergehenden Arbeitsplätzen zusammengebaute Chassis wird auf einem Transportband an den Arbeitsplatz herantransportiert. Das Chassis vom Transportband nehmen, auf den Arbeitsplatz stellen und die vom Werkstattdlager bereits in Facherkästen eingeordneten Teile entsprechend der am Arbeitsplatz aufgestellten Arbeitsvorschrift in das Chassis einsetzen, festschrauben bzw. mit Rohrnieten festnieten. Das mit den vorgesehenen Teilen bestückte Chassis zum Weitertransport zu den weiteren Arbeitsplätzen auf das Transportband zurückstellen. Betreuung durch einen Bandführer, der auch die Vorrichtungen und Werkzeuge in Ordnung hält. Die Taktzeit beträgt zwischen 2 und 5 Minuten.

Nr.	Bewertungsmerkmal	Rang	Teilwert
01	<b>Kenntnisse, Ausbildung und Erfahrung:</b> Sachgemäßes Handhaben der Betriebsmittel, sachgemäßer und folgerichtiger Einbau der Einzelteile in das Chassis	10	1,00
02	<b>Geschicklichkeit (Handfertigkeit und Körpergewandtheit):</b> Handfertigkeit beim Einbau der Teile im beengten Arbeitsfeld	20	1,80
03	<b>Belastung der Sinne und Nerven:</b> Aufmerksamkeit beim Einbau der Teile in das Chassis	15	1,35
04	<b>Zusätzlicher Denkprozeß:</b> keine	0	-
05	<b>Betätigung der Muskeln:</b> Belastung der Unterarm- und der Rückenmuskulatur durch die Schraubarbeiten und beim ständigen Hantieren mit dem Chassis	10	0,80
06	<b>Verantwortung für die eigene Arbeit:</b> Für den sachgemäßen Einbau der Teile	5	0,40
07	<b>Verantwortung für die Arbeit anderer:</b> keine	0	-
08	<b>Verantwortung für die Sicherheit anderer:</b> keine	0	-
09	<b>Öl, Fett, Schmutz:</b> keine	0	-
10	<b>Staub:</b> keine	0	-
11	<b>Temperatur:</b> keine	0	-
12	<b>Nässe, Säure, Lauge:</b> keine	0	-
13	<b>Gase, Dämpfe:</b> keine	0	-
14	<b>Lärm:</b> keine	0	-
15	<b>Erschütterung:</b> keine	0	-
16	<b>Blendung und Lichtmangel:</b> keine	0	-
17	<b>Erkältungsgefahr:</b> keine	0	-
18	<b>Unfallgefahr:</b> keine	0	-
19	<b>Hinderliche Schutzkleidung:</b> keine	0	-
<b>Arbeitswert (gesamt)</b>			<b>5,35</b>

Quelle: Beschreibung und Bewertung der beiden Arbeitsvorgänge sind entnommen aus: Analytische Arbeitsbewertung für die bayerische Metal

### Tarifbeispiel B: Herstellen von Metallmodellen

Der folgende Arbeitsgang hat einen Arbeitswert von 29,95 und damit einen tariflichen Stundenlohn von 11,34 DM (Bayern 1980). Das entspricht einem Effektivlohn in Höhe von etwa 2600 DM, den im Durchschnitt 60 von 100 männlichen Arbeitern der BRD in der Metallindustrie im Juli 80 erhielten. (Leistungsgruppe 1, Effektivlohnstatistik der Arbeiter)

**Werkstück:** Metallmodelle aller Art für Maschinenformerei. Gewicht 30 bis 150 kg.

**Arbeitsunterlagen:** Mündliche Anweisung nach Muster, Werkstück-Zeichnung, Arbeitsplan.

**Betriebsmittel:** Werkbank, Schraubstock, elektr. Handschleifmaschine, elektrische Schleifmaschine mit biegsamer Welle, Säulenbohrmaschine, Preßluftschleifmaschine, Fräsmaschine, Handbohrmaschine, Handwerkzeug eines Werkzeugmachers, elektr. Hebezeug.

**Arbeitsplatz:** Einzelarbeitsplatz für die im Stehen zu verrichtende Arbeit in einer Werkhalle mit einer Bodenfläche von etwa 30 x 80 m, mit keinen besonders lärmzeugenden Maschinen. Gute Tages- und Kunstlichtbeleuchtung. Für den Bedarfsfall Warmwasserbeheizung plus Warmluftzufuhr, Frischluftanlage, Asphaltboden.

**Arbeitsvorgang und Arbeitsablauf:** Herstellung von neuen Metallmodellen nach Werkstück-Zeichnung, Instandsetzung von alten Modellen nach Muster oder mündlicher Anweisung durch den Meister. Die Werkstücke sind anzureißen und auszuarbeiten. Die Arbeiten auf Werkzeugmaschinen sind selbst auszuführen. Die fertigen Modelle müssen zur Modellformerei transportiert und dort zur Kontrolle der Formrichtigkeit ausprobiert werden. Reparaturmodelle müssen auf die günstigste Reparaturmöglichkeit untersucht und danach wiederhergestellt werden. Modelle ebenfalls ausprobieren. Zeitweise Mithilfe anderer Arbeitskräfte. Es erfolgt danach keine Kontrolle der Modelle mehr.

Nr.	Bewertungsmerkmal	Rang	Teilwert
01	<b>Kenntnisse, Ausbildung und Erfahrung:</b> Umfangreiche handwerkliche und theoretische Kenntnisse sowie langjährige Erfahrung im Werkzeugbau, Sonderkenntnisse im Metallmodellbau, Erfahrung im Arbeiten an hochwertigen Werkzeugmaschinen und in der Bearbeitung der verschiedenen Werkstoffe. Lesen schwieriger und umfangreicher Zeichnungen. Erfahrung im Ausbessern von Modellen	75	7,50
02	<b>Geschicklichkeit (Handfertigkeit und Körpergewandtheit):</b> Beim Arbeiten an den Werkzeugmaschinen, beim Arbeiten an Reparaturmodellen und beim Ausarbeiten schwieriger Modellformen von Hand	60	5,40
03	<b>Belastung der Sinne und Nerven:</b> Aufmerksamkeit beim Anreißen und Herstellen der Einzelteile, beim Teilen und Zusammensetzen der Metallmodelle, bei der Reparatur von Modellen und beim Messen	55	4,95
04	<b>Zusätzlicher Denkprozeß:</b> Überlegung im Hinblick auf die zweckmäßige Arbeitsfolge bei den Modellen, auf bestimmte Verjüngungen am Modell oder Materialzugaben unter Berücksichtigung der Stromungsverhältnisse beim Abgießen und der Schrumpfung des abgegossenen Werkstückes	55	4,40
05	<b>Betätigung der Muskeln:</b> Durch ganztägiges Stehen, beim Hantieren mit zum Teil schweren Modellteilen und beim Bearbeiten derselben auf Werkzeugmaschinen und von Hand, zeitweise in ungünstiger Körperhaltung	35	2,80
06	<b>Verantwortung für die eigene Arbeit:</b> Sachgemäßes Behandeln der Betriebsmittel, einwandfreies Herstellen der neuen und der reparaturbedürftigen Modelle	35	2,80
07	<b>Verantwortung für die Arbeit anderer:</b> keine	0	-
08	<b>Verantwortung für die Sicherheit anderer:</b> für das unfallsichere Hinterlassen der verschiedenen Maschinen, beim Transportieren und Ausprobieren	5	0,45
09	<b>Öl, Fett, Schmutz:</b> Durch die Arbeit an den Maschinen und durch Reparaturarbeiten	10	0,50
10	<b>Staub:</b> Durch den trockenen Schleifstaub	5	0,15
11	<b>Temperatur:</b> keine	0	-
12	<b>Nässe, Säure, Laugen:</b> keine	0	-
13	<b>Gase, Dämpfe:</b> keine	0	-
14	<b>Lärm:</b> Durch den Umgebungslärm	10	0,40
15	<b>Erschütterung:</b> keine	0	-
16	<b>Blendung und Lichtmangel:</b> keine	0	-
17	<b>Erkältungsgefahr:</b> keine	0	-
18	<b>Unfallgefahr:</b> Beim Bearbeiten von Hand, beim Arbeiten an verschiedenen Werkzeugmaschinen und beim Hantieren mit den Modellen	20	0,60
19	<b>Hinderliche Schutzkleidung:</b> keine	0	-
<b>Arbeitswert (gesamt)</b>			<b>29,95</b>

Industrie Anhang 4 vom Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer in der bayerischen Metallindustrie München, o.J.

tung, geschehen ist. Das analytische System mißt ferner die Belastung des Arbeiters, aber nur durch Faktoren, die jede Arbeit erschweren und nicht allgemein. Betrachtet man dies analytische System aber unter den Gesichtspunkten 'Übertragung des Werts von fixem Kapital' und 'Übertragung des Werts vom flüssigen Teil des konstanten Kapitals' so findet man durchaus, daß im Beispiel A, also bei niedrigem 'Arbeitswert', diese beiden Größen ganz erheblich niedriger stehen als etwa im Beispiel B.

Das Kapital kalkuliert mit Kostpreisen. Im Falle der Arbeit unter A würde z.B. bei einer relativ hohen Fehlerrate der Kostpreis des Endprodukts durch übermäßigen Materialverbrauch lange nicht so stark berührt, als etwa durch langsames Arbeitstempo. Der unter den Händen dieser Arbeiterin entstehende Neuwert pro Arbeitsgang wird relativ hoch sein, verglichen auf den Wert des übertragenen fixen und flüssigen Teils des konstanten Kapitals. Anders im Fall der Arbeit B, wo der Wert des z.B. zu Ende zu bearbeiteten Werkstücks bzw. die Folgen von Arbeitsfehlern im weiteren Arbeitsprozess in einem völlig anderen Verhältnis zu dem durch diese Arbeit neu gebildeten Wert stehen wird.

So würde aus der Wirkung der konkreten Arbeiten auf den Kostpreis die Tendenz der Kapitalisten verständlich, eine Lohn- und Gehaltshierarchie zu errichten, die mit der tatsächlich verausgabten Arbeitskraft und folglich dem Hauptbestandteil der Reproduktionskosten sich nicht deckt.

Wie aber wäre erklärlich, daß die Arbeiterbewegung sich ihrerseits auf eine derartige Lohn- und Gehaltshierarchie einläßt? Bedenkt man, daß die Faktoren, die im Kapitalismus die Wirkung konkreter Arbeiten auf den Kostpreis ausmachen, gleichzeitig die Wirkung konkreter Arbeiten auf die Produktion des materiellen Reichtums in gewissem Umfang ausdrücken, wird verständlich, daß die gefundene Lohn- und Gehaltshierarchie der konkreten Arbeiten sich auf eine spontane Ansicht des Arbeitsprozesses durch die Arbeiter und Angestellten selber stützen kann.

## Europa

### SU-Manöver in Polen. USA bringen NATO auf Vordermann



Mit Manövern in Polen demonstriert die SU ihre Hegemonie über Osteuropa. Die Gefahr einer Intervention wächst. Die USA drängen auf feste Kontrolle ihres Bündnisses. Um den letzten Widerstand in der NATO gegen die Mittelstreckenraketenrüstung zu brechen — am 4.4. tagt die Nukleare Planungsgruppe —, brauchen sie die BRD, um die BRD-Hegemonialansprüche über Westeuropa zu brechen, pflegen sie ihre Beziehungen zu Großbritannien und Italien.

## Unterversorgung mit Wohnraum

### Gesetze zur Enteignung von Grund- und Hausbesitz in europäischen Ländern

Verschiedentlich werden gegenwärtig Forderungen erhoben, die auf die Enteignung von Wohnraum hinauslaufen. Zwar rühren die Hausbesetzungen an das Privateigentum der bürgerlichen Gesellschaft, aber immerhin ist es Eigentum an Grund und Boden. Da war auch das industrielle Kapital in anderen imperialistischen Län-

dern weniger zimperlich, wenn es um die Schmälerung seiner Profite durch das Grundeigentum ging. In anderen europäischen Ländern sind die Enteignungsgesetze für Boden und Wohnraum weitergehend als in der BRD, wo das Grundgesetz nicht die Enteignung vorsieht, sondern die „Sozialbindung“ des Eigentums enthält.



## Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

### Billiglehrer, bezahlt aus der Arbeitslosenkasse



Über 200 arbeitslose Lehrer arbeiten in Hamburg als Hausaufgabenhilfelehrer mit „Kindern aus soziokulturell benachteiligten Kreisen“ im Rahmen des ABM-Programms. Die GEW und ihre Personalratsmehrheit lehnen die Zustimmung zu den ABM-Verträgen ab, da die Schulbehörde keine Zusage für Dauerbeschäftigung nach Vertragsende

geben will. Die Bezahlung erfolgt zu 90 Prozent aus den Geldern der Arbeitslosenversicherung, zu 10 Prozent aus dem Haushalt Hamburgs.

ABM-Beschäftigte und GEW fordern die Umwandlung in Planstellen; der Senat will die Billiglehrer weiterhin haben, um die größten Lücken an den Schulen kostenarm zu füllen.

## Palästina

### Bewegung im besetzten Gebiet: Rückgrat des Befreiungskampfs

Das zionistische Siedlerregime steckt in einer tiefen Krise, obwohl seine internationale Lage angesichts der Spaltungen in der arabischen Welt günstig scheint.

Eine Ursache der Krise ist, daß die Kämpfe der arabischen Massen in den besetzten Gebieten selbst allen Spaltungsversuchen standhalten. Welche Organisationen führen diese Kämpfe, wer sind die Sprecher der Einheitsfront, welche Parteien sind tätig.

